



Vielfalt im Blick

Ein Handlungskonzept für Vielfalt und Demokratie in Leipzig

Teil II – Handlungsempfehlungen

Projektgruppe »Vielfalt im Blick«

RAA Leipzig e.V. / Engagierte Wissenschaft e.V.



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



Impressum

Vielfalt im Blick – Ein Handlungskonzept für Vielfalt und Demokratie in Leipzig
Teil II – Handlungsempfehlungen

Herausgeber_innen

RAA Leipzig e.V.
Sternwartenstraße 4
04103 Leipzig

Web www.raa-leipzig.de
Email raa-leipzig@gmx.de



Verein für Interkulturelle
Arbeit, Jugendhilfe und
Schule e.V.

Engagierte Wissenschaft e.V.

Kochstraße 132
04277 Leipzig

Web www.engagiertewissenschaft.de
Email enwi@engagiertewissenschaft.de



Leipzig, Februar 2010 (Stand: 03.05.2010)

Fotos Umschlaggestaltung: Danny Sotzny, flickr.com (Mitte); photofinish2009, flickr.com (unten)

Projektgruppe »Vielfalt im Blick«: Brigitte Moritz, Diana Eichhorn, Frank Schubert, Gregor Wiedemann, Katja Sternberger, Lena Nowak, Stefan Kausch, Susanne Feustel

Das Handlungskonzept „Vielfalt im Blick“ wurde im Rahmen des Bundesprogramms „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert. Nähere Informationen dazu erhalten Sie unter www.vielfalt-tut-gut.de.

Teil II – Handlungsempfehlungen

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
Grafische Übersicht zum Aufbau des Handlungskonzepts	9
Neonazismus und Ungleichwertigkeit: Begriffserläuterungen	11
Präambel	15
1 Neonazismus bekämpfen	17
a) Öffentliche Räume sind demokratische Räume	17
b) Symbolische Politik	22
c) Auseinandersetzung mit der NPD im Stadtrat	26
d) Informationspolitik optimieren, Aufklärungsnetzwerke ausbauen	30
e) Opferperspektive stärken	34
f) Rekrutierungsstrukturen aufbrechen	37
2 Antidiskriminierung und Mainstreaming von marginalisierten Gruppen	45
a) Prozesse der Viktimisierung stoppen	48
b) Aufklärung und Sensibilisierung gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit	51
c) Empowerment von Migrant_innen	59
d) Institutionellen Rassismus zurückdrängen	65
3 Für eine demokratische Vielfalt	73
a) Demokratische Beteiligung ausbauen	73
b) Zivilgesellschaftliche Aktionen stärken	79
c) Soziokultur als Instrument der Prävention fördern	84
d) Steuerung, Vernetzung, Kommunikation	88
Liste der Interviews	97
Literaturverweise	99

Vorwort

Hinweis: Das Handlungskonzept ist in zwei Teile gefasst, um eine bessere Übersicht zu ermöglichen. Ihnen liegt „**Teil II – Handlungsempfehlungen**“ vor. „Teil I – Analysen“ finden Sie in einem zweiten Dokument.

Das vorliegende Handlungskonzept mit dem Titel „Vielfalt im Blick“ ist ein Produkt des Lokalen Aktionsplans (LAP) Leipzig und wurde von RAA Leipzig e.V. und Engagierte Wissenschaft e.V. im Zeitraum März 2009 bis Januar 2010 erstellt. Als Grundlage für die Handlungsempfehlungen wurden aktuelle Studien und Publikationen zu den Themen Diskriminierung, Ideologien der Ungleichwertigkeit und Neozitismus mit dem Blick auf Leipzig ausgewertet. Darüber hinaus wurden zahlreiche Interviews mit Vertreter_innen¹ der Zivilgesellschaft (von Bürgerinitiativen bis hin zu Beratungsstellen) sowie der städtischen Verwaltung geführt. **Die umfangreichen Ergebnisse aus dieser Arbeitsphase können in „Teil I – Analyse“ des Handlungskonzepts nachgelesen werden.** Dazu gehören:

- eine Beschreibung der Leipziger Neonazi-Szene und ihrer Entwicklung in den vergangenen Jahren
- eine Zusammenfassung von Erhebungen zur Verbreitung von Ungleichwertigkeitsvorstellungen in der Bevölkerung
- ein Gutachten des Antidiskriminierungsbüro e.V. zu Alltagsrassismus und anderen Formen alltäglicher Diskriminierung
- eine Analyse zum Einfluss von institutioneller und struktureller Benachteiligung in den Bereichen Schule, Arbeitsmarkt und Verwaltung
- eine Analyse des Lokalen Aktionsplan Leipzig im Zeitraum 2007-2010

Auf dieser Basis war es möglich, verschiedene Problemfelder und Handlungsoptionen zur Stärkung der demokratischen Kultur zu identifizieren. Ergänzt um die

¹ Wir verwenden im Folgenden bei Personenbezeichnungen den Unterstrich (Bsp.: Migrant_innen) als eine Weiterentwicklung des Binnen-I, um alle möglichen Lebensweisen außerhalb der hegemonialen Zweigeschlechtlichkeit mit einzubeziehen und sichtbar zu machen. Zum Hintergrund siehe: Herrmann, Steffen Kitty (2003): „Performing the Gap - Queere Gestalten und geschlechtlicher Aneignung“, in: Arranca! Nr. 28, 11/2003, S. 22-26.

Erkenntnisse aus den geführten Interviews, wissenschaftlicher Literatur sowie lokalen und überregionalen Best-Practice-Beispielen ergibt sich daraus der zweite Teil des Handlungskonzeptes. In „**Teil II – Handlungsempfehlungen**“ werden **Felder beschrieben, in denen unserer Ansicht nach unbedingter Handlungsbedarf besteht und in denen kommunale Akteure die Möglichkeit haben Einfluss zu nehmen**. In diesem Teil markieren zwei Symbole konkrete Handlungsempfehlungen und „Best Practice“-Beispiele.



Handlungsempfehlungen



„Best Practice“-Beispiele

Die Handlungsempfehlungen teilen sich in drei Bereiche auf:

1. die Bekämpfung neonazistischer Organisationen und Akteure
2. Antidiskriminierung und Mainstreaming von marginalisierten Gruppen
3. die Verbesserung der Grundlagen für eine demokratische Vielfalt

Den konkreten Empfehlungen sind jeweils kurze Situations- bzw. Problembeschreibungen vorangestellt, die als Erläuterung für die geforderten Veränderungen bzw. die Fortführung überzeugender Aktivitäten und Projekte dienen. Dazu finden sich hier immer wieder Verweise auf die Erkenntnisse aus Teil I, da diese für ein Gesamtverständnis oft unerlässlich sind. Querverweise zwischen den drei Bereichen des Teil II zeigen auf, dass die einzelnen Abschnitte der Handlungsempfehlungen nicht isoliert voneinander zu betrachten, sondern aufeinander zu beziehen sind.

An dieses Vorwort schließt sich eine kurze Erläuterung darüber an, weshalb wir den Begriff „Rechtsextremismus“ vermeiden und stattdessen von Neonazismus und Ideologien der Ungleichwertigkeit sprechen. Den Handlungsempfehlungen in Teil II ist eine **Präambel** vorangestellt, die eine grundlegende Herangehensweise an das Problem wiedergibt und dem Konzept als Rahmen dient.

Die Projektgruppe „Vielfalt im Blick“ möchte sich ganz herzlich bei den Personen bedanken, die zum Gelingen dieses Handlungskonzeptes beigetragen haben. Wir danken allen Interviewten, den Mitgliedern des Begleitausschusses, dem ADB Sachsen, der Fachstelle für Extremismus und Gewaltprävention der Stadt Leipzig, dem Mobilen Beratungsteam für den Regierungsbezirk Leipzig, dem Vorstand des Engagierte Wissenschaft e.V., Elena Buck für die Redigierarbeit und allen anderen Expert_innen, die uns mit ihrem Wissen und ihren Erfahrungen unterstützt haben.

„Vielfalt im Blick“ (ViB)

Ein Handlungskonzept zur Stärkung der demokratischen Kultur in Leipzig

LAP Leitziel 2: Akteure in Zivilgesellschaft, Institutionen und Behörden sind kompetent in der Vermittlung demokratischer Werte und im Wirken gegen rechtsextremistische Ideologie und Gewalt.

LAP Leitziel 1: Einwohnerinnen und Einwohner in Leipzig verfügen über ein ausgeprägtes Toleranzverständnis für vielfältige Lebensformen und partizipieren an einer interkulturellen Lebenswelt.

Der Aufbau des Handlungskonzeptes im Überblick:

Analyse: Neonazis in Leipzig

Analyse: Gesellschaftliche Einstellungsmuster zu Ideologien der Ungleichwertigkeit + Diskriminierung + Institutioneller Rassismus

1. Neonazismus bekämpfen

- a) Öffentliche Räume demokratisch besetzen
- b) Symbolische Politik
- c) Auseinandersetzung mit der NPD im Stadtrat
- d) Informationspolitik optimieren, Aufklärungsnetzwerke ausbauen
- e) Opferperspektive stärken
- f) Rekrutierungsstrukturen aufbrechen

2. Antidiskriminierung und Mainstreaming von marginalisierten Gruppen

- a) Prozesse der Viktimisierung stoppen
- b) Aufklärung und Sensibilisierung gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit
- c) Empowerment von Migrant_innen
- d) Institutionellen Rassismus zurückdrängen

3. Für eine demokratische Vielfalt

- a) Bürgerbeteiligung ausbauen
- b) Zivilgesellschaftliches Engagement stärken
- c) Soziokultur als Instrument der Prävention fördern
- d) Steuerung, Vernetzung, Kommunikation

Neonazismus und Ungleichwertigkeit: Begriffserläuterungen

Wir gehen davon aus, dass neonazistische und andere antidemokratische, auf Ideologien der Ungleichwertigkeit basierende Einstellungen in der gesamten Bevölkerung verbreitet sind.² Diese Denkweisen und dementsprechend agierende Personen und Organisationen müssen daher gesamtgesellschaftlich betrachtet und erklärt werden.

Insbesondere grenzen wir uns vom Begriff und Konzept des „(Rechts-)Extremismus“ ab, mit dem das Problem begrifflich an den Rand der Gesellschaft verschoben wird. Damit geht die Vorstellung von einer angeblich unproblematischen „Mitte“ einher, die lediglich von ihren äußeren Rändern bedroht wird. Zudem wird das so gerahmte Problem oft als eines von (Jugend-)Gewalt, Kriminalität oder abweichendem Verhalten (Devianz) dargestellt. Es handelt sich beim „Rechtsextremismus“ einen unterkomplexen, entpolitisierenden Sammelbegriff, der zudem wissenschaftlich unhaltbar ist.³

Als **Neonazis** oder **neonazistisch** bezeichnen wir Personen, Gruppen, Parteien und andere Organisationen, die

- Ideologien der Ungleichwertigkeit von Menschen vertreten und
- das Ziel der Errichtung einer „deutschen Volksgemeinschaft“ verfolgen und
- die Zeit des Nationalsozialismus verherrlichen oder verharmlosen und
- sich damit organisiert und zielgerichtet in Politik und Gesellschaft einmischen.

Neonazis leugnen – wie manch andere Personen auch – die Gleichwertigkeit von Menschen. Zentral für ihre nicht in allen Punkten einheitliche Ideologie ist die Idee der „deutschen Volksgemeinschaft.“ So genannte Freie Kräfte bzw. Nationale Sozialisten vertreten dieses Ziel ganz offen, aber auch eine Partei wie die NPD spricht

² Siehe: Teil I – Ungleichwertigkeit in der Mehrheitsgesellschaft.

³ Siehe: Kritik bei Kopke/Rensmann 2000, Neugebauer 2000, Wippermann 2000, Stöss 2005 und Liebscher/Schmidt 2007.

sich dafür aus (beispielsweise in ihrer Wahlkampfzeitung Leipziger Stimme). In der Wissenschaft bezeichnet man diese Ideologie auch als völkischen Nationalismus⁴ oder Faschismus.⁵

Spezifisch für Neonazis in Deutschland ist der positive Bezug auf den Nationalsozialismus oder zumindest auf einzelne seiner Elemente und Protagonist_innen.

Beispiel dafür ist die Verherrlichung von Nationalsozialisten wie Rudolf Heß und Horst Wessel, deren Todestage regelmäßig von Propagandaaktionen begleitet werden, oder die von Neonazis aus dem Umfeld des Freien Netzes angemeldeten Kundgebungen zum Jahrestag der Machtübernahme der NSDAP am 30.01.2009 unter dem Motto „Zwölf Minuten Freiheit gegen 64 Jahre Zensur und Unfreiheit“ (die Kundgebungen sollten im Zeitraum von 19.33 bis 19.45 Uhr stattfinden). Die Leipziger NPD veröffentlichte auf ihrer Homepage zum Jahreswechsel eine Erklärung Nationaler Sozialisten, in der ebenfalls von „64 dunklen Jahren“ die Rede ist, die überwunden werden sollen.

Die Vorsilbe „Neo-“ im „Neonazismus“ steht für die Modernisierungstendenzen und Metamorphosen im Vergleich zu historischen Nationalsozialismus. Beispielsweise bedienen sich heute viele Neonazis „ethnopluralistischer“ (kulturalistischer) statt der alten rassenbiologischen Argumente.

Eine Handlungsform organisierter Neonazis ist die Ausübung von Gewalt gegen politische Gegner_innen oder als nicht-deutsch wahrgenommene, der „deutschen Volksgemeinschaft“ nicht zugehörige Personen. Aber es wäre verfehlt, lediglich solche offenen Gewalttaten als problematisch und gefährlich anzusehen. Auch wenn die Umsetzung ihrer politischen Ziele – die „Reinigung“ der als bedroht angesehenen „Volksgemeinschaft“ von „volksschädigenden“ Elementen – letztlich nur mittels eines gewaltsamen Vorgehens gegen äußere und innere Feinde zu erreichen wäre, bedienen sie sich auch weniger gewaltförmiger Handlungsoptionen. Dazu gehören beispielsweise das Antreten bei Wahlen und das Agieren auf parlamentarischer Ebene, Propagandaaktionen vielfältiger Art oder die symbolische wie reale Besetzung des öffentlichen Raumes.

Neben dem Bezug auf die nationalsozialistische Vergangenheit und auf die „Volksgemeinschaft“ setzen Neonazis auch auf andere Themen wie die Sozialpolitik, Globalisierung, den demographischen Wandel oder die Diskussion um so genannte Kinderschänder. Der ideologische Kern bleibt dabei derselbe. Etwa wenn angesichts sinkender Geburtenraten der „Volkstod“ beschworen wird. Oder wenn die Globalisierung bzw. der Kapitalismus in einer verkürzten, auf die nationalsozialistische Unterscheidung von „schaffendem“ und „raffendem“ Kapital aufbauenden

⁴ Siehe: Kellershohn 2004.

⁵ Siehe: Griffin 1991, 2004, 2005 und Sternhell 2002.

Art und Weise kritisiert in antisemitischer Manier das „internationale Finanzkapital“ oder „die Globalisten“ angeprangert werden.

Trotz dieser gemeinsamen Kernpunkte verstehen wir unter Neonazismus weder eine vollkommen einheitliche Ideologie noch eine homogene Bewegung – dafür ist die Neonazi-Szene derzeit zu heterogen. Es ist daher wichtig, die einzelnen Akteur_innen und Organisationen in ihrer lokalen Einbettung konkret zu analysieren, Gemeinsamkeiten und Unterschiede klar zu benennen.⁶ Ansonsten wird Neonazismus schnell zu einem ebenso wenig brauchbaren Sammelbegriff wie der oben kritisierte „Rechtsextremismus“.

Unter **Ungleichwertigkeitsvorstellungen** bzw. **Ideologien der Ungleichwertigkeit** verstehen wir – in Anlehnung an Heitmeyer⁷ und Decker/Brähler⁸ – Ideologien und Einstellungsmuster wie:

- Rassismus
- Antisemitismus
- Autoritarismus
- Nationalismus
- Sexismus und Homophobie bzw. Heterosexismus
- Sozialdarwinismus bzw. Verwertungslogik
- Abwertung von Behinderten, Obdachlosen usw. (Heterophobie)
- Etabliertenvorrechte

All diesen Überzeugungen – die Aufzählung ist nicht vollständig – ist gemein, dass sie die Gleichwertigkeit von Menschen leugnen. Der eigenen „Rasse“, Nationalität, sexuellen Orientierung usw. wird eine höhere Wertigkeit zugeschrieben; Frauen, Behinderte, Obdachlose, Zugezogene oder auf eine andere Art und Weise als „anders“ identifizierte Menschen werden damit in ihrer Menschenwürde herabgesetzt.

Die damit verbundenen und gerechtfertigten Diskriminierungen stellen zum einen an sich eine Herausforderung für eine Gesellschaft dar, die sich Werten wie Toleranz, Vielfalt und demokratischer Gleichheit verbunden fühlt. Zum anderen ermöglichen diese (unterschiedlich stark) verbreiteten Einstellungen Neonazis, daran

⁶ Siehe: Teil I – Neonazis in Leipzig.

⁷ Siehe: Heitmeyer 2002-2009.

⁸ Siehe: Decker/Brähler 2006, 2008 und Decker/Rothe/u.a. 2008.

anzuknüpfen, was zur Normalisierung ihrer Positionen in der Gesellschaft beiträgt. Die Unterscheidung zwischen beispielsweise „normalem“ Alltagsrassismus (oder auch institutionellem Rassismus) und dem der Neonazis ist nicht immer klar. Letztendlich ist es das bewusst angestrebte politische Ziel, die Errichtung einer „deutschen Volksgemeinschaft“, durch das sich die Neonazis von anderen Bürger_innen unterscheiden, die sich von (einzelnen) Ungleichwertigkeitsvorstellungen leiten lassen und aufgrund dieser andere Menschen diskriminieren.

Diese fließenden Übergänge sind ein Grund dafür, weshalb wir der Ansicht sind, dass Neonazis und Ideologien der Ungleichwertigkeit nicht getrennt voneinander zu betrachten sind und sich ein Handlungskonzept zur Stärkung der demokratischen Kultur gleichzeitig mit beiden Problemen bzw. mit beiden Dimensionen des Problems auseinandersetzen muss.

Uns ist bewusst, dass es sich bei dem vorgeschlagenen Begriffsapparat nur um eine Hilfskonstruktion handelt. Um eine wissenschaftlich konsistente Alternative zum vorherrschenden Rechtsextremismusbegriff zu entwickeln, bedürfte es umfassenderer Forschung und Fachdiskussion. Auf die mögliche Ungenauigkeit auch des Neonazismusbegriffs wurde bereits hingewiesen, ebenso auf die fließenden Übergänge von einzelnen Ungleichwertigkeitsvorstellungen zu einem geschlossenen neonazistischen Weltbild. Das betrifft beispielsweise Personen, die rassistisch motivierte Gewalt ausüben, aber über kein geschlossenes ideologisches Weltbild verfügen. Im Rahmen dieses Handlungskonzeptes sind solche Fragen allerdings vernachlässigbar.

Präambel

Kein Platz für Neonazismus und Ideologien der Ungleichwertigkeit

Die Leipziger Stadtgesellschaft hat in den vergangenen Jahren durch verschiedene Aktionen, Proteste und Projekte deutlich gemacht, dass sie sich mit dem gesamtgesellschaftlichen Problem Neonazismus auseinandersetzen will.

Nur die öffentliche, transparente und offensive Bekämpfung neonazistischer Strukturen und Akteure sowie der damit verbundenen Ideologien der Ungleichwertigkeit ebnet den Weg zu einer diskriminierungs- und gewaltfreien Stadtgesellschaft. Diese politische Auseinandersetzung fördert zugleich ein demokratisches und offenes Leipzig für alle hier lebenden Bürger_innen – unabhängig von Staatsangehörigkeit, sexueller Orientierung und Geschlecht, religiöser oder anderer Anschauung, sozialer Herkunft und körperlicher Benachteiligung.

Deshalb plädiert dieses Handlungskonzept für eine umfassende und nachhaltige politische Auseinandersetzung der Leipziger Stadtgesellschaft mit neonazistischen Aktivitäten in Leipzig. Diese Auseinandersetzung soll dauerhaft sein, sowie sich stetig erneuern und verbessern. Diese Idee greift das Leitziel 2 des Lokalen Aktionsplans (LAP) auf: „Akteure in Zivilgesellschaft, Institutionen und Behörden sind kompetent . . . im Wirken gegen rechtsextremistische Ideologie und Gewalt.“⁹

Es mangelt nicht an öffentlichen Bekenntnissen zu Toleranz, Respekt und der Anerkennung anderer Lebensweisen. Inwieweit aber nehmen diese wirklich Einfluss auf den auch in Leipzig weit verbreiteten Alltagsrassismus und andere Diskriminierungsformen? Mit anderen Worten: Haben wir in der Leipziger Stadtgesellschaft schon eine nachhaltige Antidiskriminierungskultur?

Weil es neonazistische Aktivitäten, Gewalt und Diskriminierung aufgrund der Verbreitung von Ideologien der Ungleichwertigkeit in der Stadt gibt und diese nach wie vor virulent sind, ist eine Auseinandersetzung mit den benannten Einstellungen der Leipziger_innen geboten, für das dieses Handlungskonzept praktische Vorschläge unterbreitet. Hier wird das LAP-Leitziel 1 aufgegriffen: „Die Leipziger

⁹ <http://www.aktionsplan-leipzig.de/files/ziele09.pdf>, (eingesehen am 08.01.2010).

Stadtgesellschaft verfügt über ein ausgeprägtes Toleranzverständnis für vielfältige Lebensformen und partizipiert an einer interkulturellen Lebenswelt.“¹⁰

Für eine demokratische Stadtgesellschaft

Demokratische Stadtstrukturen fördern

Die Verwirklichung und Umsetzung einer „Demokratie als Lebensform“ (John Dewey) hält neonazistischem Gedankengut und Ideologien der Ungleichwertigkeit eine klare Alternative entgegen.

Eine solche demokratische Stadtgesellschaft verwirklicht sich zunächst in der Auseinandersetzung mit und der Abwehr von eben genannten Phänomenen. Von diesem Fundament ausgehend erneuert und erweitert sie sich ständig: durch alltäglich gelebte und sich entwickelnde Offenheit von Institutionen und Gremien, von neuen Formen und Foren der Beteiligung. Demokratie muss als Prozess verstanden werden, als eine Auseinandersetzung um die Verwirklichung des gesellschaftlichen Zusammenlebens.

Diesen Gedanken hat auch Oberbürgermeister Burkhard Jung formuliert: „Demokratie ist kein festes Gebäude, sondern eine ständige Baustelle um die beste Ordnung unseres Gemeinwesens.“¹¹ Die von ihm geforderte „demokratische Mündigkeit“ muss zu Transparenz, Partizipation und gelebter Demokratie in der Leipziger Stadtgesellschaft führen. Dann kann auch die Forderung von Burkhard Jung – „Wir müssen durch unser Tun für unsere Demokratie werben!“ – eine realistische Umsetzung erfahren.

Dies führt zu folgender politischer Zielsetzung: Eine weiterführende und nachhaltige Demokratisierung von Stadtstrukturen und der Leipziger Stadtgesellschaft wird entwickelt und implementiert. Leipzig will eine demokratische Stadt und ein Raum ohne Diskriminierungen sein. Damit knüpft das vorliegende Handlungskonzept an das LAP-Leitziel 2: „Akteure in Zivilgesellschaft, Institutionen und Behörden sind kompetent in der Vermittlung demokratischer Werte . . .“ an.¹²

Auf der Grundlage der hier formulierten Grundsätze und Zielstellungen legen wir, die Projektgruppe „ViB“ der Träger Engagierte Wissenschaft e.V. und RAA Leipzig e.V., der Stadt Leipzig und dem Begleitausschuss des Lokalen Aktionsplanes (LAP) das Handlungskonzept „Vielfalt im Blick“ vor.

¹⁰ <http://www.aktionsplan-leipzig.de/files/ziele09.pdf>, (eingesehen am 08.01.2010).

¹¹ <http://www.leipzig.de/de/buerger/politik/obm/reden/15589.shtml>, (eingesehen am 05.01.2010).

¹² <http://www.aktionsplan-leipzig.de/files/ziele09.pdf>, (eingesehen am 08.01.2010).

1 Neonazismus bekämpfen

a) Öffentliche Räume sind demokratische Räume

„Anzustreben ist eine Gesellschaft, in der für Rechtsextremismus kein Raum ist – weder in den Köpfen noch auf der Straße – und stattdessen die Achtung der gleichen Würde und rechtlichen Gleichheit aller Menschen vorherrscht.“¹

(Uwe Berlit, Richter am Bundesverwaltungsgericht)

Neonazis wollen den öffentlichen Raum besetzen

Innerhalb der Viersäulenstrategie neonazistischer Akteure ist neben dem Kampf um die Parlamente der Kampf um „die Köpfe“, „die Straße“ und den „organisierten Willen“ ausgerufen worden. Dazu gehört offensichtlich die Eroberung, Besetzung und dauerhafte Inbesitznahme des öffentlichen Raumes.² Auch und gerade in Leipzig haben wir es mit solchen Eroberungsversuchen zu tun.

- Dies wird in den letzten Jahren u. a. anhand von angemeldeten und spontanen Demonstrationen, Mahnwachen, Graffitis und der Präsenz von Aufklebern im öffentlichen Raum deutlich.³
- Es wurde das Neonazizentrum⁴ in der Odermannstraße 8 eröffnet, das offiziell u.a. als Bürgerbüro des NPD-Landtagsabgeordneten Winfried Petzold dient: Von diesem Zentrum aus wurden Bedrohungen oder öffentliche Provokationen gegen umliegende Organisationen ausgesprochen (u. a. an Buchkinder e.V.); zusätzlich gehen von Veranstaltungen Bedrohungen durch die Anwesenheit gewaltbereiter Neonazis aus. Die Bürgerinitiative „Miteinander

¹ Berlit 2009, S. 110.

² Siehe zum Konzept der „National befreite Zonen“ und seinen Metamorphosen: Brandstetter 2006.

³ Siehe dazu: Teil I – Analyse: „Neonazis in Leipzig“ sowie die Dokumentation chronik.LE unter: <http://www.chronikle.org>.

⁴ Von der NPD selber als „Nationales Zentrum“ bezeichnet, siehe: <http://www.npd-leipzig.net/nationales-zentrum> (09.01.2010).

1. Neonazismus bekämpfen

jetzt“ dokumentiert immer wieder Vorfälle aus dem Haus oder seinem direkten Umfeld heraus, die deutlich werden lassen: in der Odermannstraße ist eine (temporäre) „Angstzone“⁵ entstanden.

- Nicht grundlos wurden und werden von Seiten der Neonazis Versuche unternommen, in öffentlichen wie privaten Räumen eigene Versammlungen und Veranstaltungen durchzuführen, die dann wiederum Wirkungen in den öffentlichen Raum hinein entfalten können (so wurden u. a. aus einer Wohngemeinschaft in der Gutmuthsstraße heraus im Jahr 2007 mehrere Bedrohungen und Überfälle geplant und durchgeführt; in diesen Kontext ist auch der Überfall der sog. „Freien Kräfte“ auf das Cineding im Januar 2007 einzuordnen⁶).
- Auch der inzwischen erfreulicherweise geschlossene „Thor Steinar“-Laden in der Innenstadt gehört zu einem solchen Konzept der Normalisierung neonazistischer Codes und Kleidung im öffentlichen Raum.⁷

Den öffentlichen Raum nicht den Neonazis überlassen



Gegen Strategien der Besetzung des öffentlichen Raums durch Neonazis sind komplexe Aktivitäten und Reaktionen von Nöten. Es muss um eine „Re-Demokratisierung öffentlicher Räume und Strategien gegen Angsträume“⁸ gehen. Denn öffentliche Räume werden erst über die Besetzung durch eine handlungsfähige Zivilgesellschaft demokratisiert. Wenn diese Zivilgesellschaft im Alltag in bestimmten Stadtteilen oder allgemein nicht existiert oder zu schwach ist, ist es Aufgabe der vorhandenen Initiativen, Strukturen und Akteur_innen, diese zu reaktivieren. Mit der Zivilgesellschaft sind grundsätzlich alle Bürger_innen einer Stadt gemeint. Diese Zivilgesellschaft manifestiert sich konkret vor allem in kollektiven Akteur_innen wie Vereinen und Bürger_inneninitiativen, sozialen und politischen Gruppierungen etc. Folgende Maßnahmen und Handlungsmöglichkeiten sind notwendig:

1. Den öffentlichen Raum (zurück)erobern: Vielfältige Aktionen sind gefragt



Die Aktivitäten der Bürger_inneninitiativen wie „Buntes Reudnitz“ oder „Miteinander Jetzt“ reagieren auf reale Bedrohungen und Gewalterfahrungen in den jeweiligen Stadtteilen. Anlässlich dieser Erfahrungen wurden kollektive Akteure gegründet, die mit verschiedensten Aktivitäten den öffentlichen Raum demokratisch

⁵ Siehe: Döring 2008.

⁶ Siehe: <http://www.chronikle.org/ereignis/neonazis-berfallen-filmveranstaltung-im-cineding>.

⁷ Siehe zu „Thor Steinar“: <http://thorsteinarstoppen.blogspot.de>, zuletzt abgerufen am 10.1.2010

⁸ Siehe: Korgel 2009, S. 264.

a) Öffentliche Räume sind demokratische Räume

besetzt und Alternativen zu den Neonazi-Angeboten und -Eroberungen erzeugt haben. Die Aktivitäten können als Beispiele guter Praxis („Good Practice“) dienen und umfassen:

- Hörspielfestivals
- Kino-Reihen
- Plakataktionen und andere Formen der demokratischen Kommunikation im öffentlichen Raum
- Kundgebungen
- Ausstellungen
- Politische, soziale und kulturelle Veranstaltungen⁹

Solche Aktivitäten machen Probleme sichtbar, (re-)politisieren sie und bieten alternative Ansätze für die Betrachtung und Lösung gesellschaftlicher Konflikte an.¹⁰ Auch alternative Lebens- und Wohnformen, wie die „Wächterhäuser“, das Projekt „Gieszerstraße 16“ und andere Kulturzentren ermöglichen eine andere Gestaltung des öffentlichen Raumes und Ausstrahlung in ihn hinein. Auch die vielfältigen Aktionen des Ladenschlussbündnisses gegen den Bekleidungsladen „Tönsberg“ in der Leipziger Innenstadt stehen für eine solche Strategie der alternativen Besetzung öffentlicher Räume.¹¹

Durch vielfältige Maßnahmen und Projekte werden solidarische und gemeinschaftliche, friedliche und diskriminierungsfrei(er)e Zusammenhänge, Netzwerke und Sozialräume geschaffen. Neonazis haben hier keinen Platz.

Einen weiteren Baustein sollte eine öffentliche Gedenk(stätten)kulturarbeit in der Stadt bilden: Authentische Gedenkort (wie z.B. das Mahnmal auf dem ehemaligen Grundriss der alten Synagoge in der Gottschedstraße¹²) sowie die „Stolpersteine“¹³ , die seit 2006 in Leipzig an verschiedenen Orten an ehemalige Bewohner_innen der Stadt erinnern, die vom Nazi-Regime verfolgt und deportiert und die schließlich ermordet worden, gehören auch zur demokratischen Besetzung des öffentlichen Raumes. Solche authentischen Gedenkort und neue „Stolpersteine“

⁹ Hierzu zählen z.B. das interkulturelle Fest im Rahmen der interkulturellen Wochen, die Lindenauer Nacht (<http://www.lindenauerstadtteilverein.de/leben/feste.php>, 7.1.2010) und auch Aktivitäten des Ladenprojektes „Atari“ in Reudnitz.

¹⁰ Siehe: Siebert 2008, S. 245 f.

¹¹ Siehe: <http://ladenschluss.blogspot.de/>, 10.10.2010.

¹² Siehe: <http://www.mdr.de/mdr-figaro/hoerspiel/771388-hintergrund-2257687.html>, 10.10.2010.

¹³ Siehe: <http://www.stolpersteine-leipzig.de/>, 10.10.2010.



1. Neonazismus bekämpfen

sollten gefördert werden. Hier bieten sich zudem vielfältige Möglichkeiten der politischen Bildungsarbeit für die Stadtgesellschaft.

2. Angstzonen identifizieren, analysieren und beseitigen

Im Jahr 2007/08 wurden aus einer Neonazi-WG in der Gutsmuthsstraße (s.o.) immer wieder Übergriffe auf andersdenkende und -lebende Menschen ausgeübt. Durch die Skandalisierung dieser Vorfälle und die Gründung der BI „Miteinander Jetzt“ wurde sogar eine überregionale Öffentlichkeit erzeugt. Dieser konkrete Bedrohungsraum ist inzwischen verschwunden. Aber die mediale Aufmerksamkeit für das gesellschaftliche Neonaziproblem und weitere Angsträume ebenso.

Eine weitere Angstzone wurde durch die Überfälle auf das WG-Haus in der Reudnitzer Holsteinstraße im Jahr 2007/2008 erzeugt. Aus diesem Bedrohungsszenario heraus entwickelte sich die BI „Buntes Reudnitz“, die sich dieser Bedrohung gestellt und sie in die Öffentlichkeit gebracht hat.¹⁴ Die Zivilgesellschaft insgesamt ist aufgefordert, diese Angstzonen an die Öffentlichkeit zu bringen und zu skandalisieren.



Die kommunalen Verantwortungsträger_innen und die etablierten politischen Akteure wie Parteien müssen diese Skandalisierung aufnehmen, sie zum einen weiter in die Öffentlichkeit bringen¹⁵ und sich zum anderen an der politischen Lösung – der Auflösung dieser Angsträume – aktiv beteiligen. Polizei und Justiz sollen bei der Bekämpfung von Angstzonen durch die konsequente Verfolgung und Aufklärung von Straftaten sowie die Verurteilung der Schuldigen ihren notwendigen Beitrag leisten.

3. Demonstrationen gegen Neonaziaktivitäten fördern

Demonstrationen und andere Protestformen gegen Neonazis und Ideologien der Ungleichwertigkeit sind wichtiger Bestandteil der Öffentlichkeit in Leipzig und des öffentlichen Raumes. Solche Proteste gehören zu einem Gemeinwesen, das Neonazis *politische* Grenzen setzt. Diesen Protesten sollte größtmögliche öffentliche Unterstützung und politische Solidarität entgegengebracht werden.



Die Polizei und auch die Ordnungsbehörden haben einen Spielraum bei der unterschiedlichen Behandlung von Neonaziaufmärschen und Gegenkundgebungen / Widersetzaktionen. Es ist wünschenswert, Protestdemos die Erlaubnis zu

¹⁴ Siehe: <http://www.buntes-reudnitz.de/wer.html>, 10.10.2010.

¹⁵ Siehe dazu auch: Teil II – 1b) „Symbolische Politik“.

erteilen, ihren Protest auf Kundgebungen in unmittelbarer Nähe zu den Neonazi-aufmärschen lautstark werden zu lassen.

In der jüngeren Vergangenheit wurde das Verhalten der Leipziger Polizei bei Protesten gegen Neonazis von den dieses tragenden Personen, beispielsweise Vertreter_innen des Ladenschlussbündnisses sowie verschiedener Bürgerinitiativen, als be- oder gar verhindernd wahrgenommen. Sie beklagten sich über eine Tendenz zur Kriminalisierung solcher Aktivitäten.¹⁶ Auch die polizeiliche Öffentlichkeitsarbeit ließ diesbezüglich in einzelnen Fällen zu wünschen übrig.¹⁷ Aktuell scheint sich aber im Hinblick auf den Umgang mit zivilgesellschaftlichen Protesten ein Wandel zu vollziehen, der aus Sicht der Zivilgesellschaft und der Demokratisierung des öffentlichen Raumes zu begrüßen ist.¹⁸

4. Repression als letztes Mittel: Verbotgründe prüfen

Repressionen und Verbote sind aus unserer Sicht das letzte Mittel in der Auseinandersetzung gegen Neonazismus und Ideologien der Ungleichwertigkeit. So sind polizeiliche und juristische Maßnahmen bei Straftaten und Verstößen gegen (grund-)gesetzlich geschützte Rechte akzeptabel und notwendig. Beispielsweise wäre die mutmaßliche Verbreitung der Auschwitzlüge ein Anlass, eine Neonazi-Demonstration am Jahrestag der Befreiung von Auschwitz (27. Januar) einer dringenden Verbotsprüfung zu unterziehen – aus Gründen des Straftatbestandes sowie aus Respekt vor den Opfern.

Unabhängig davon ist offensichtlich, dass dem Gesellschaftsproblem Neonazismus nur durch politische und gesamtgesellschaftliche Strategien nachhaltig Einhalt geboten werden kann.



¹⁶ Zivilgesellschaftliche Proteste gegen Demonstrationen der „Freien Kräfte“ in Grünau am 29.04.2008 und in Reudnitz am 12.01.2008 wurden durch die jeweiligen Polizeieinsätze weitgehend unterbunden.

¹⁷ So wurden zum Beispiel in einer Pressemitteilung der Polizei vom 05.12.2008 friedlich protestierende Chorsänger_innen gegen das NPD-Zentrum in der Odermannstraße 8 zu verummten Gewalttätern stilisiert. In der Pressemitteilung war ungeprüft die Darstellung der NPD über die Ereignisse des Vorabends übernommen worden.

¹⁸ Zumindest kann die Zulassung zivilgesellschaftlichen Protests gegen die geplante Neonazi-Großdemonstration vom 17.10.2009 als ein positives Anzeichen dafür gewertet werden.

b) Symbolische Politik

Der Oberbürgermeister und die Beigeordneten der Stadt (als politische Stadtverwaltung), die demokratischen Parteien und Stadtratsfraktionen haben aus unserer Sicht drei miteinander verzahnte Aufgaben, die das Handlungskonzept als **positive Symbolpolitik** definiert.

Die genannten Akteure sollten sich öffentlich gegen neonazistische Aktivitäten, Rassismus und andere damit verbundene Gesellschaftsprobleme in der Stadt positionieren. Sie sollten sich deutlich zu allen gewaltfreien Formen des zivilgesellschaftlichen Protestes bekennen. Sie sollten für eine Antidiskriminierungskultur und für Bürgerbeteiligung eintreten, wo immer dies möglich und geboten ist.

1. Neonazistische Aktivitäten und damit zusammenhängende Problemfelder deutlich problematisieren und benennen



Hier wird von der politischen Stadtverwaltung und vor allem den politischen Parteien im Stadtrat erwartet, dass sie ihre öffentlichen Positionierungen zum Problemfeld Neonazismus und Ideologien der Ungleichwertigkeit weiter entwickeln und forcieren. Nur auf der Grundlage einer offenen, kontinuierlichen und konfrontativen Auseinandersetzung mit den genannten Problemfeldern kann eine ernsthafte Symbolpolitik angegangen werden.

- Dazu könnten regelmäßige Themenschwerpunkte – zu geeigneten Zeitpunkten und aktuellen Anlässen – auf die Tagesordnung des Stadtrates kommen. Dafür kann bspw. die aktuelle Stunde genutzt werden (durch Verwaltung und den OBM). Außerdem kann auch die Zivilgesellschaft die Bürgerfragestunde nutzen, um aktuelle Vorkommnisse zu diskutieren – und die städtischen Gremien in ihrer Positionierung zu bestärken.
- Die Parteien und Stadtratsfraktionen müssen sich dafür weitere Kompetenzen und Informationsressourcen auf diesem Gebiet erarbeiten, um Situationen angemessen bewerten und Impulse für die Öffentlichkeit und die Stadtverwaltung setzen zu können.¹⁹

2. Politisch Stellung beziehen



Auf Grundlage dieses Wissens können sich die politische Stadtverwaltung (OBM und die Beigeordneten), die demokratischen Stadtratsmitglieder und Parteien re-

¹⁹ Siehe: Teil II - 1c) „Auseinandersetzung mit der NPD im Stadtrat“ und 1d) „Informationspolitik optimieren“.

gelmäßig gegen Neonazismus und Ideologien der Ungleichwertigkeit positionieren. Dies sollte unabhängig von akutem Handlungsdruck und nicht nur als Reaktion auf Neonaziaufmärsche, Gewalthandeln der Neonazis und andere alltagsrassistische Vorfälle erfolgen. Trotzdem muss ebenso gewährleistet sein, dass öffentlichen Aktionen der Neonazis (Demonstrationen, Anschläge etc.) mit klaren politischen Statements begegnet wird.

Hierdurch wird eine positiv zu wertende Symbolpolitik für die Stadtgesellschaft und den neonazistischen Akteuren gegenüber erzeugt.²⁰ Dies zeigt eine hohe Sensibilisierung sowohl für den Gegenstand als auch für die Betroffenen.²¹ Gleichzeitig erfolgt eine Positionierung für Demokratie und gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit. Die Wirkung dieser symbolischen Besetzung des politischen Raums für die gesamte Stadtöffentlichkeit ist nicht zu unterschätzen. Dies dient gerade auch der Unterstützung zivilgesellschaftlicher Kräfte, die sich auf diese Symbolpolitik berufen können.²²

Der Leipziger OBM und die demokratischen Stadtratsfraktionen haben dazu in den letzten zwei Jahren erste wichtige Schritte vollzogen:

- Die „Leipziger Erklärung gegen das Auftreten der NPD“ wurde am 17.12.08 von OBM Burkhard Jung im Namen aller Stadtratsfraktionen in der aktuellen Stadtratssitzung verkündet.²³
- OBM Burkhard Jung hat am 31.07.2009 den Aufruf „Keine Nazis in den Landtag!“ unterzeichnet, der sich gegen die Wahl der NPD und ihren Wiedereinzug in den sächsischen Landtag ausspricht. Die Initiative dazu kam aus der Zivilgesellschaft.²⁴
- Der Leipziger Stadtrat und der OBM haben am 14.10.09 einen gemeinsamen Aufruf gegen die Demonstration der Neonazis am 17.10.09 verabschiedet (der OBM und einige Mitglieder der Stadtratsfraktion waren am Tag der Demonstration anwesend, was ebenfalls zu begrüßen ist).²⁵

Diese Art der Symbolpolitik muss verstetigt und erweitert werden. Gerade mit zwei NPD-Abgeordneten im Stadtrat, einem Neonazi-Zentrum in der Odermann-



²⁰ Siehe: Liebscher / Schmidt 2007, die die zentrale Rolle der Kommunalverwaltung bei der Auseinandersetzung mit Neonazismus betonen.

²¹ Siehe: Teil II – 1e) „Opferperspektive stärken“.

²² Siehe: Teil II – 1a) „Öffentliche Räume sind demokratische Räume“.

²³ Siehe: <http://www.leipzig.de/de/buerger/newsarchiv/2008/12814.shtml> (07.01.2010).

²⁴ Siehe: <http://www.leipzig.de/de/buerger/newsarchiv/2009/14520.shtml> (09.01.2010).

²⁵ Siehe: <http://www.leipzig.de/de/buerger/newsarchiv/2009/15277.shtml> (09.01.2010).

1. Neonazismus bekämpfen

straße in Lindenau sowie einer starken Neonazistruktur in der Stadt und darüber hinaus ist ein offensiver Umgang mit dem Thema zu gewährleisten.²⁶

3. Kooperationspolitik ausbauen²⁷

Um Informationen für eine realistische Einschätzung der Neonazistrukturen in der Stadtgesellschaft zu erhalten sowie eine gut abgestimmte Symbolpolitik zu entwickeln, sind Kooperationen auszubauen und zu verstetigen. Diese Kooperationen beziehen sich erstens auf den Stadtraum selber und zweitens auf eine Vernetzung mit anderen Städten.

Kooperationspolitik in der Stadt



Zur offiziellen Stadtpolitik gehört auch die sichtbare Kooperation mit Expert_innen aus der Antirassismus- und Antidiskriminierungsarbeit, der Zivilgesellschaft sowie verschiedensten Fachleuten (Wissenschaft) in diesem Themenbereich. Dazu sind regelmäßige Treffen ein notwendiger Schritt. Diesbezüglich schlagen wir an anderer Stelle eine Neukonzeption der Netzwerkarbeit vor, die diese innerstädtische Kooperationspolitik ebenfalls ausfüllen könnte.²⁸

Vernetzung mit anderen Städten

Zu einer kooperativen Stadtpolitik gehören ebenfalls regionale und überregionale Austausch- und Informationstreffen mit anderen Städten (wie z.B. Dresden, Chemnitz, Jena und Halle sowie Klein- und Mittelstädten aus dem Leipziger Umland), damit Erfahrungen und Beispiele guter Praxis ausgetauscht werden sowie Strategien gegen (über)regionale Neonazistrukturen entwickelt werden können.²⁹



Hier gibt die Stadt Jena mit ihrem OBM Albrecht Schröter ein Best-Practice-Beispiel dafür, wie Kooperationen initiiert und forciert werden können. So lädt der Oberbürgermeister Anfang 2010 zu einer zweitägigen Städtekonferenz nach Jena ein, auf der sich interessierte Kommunen und Vertreter_innen zivilgesellschaftlicher

²⁶ Siehe: Teil I – „Neonazis in Leipzig“.

²⁷ Siehe: Strobl / Würtz / Klemm 2003, S. 195ff.

²⁸ Siehe: Teil II – 3d) „Steuerung, Vernetzung, Kommunikation“.

²⁹ Die vom damaligen sächsischen Ministerpräsidenten Georg Milbradt im Herbst 2007 nach den rassistischen Ausschreitungen in Mügeln durchgeführte Konferenz in Riesa halten wir zwar für einen notwendigen Schritt. Allerdings zeigt ihr einmaliges Einberufen, dass es sich wohl eher um eine „Feuerwehr-Politik“ und PR-Inszenierung handelte, als um den Versuch, eine nachhaltige Netzwerkstruktur zu schaffen. Siehe:

http://www.ssg-sachsen.de/rub3_akt/Veran/Kommunalforum_Einladung.pdf (20.1.2010).

Initiativen über Strategien und Aktionsformen gegen Neonazis in ihren Städten und Gemeinden austauschen.³⁰

Die Stadt Leipzig könnte bei der Durchführung und Unterstützung solcher regelmäßigen Tagungen und Vernetzungstreffen für die Region Leipzig und den Freistaat Sachsen eine Vorreiterrolle spielen.³¹ Damit könnte deutlich gemacht werden, dass die Neonazi-Problematik nicht allein lokal, sondern nur mit vereinten Kräften bekämpft werden kann. Dadurch würde zudem eine symbolische und reale Solidarität mit anderen Städten erzeugt. Der Eintritt Leipzigs in das Netzwerk „Cities against Racism“ ist ein wichtiger Schritt zu einer internationalen Kooperation in diesem Feld.³²

³⁰ Siehe: <http://www.jena.de/sixcms/detail.php?id=155095> (30.01.2010).

³¹ Für die Zivilgesellschaft gibt es mit dem Netzwerk „Tolerantes Sachsen“ bereits eine sehr gute Struktur des Austausches und der gemeinsamen Interessenpolitik. Auf diese Struktur könnte sich Leipzig beziehen. Siehe: <http://www.tolerantes-sachsen.de>.

³² Siehe: Teil II – 2d) „Institutionellen Rassismus zurückdrängen“.



c) Auseinandersetzung mit der NPD im Stadtrat

Seit der Kommunalwahl im Juni 2009 ist die NPD mit zwei Abgeordneten im Leipziger Stadtrat vertreten. Die Abgeordneten der demokratischen Fraktionen haben jedoch kaum Erfahrung im Umgang mit Neonazis als Ratsmitgliedern. Während andere Kommunen und Landkreise sich notgedrungen bereits seit längerem mit Mandatsträger_innen der NPD (oder ähnlicher Parteien) auseinandersetzen müssen, blieb das Leipzig bislang erspart. Zudem gehören dem Stadtrat in dieser Legislaturperiode auch keine Abgeordneten mehr an, die bereits im Landtag mit der NPD zu tun hatten.

Eine abgestimmte Strategie ist dringend erforderlich. Es muss verhindert werden, dass die Neonazis ihre Präsenz im Stadtrat für eine weitere Normalisierung ihrer Partei und ihrer Inhalte nutzen. Die Erfahrung aus anderen Kommunen zeigt, dass die NPD ihre Parlamentarier_innen gut schult und vorbereitet. Dass sie sich mit der Geschäftsordnung des Stadtrats auskennen, haben die NPD-Abgeordneten bzw. ihre Berater_innen bereits zur konstituierenden Sitzung am 11. November 2009 gezeigt. Mit ihrem Veto haben sie verhindert, dass über die Besetzung verschiedener Ausschüsse und Kommissionen wie bisher üblich en bloc abgestimmt wurde.

Obwohl die beiden NPD-Abgeordneten keine Fraktion bilden, werden sie zweifelsohne versuchen, den Stadtrat als Bühne für die Verbreitung ihrer faschistischen und rassistischen Ideologie zu nutzen. Zwar gehörten Klaus Ufer und Rudi Gerhardt bislang nicht zu den bekanntesten Protagonisten der Leipziger Neonazi-Szene. Gerhardts Funktion beim NPD-nahen „Kulturverein Leipzig-West e.V.“ deutet aber darauf hin, dass es sich bei ihm um keinen gänzlich unerfahrenen Parteiaktivisten handelt.³³

Dass die Stadträte gewillt sind, auf die stärker sichtbare Präsenz von Neonazis in Leipzig zu reagieren, haben sie mit der „Leipziger Erklärung“ vom Dezember 2008 und mit dem Aufruf des OBM und der Fraktionsvorsitzenden zu den Protesten gegen den Neonazi-Aufmarsch vom 17. Oktober 2009 bewiesen.³⁴ Beide an sich lobenswerten Texte erhalten jedoch einige bedenkliche Formulierungen. So werden in der Erklärung von 2008 „die Nationalsozialisten“ scharf von „unserem Volk“ bzw. „unserem Land“ unterschieden, als habe es sich bei den Nazis um Ausländer_innen oder Außerirdische gehandelt. Im Landtag habe die NPD bewiesen, heißt es weiter, dass sie „unfähig ist, Politik für unser Land zu gestalten“. Zum einen fällt das einer

³³ Siehe: Teil I – Kapitel „Neonazis in Leipzig“ unter Punkt 6.1 (Aktualisierung 2009 – NPD im Wahlkampf).

³⁴ Siehe: Teil II – 1a) „Symbolische Politik“.

Oppositionspartei immer schwer, zum anderen ist es vielleicht ganz gut, dass die NPD bisher keine Gelegenheit bekommen hat, ihre Vorstellungen von „Politik für unser Land“ umzusetzen. Im Protest-Aufruf ist dann von „nationalsozialistischen Brunnenvergiftern“ die Rede. Die Brunnenvergifter-Metapher ist klar antisemitisch konnotiert und daher – nicht nur in diesem Zusammenhang – äußerst unpassend.

Solche Positionierungen aus der Kommunalpolitik stellen trotzdem ein wichtiges Mittel in der Auseinandersetzung mit Neonazis dar – sowohl inner- als auch außerhalb des Stadtrats. Im Vergleich mit dem langen Schweigen zu den Propagandaaktionen nach dem Mord an Michelle im Jahr 2008, als es den Neonazis gelang, für einige Tage faktisch die Meinungsführerschaft in der Stadt zu übernehmen, handelt es sich um einen Fortschritt.

Gemeinsames Vorgehen entwickeln – entschieden gegen Neonazis auftreten

Die Mitglieder der demokratischen Fraktionen müssen sich schnellstens auf ein gemeinsames Vorgehen gegenüber den NPD-Abgeordneten verständigen. Dazu empfiehlt es sich, auf Erfahrungen von Kommunen zurückzugreifen, in denen das bereits praktiziert wird.



Ein erster Anhaltspunkt sind die „Eckpunkte für den Umgang mit Rechtsextremen in kommunalen Gremien“, die Kommunal- sowie Landespolitiker_innen verschiedener Parteien sowie Wissenschaftler_innen und Vertreter_innen von Beratungsprojekten aus mehreren Bundesländern am 2. September 2009 in Berlin vorgestellt haben.³⁵



Auch zu neonazistischen Aktivitäten außerhalb des Parlaments müssen der Stadtrat bzw. die ihn bildenden Fraktionen entschiedener und überlegter Stellung beziehen. Grundsätzlich muss es darum gehen, ihrer Etablierung und Normalisierung in Leipzig entgegen zu wirken.

- Grundsätzlich kann man in der parlamentarischen Auseinandersetzung mit der NPD unterscheiden zwischen einer *Strategie des Ignorierens und des Ausgrenzens* und einer *Strategie des ideologischen Dechiffrierens und Entlarvens*.³⁶ Beide können je nach lokalen Gegebenheiten variabel angewendet oder auch kombiniert werden. Die Neonazis und ihre Ideologie müssen zwar im Sinne der streitbaren Demokratie kontinuierlich thematisiert werden, trotzdem sollten die Mitglieder der demokratischen Fraktionen weiter selbst



³⁵ Siehe: http://www.mbr-berlin.de/start/get_file?file=09-09-03_Eckpunkte_UmgangRex.pdf

³⁶ Siehe: Hafenecker/Schönfelder 2007, S. 134 ff. Weitere Anregungen bei Staud 2005 und 2008, Schickert 2009 und VDK 2007, 2008 und 2009.

1. Neonazismus bekämpfen

die Agenda der Politik bestimmen und sich diese nicht von der NPD vorgeben lassen. Wichtig ist es, ihre Beiträge und Wortmeldungen „mit Blick in die kommunale Öffentlichkeit zu dechiffrieren.“³⁷

- Als ersten Schritt sollten die Abgeordneten der demokratischen Fraktionen anlässlich des Einzuges der NPD in den Stadtrat eine symbolische Abgrenzungserklärung verabschieden. Damit signalisieren sie öffentlich, dass es sich bei der NPD aufgrund der von ihr vertretenen Inhalte um keine demokratische Partei handelt, mögen ihre Vertreter_innen auch durch eine demokratische Wahl in den Stadtrat gelangt sein. Das sollte auch bei der Gestaltung von Geschäfts- und Tagesordnungen bedacht werden.
- Darüber hinaus ist eine fortlaufende Abstimmung aller Demokrat_innen über den Umgang mit der NPD erforderlich. Dieses Thema darf nicht nur bestimmten „Expert_innen“ (ob einzelnen Personen oder Parteien) überlassen werden, schließlich geht es jede_n etwas an.
- Eine Voraussetzung dafür ist die kontinuierliche Auseinandersetzung mit Themen, Strukturen und Strategien der Neonazis.³⁸ Dafür können Schulungs- und Weiterbildungsangebote von Fachleuten genutzt werden. In einzelnen Teilen Sachsens sowie in Berlin existiert mit der Onlineplattform „Nazis in den Parlamenten“ (NiP) ein Projekt, welches das Wirken von Neonazis in Landtagen, Stadt- und Bezirksräten dokumentiert und kritisch kommentiert.³⁹ Interessante Anregungen und Best-Practice-Empfehlungen für Parlamentarier_innen enthalten auch die Publikationen des Projekts „Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in kommunalen Gremien Berlins“ des Vereins für Demokratische Kultur in Berlin e.V. (VDK).⁴⁰
- Wann immer es nötig ist, müssen die Stadträte den Normalisierungsbestrebungen der NPD mit Hinweis auf ihre antidemokratische, menschenfeindliche Programmatik öffentlich wahrnehmbar entgegengetreten. Provokationen und Entgleisungen seitens ihrer Abgeordneten sollten ebenfalls nicht unkommentiert gelassen werden. Eine aktive Auseinandersetzung mit ihren Positionen bringt mehr als Ignorieren und Beschweigen.
- Noch besser ist es, wenn die Abgeordneten der anderen Fraktionen – statt

³⁷ Siehe: Hafener/Schönfelder 2007, S. 142.

³⁸ Siehe: „Teil I - Analyse: Neonazis in Leipzig“

³⁹ In Leipzig gibt es mit chronik.LE (<http://www.chronikLE.org>) ein ähnliches Dokumentationsprojekt, das sich unter anderem mit der NPD beschäftigt.

⁴⁰ Siehe: http://mbr-berlin.de/Verein/Rechtsextremismus_in_den_BVVen/466.html



nur auf Aktionen der NPD zu reagieren – selbst Debatten über grundlegende Werte einer demokratischen Gesellschaft führen und den Stadtrat so zum Ort gelebter Demokratie machen. Dazu gehören auch die Unterstützung von (außerparlamentarischen) Initiativen gegen Neonazis und die Solidarisierung mit Opfern rassistischer und neonazistischer Gewalt bzw. Diskriminierung.

- Selbstverständlich dürfen die Abgeordneten der demokratischen Fraktionen Anträgen oder Erklärungen der NPD nie zustimmen und ihr zu keinen noch so kleinen Erfolgen im Stadtrat verhelfen. Die Ablehnung muss aber immer inhaltlich begründet werden.
- Dazu gehört auch, dass die NPD-Abgeordneten selbst nie als Mehrheitsbeschaffer genutzt werden. Eigene Anträge sollten, wenn möglich und sinnvoll, so gestellt bzw. begründet werden, dass es den Neonazis schwer fällt, diesen zuzustimmen.
- Auch im persönlichen Umgang mit den beiden neonazistischen Abgeordneten darf keine Normalität oder Vertraulichkeit aufkommen, sie müssen zumindest symbolisch isoliert werden. Der Grund: „Die Mandatsträger der NPD sind demokratisch legitimiert, ihr Programm aber ist es nicht.“⁴¹
- Der Spielraum der NPD-Abgeordneten kann und sollte zwar mit demokratischen Mitteln so weit wie möglich eingeschränkt werden, ihretwegen dürfen aber keine demokratischen Standards abgesenkt oder Rechte von Abgeordneten beschnitten werden.

⁴¹ Siehe: Staud 2008, S 239.

d) Informationspolitik optimieren, Aufklärungsnetzwerke ausbauen

Obwohl es in Leipzig viele Stellen und Initiativen gibt, die sich mit den Aktivitäten der Neonazis in ihren verschiedenen Organisationsformen beschäftigen, ist der Informationsfluss darüber zwischen Zivilgesellschaft, Verwaltung, Polizei usw. noch deutlich zu optimieren. Der Kenntnisstand der breiten Öffentlichkeit über aktuelle Erscheinungsformen und Strategien der Neonazis könnte noch ausgebaut werden. Dass die Stadt in Sachsen bei rechten Gewalttaten einen unrühmlichen Spitzenplatz einnimmt, ist vielen Leipziger_innen wahrscheinlich gar nicht bewusst.⁴² In den Medien wird meist nur über wenige, besonders schwere Übergriffe berichtet.

Der mangelhafte Informationsfluss behindert sowohl die öffentliche Debatte über die Problematik als auch das Ergreifen von Schutz- oder die Organisation von Gegenmaßnahmen. Dafür einige Beispiele:

1. Als die NPD in der Odermannstraße in Lindenau ihr „nationales Zentrum“ eröffnete, kam das für die betroffenen Anwohner_innen größtenteils völlig überraschend. Auch von Konzerten und anderen Veranstaltungen, die teilweise von über hundert Neonazis besucht werden und dadurch eine potentielle Bedrohung für die Bürger_innen in diesem Stadtteil darstellen, erfahren diese oft erst beim Erscheinen der Neonazis (oder der Bereitschaftspolizei).

2. Die Teilnehmer_innen einer Gedenkaktion am 3. Mai 2009 für die Opfer der Todesmärsche 1945 wurden erst an ihrem Treffpunkt in der Kamenzer Straße von der Polizei darauf hingewiesen, dass sich auf dem Gelände des ehemaligen KZ-Außenlagers ein Neonazi niedergelassen habe und sie diesen Ort deshalb meiden sollten. Wie sich später herausstellte, hatte in diesem Gebäude am 8. November 2008 bereits ein Rechtsrock-Konzert mit rund 400 Besucher_innen stattgefunden. In der Stadtverwaltung war dies bekannt, trotzdem wurden weder Öffentlichkeit noch die Organisator_innen der Gedenkaktion im Vorfeld informiert.⁴³

3. Protestaktionen gegen Neonazi-Veranstaltungen kommen manchmal allein deshalb nicht zustande, weil Polizei und Verwaltung darüber den Mantel des Schweigens legen. Umgekehrt begrüßt es die kommunale Fachstelle für Extremismus und Gewaltprävention, wenn sie von zivilgesellschaftlichen Akteuren im Vorfeld über solche Veranstaltungen informiert wird.⁴⁴ Solche Kommunikationsbarrie-

⁴² Siehe: Teil I – „Neonazis in Leipzig“ unter Punkt 5 (Übergriffe und andere Vorfälle).

⁴³ Siehe: Antwort von Bürgermeister Rosenthal auf die Einwohner_innenfrage Nr. IV/EF 174/09 in der Ratsversammlung vom 17. Juni 2009 (online unter: <http://linke-bueros.de/text.php?textID=5558>). Zum Konzert am 08.11.2008 siehe: <http://www.chronikle.org/ereignis/nazi-konzert-sechs-bands-350-besuchern-leipzig>.

⁴⁴ Ein Beispiel ist das Konzert der rechtsoffenen Hooligan-Band Kategorie C am 13. März 2009 im

ren behindern Bemühungen, der Normalisierung neonazistischer Veranstaltungen entgegenzuwirken. Teilweise trägt die Polizei durch ihr Kommunikationsverhalten sogar dazu bei, Proteste gegen Neonazis zu kriminalisieren.⁴⁵

Dass der Informationskanal von Polizei/Staatsschutz in die Zivilgesellschaft (und teilweise auch in die Stadtverwaltung) erheblich gestört ist, wurde den Autor_innen dieser Studie von verschiedenen Seiten bestätigt.⁴⁶

Der Kriminalpräventive Rat (KPR) beschäftigt sich in seiner Arbeitsgruppe Extremismus unter anderem mit dem Thema Neonazis. Allerdings gehören dieser aller paar Monate tagenden AG nur Behördenvertreter_innen⁴⁷ an, mit der Zivilgesellschaft und Kommunalpolitik ist das Gremium nicht vernetzt. Zudem widmet sich der Rat laut Angaben der Geschäftsstelle vor allem der präventiven Kriminalitätssenkung und der Stärkung des Sicherheitsgefühls. Mit (polizeilicher) Präventionsarbeit ist gefestigten Neonazis aber nicht beizukommen.⁴⁸ Daher ist der KPR aufgrund seiner Zusammensetzung und seiner Arbeitsweise nicht der richtige Ort, um einen raschen Informationsfluss zu diesem Themenfeld zwischen Polizei/Verwaltung und Zivilgesellschaft zu gewährleisten.

Es gibt zwar einige Projekte und Vereine, die eine eigene Öffentlichkeitsarbeit zu diesem Thema betreiben⁴⁹ und auch mit einigen städtischen Stellen gut zusammenarbeiten. Trotzdem könnte der Austausch zwischen diesen zivilgesellschaftlichen Initiativen, der Stadtverwaltung und vor allem Polizei deutlich besser sein.

Club Lagerhof in der Nähe des Hauptbahnhofes, auf das die Fachstelle erst durch das Ladenschlussbündnis hingewiesen wurde. Trotz gemeinsamer Anstrengungen gelang es in der verbliebenen Zeit nicht, das Konzert zu verhindern. Unter den 200-300 Besucher_innen waren auch Mitglieder der neonazistischen „Freien Kräfte Leipzig“ und der Hooligan-Gruppierung „Blue Caps LE“, die ihrer Gesinnung mit dem Transparent „LOK-Fans gegen links“ Ausdruck verliehen. Siehe: Teil I – „Neonazis in Leipzig“ unter Punkt 2.2 (Neonazis und die Fußball-/Hooligan-Szene) sowie 3 (Infrastruktur) und <http://www.chronikle.org/ereignis/konzert-band-kategorie-c-leipzig>.

⁴⁵ Bei einer Chorprobe vor dem NPD-Zentrum in der Odermannstraße am 5. Dezember 2008 verbreitete die Polizei scheinbar ungeprüft die Angaben der Neonazis, wonach von den Sänger_innen Gewalt gegen das Objekt ausgegangen sei – tatsächlich war es umgekehrt. Leider übernahmen auch viele Medien zunächst diese Falschmeldung. Die NPD konnte sich später auf die bisher nicht korrigierte Polizeimeldung berufen. Siehe: Teil I – „Neonazis in Leipzig“ unter Punkt 1.3 (Entwicklungen im Jahr 2008) und <http://www.chronikle.org/ereignis/polizei-medien-verbreiten-falschmeldung-friedliche-protestaktion-mpd-zentrum>.

⁴⁶ Alle Versuche unsererseits, im Zuge der Erarbeitung dieses Handlungskonzeptes ein Gespräch mit dem Leiter des polizeilichen Staatsschutzes über seine Arbeit zu führen, blieben erfolglos.

⁴⁷ Derzeit sind neben dem Geschäftsführer des Kriminalpräventiven Rats folgende Institutionen vertreten: Polizeidirektion Leipzig, Ordnungs- und Kulturamt, Fachstelle für Extremismus und Gewaltprävention sowie Sächsische Bildungsagentur.

⁴⁸ Dies bestätigte uns KPR-Geschäftsführer Nico Pockel im Interview. Er empfiehlt stattdessen mehr politische Bildung und gelebte Demokratie. Gleichzeitig beklagt er – wie viele andere Akteure auch – eine recht undifferenzierte Medienberichterstattung zum Thema.

⁴⁹ Unter anderem das Antidiskriminierungsbüro (ADB) und die Dokumentationsplattform [chronik.LE](http://www.chronikle.org).

1. Neonazismus bekämpfen

Auch die öffentliche (mediale) Wahrnehmbarkeit von und Debatte zu neonazistischen Aktivierungsstrategien und Übergriffen ist nicht ausreichend. Abgesehen von größeren Aufmärschen (und besonders brutalen Überfällen) ist zumindest für die Leser_innen der LVZ⁵⁰ kaum erkennbar, wie effektiv die Neonazis in den letzten Jahren in Leipzig agieren konnten.

Informationsflüsse verbessern – Handlungsmöglichkeiten schaffen

Die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit den zunehmend besser organisierten Neonazis kann nur auf der Basis von genauen Informationen über ihre Strukturen, Strategien und Themen geführt werden. Dieses Wissen ist zum Teil vorhanden, muss aber auf eine verbindliche und institutionalisierte Art und Weise zwischen den verschiedenen Akteuren ausgetauscht werden und in angemessener Weise an die Öffentlichkeit gelangen.



Insbesondere müssen Verwaltung und Polizei aktiver mit der Zivilgesellschaft zusammenarbeiten, der Informationsfluss darf nicht einseitig sein: Ohne aktuelle Informationen keine Handlungsmöglichkeiten! Vereine und Initiativen, die sich von Seiten der Zivilgesellschaft mit den Aktivitäten der Neonazis beschäftigen und ihre Taten dokumentieren, müssen von der Stadt besser in ihre Informationsnetzwerke integriert und bei ihrer Öffentlichkeitsarbeit unterstützt werden.

- Die Fachstelle für Extremismus und Gewaltprävention sollte noch stärker als bisher als Schnittstelle zwischen Behörden und Zivilgesellschaft genutzt werden und in die Lage versetzt werden, bei Bedarf eigenständiger und schneller agieren zu können (Informationen an weitere Akteure in Verwaltung und Zivilgesellschaft weiterleiten, eigene Öffentlichkeitsarbeit). Denkbar ist ebenfalls, dass eine unabhängige Kontakt- und Koordinierungsstelle diese Funktion erbringt.⁵¹ Generell müssen vorhandene Strukturen und Netzwerke effektiver genutzt werden.⁵²
- Kommunalpolitik und Verwaltung müssen daraufhin hinwirken, dass der polizeiliche Staatsschutz offener mit anderen Akteuren kommuniziert und kooperiert. Die Polizei sollte in ihrer eigenen Pressearbeit möglichst auf den

⁵⁰ Als einzige Tageszeitung außerhalb des Boulevards mit Leipziger Lokalteil hat die LVZ einen großen Einfluss auf die Meinungsbildung der Bürger_innen.

⁵¹ Dieser Weg wurde in Jena gegangen. Dort finanziert die Kommune eine Kontakt- und Koordinierungsstelle (<http://www.kokont-jena.de>), die bei einem freien Träger angesiedelt ist und Aktivitäten der Zivilgesellschaft gegen Neonazis unterstützt. Siehe: Schröter 2009, S. 44 (Interview mit Jenas OBM).

⁵² Siehe „Teil II - 3d) Steuerung, Vernetzung, Kommunikation“



d) Informationspolitik optimieren, Aufklärungsnetzwerke ausbauen

politischen Charakter von Übergriffen und anderen Vorkommnissen hinweisen. Angaben und Aussagen von NPD und Neonazis dürfen nicht ungeprüft als Tatsachen weitergegeben werden, sondern müssen mit der gebührenden kritischen Distanz behandelt werden.

- Wichtige Initiativen aus der Zivilgesellschaft, von denen viele ehrenamtlich arbeiten, müssen von der Stadt bei ihrer Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit stärker unterstützt werden. Jenseits von finanzieller Förderung muss darauf hingewirkt werden, dass die lokalen Medien ihnen mehr Aufmerksamkeit widmen. Dazu beitragen kann beispielsweise die Veröffentlichung oder Verlinkung ihrer Berichte und Pressemitteilungen auf der städtischen Homepage, gegebenenfalls Anhörungen im Stadtrat sowie eine koordinierte Medienarbeit, z.B. in Form von gemeinsamen Pressekonferenzen (Präsentation von Jahresberichten, Analysen und wichtigen Pressemitteilungen).

e) Opferperspektive stärken

Immer wieder werden in der Stadt Leipzig Menschen von Neonazis diskriminiert, beleidigt, angegriffen und körperlich verletzt. Insbesondere trifft dies Menschen mit Migrationshintergrund, nicht-rechte oder alternative Personengruppen, politische Aktive, Obdachlose, behinderte und homosexuelle Menschen.

Laut Erfahrung von Trägern der Opferberatung sind Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, und auch Feindseligkeit gegenüber Menschen, die von der Mehrheitsgesellschaft als ‚anders‘ definiert werden, kein vorübergehendes Phänomen, sondern vielmehr Dauerproblematik.

Seit 2003 schien sich die Neonazi-Szene zunächst auf dem Rückzug ins Private, ins Bürgerliche und Unauffällige zu befinden. Seit Ende des zweiten Halbjahres 2006 ist wiederum ein öffentlicheres Auftreten der Szene in der Stadt zu bemerken. Dies äußert sich insbesondere über vermehrte Propagandaaktionen, organisierte Demonstrationen sowie eine konstant hohe Anzahl neonazistischer und/oder rassistischer Straftaten und Vorfälle.⁵³

Ab 2008 wird ein deutlich aggressiveres Auftreten von Neonazis in Leipzig deutlich. Übergriffe werden häufiger, die in einem direkten Zusammenhang mit einem öffentlichen Bekenntnis zu neonazistischen Ideologemen stehen.⁵⁴ Die Problematik ist dabei auch als stadtgrenzenübergreifend zu verstehen.

Dabei macht eine Unterscheidung in Übergriffe durch gefestigte Neonazis oder nicht-organisierte Täter_innen aus der Opferperspektive selten einen Sinn. Sie ist in den meisten Fällen für die Betroffenen auch kaum ersichtlich.

Gewalt durch Neonazis

Die Situation in Leipzig bezogen auf Bedrohungen und Gewaltvorfälle, ausgehend von Neonazis haben in den letzten Jahren nicht nur zugenommen, sondern sich auch qualitativ verschärft.

Vorwiegende Betroffene sind weiterhin Migrant_innen und nicht-rechte bzw. alternative Jugendliche. Gerade im Fußballfanbereich ist eine deutliche Zunahme an Gewalttaten mit neonazistischem Hintergrund festzustellen. Die Übergriffe ereignen sich dabei nicht mehr nur bei fußballbezogenen Anlässen, sondern auch im privaten Umfeld der Betroffenen und nehmen immer enthemmtere Formen an.⁵⁵

⁵³ Siehe: Teil I – „Neonazis in Leipzig“ unter Punkt 5 (Übergriffe und andere Vorfälle in Leipzig).

⁵⁴ Ein Beispiel dafür ist der Übergriff auf drei Migranten am 22.08.2009 in Taucha. An diesem Vorfall waren auch Neonazis aus Leipzig beteiligt.

⁵⁵ So musste ein linker Chemiefan aufgrund von zunehmenden Bedrohungen in einen anderen Stadtteil ziehen, ein anderer wurde Anfang Oktober von rechten Fans mutwillig angefahren und

Insgesamt bleibt die Zahl von Bedrohungen, Nötigungen und / oder Körperverletzungen teils in Tateinheit mit fremdenfeindlicher bzw. rassistischer Beleidigung im Vergleich zu den Vorjahren konstant hoch. Im gesamten Jahr 2009 wurden der Opferberatungsstelle der RAA Leipzig e.V. 63 Straftaten bekannt, die auf gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit basieren, darunter 50 Gewaltdelikte. Zusätzlich muss von einer hohen Dunkelziffer ausgegangen werden.

Während die steigenden gewalttätigen Auseinandersetzungen in der Fußballszene inzwischen ein starkes mediales Echo hervorrufen, bleibt Gewalt gegen Migrant_innen oft, wenn überhaupt, eine Randnotiz in den Medien oder wird weder durch die Ermittlungsbehörden noch von der Tagespresse als rassistisch motiviert wahrgenommen.⁵⁶

Neonazis in der Öffentlichkeit

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Wirkung von offen gezeigter Neonazi-Präsenz und Propaganda auf potentielle Betroffene. Aufkleber, Sprühereien und nicht zuletzt Wahlwerbung, die offensiv gegen Migrant_innen hetzt, schafft für diese ein feindliches und bedrohliches Klima, verletzt deren Menschenwürde und schüchtert ein. Dies liegt in der Absicht der Neonazis und ihrer Strategie, sich öffentliche Räume anzueignen, Angst und Unsicherheit zu verbreiten und Stärke zu demonstrieren.

Dasselbe gilt für rechten Lifestyle, der an manchen Orten und Einrichtungen schleichend zur Alltagskultur geworden ist. Hier ist nicht nur zu fragen, wie darüber Inhalte vermittelt werden bzw. Rekrutierung erfolgt, sondern was dies mit den ‚Anderen‘, mit Nicht-Rechten und Migrant_innen macht, welche Signale an diese gesendet werden.

Aufklären – Opferperspektive stärken

In der Auseinandersetzung mit rechtem Lifestyle muss deshalb parallel zur Sorge um potenzielle Mitläufer_innen, die zunehmend ausgrenzende und bedrohlicher werdende Alltagssituation von potentiellen und tatsächlichen Betroffenen thematisiert werden.

Neben einer mangelnden Kompetenz im Erkennen von Erscheinungsformen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, mangelnder Berücksichtigung der politischen / ideologischen Motive und unzureichender Sensibilität im Umgang damit,

lebensbedrohlich verletzt. Damit nahmen die Täter den Tod des Betroffenen in Kauf, wenn sie ihn nicht gar beabsichtigten.

⁵⁶ So geschehen im Fall eines jungen Irakers, dem von rechtsorientierten Tätern auf offener Straße mit einer Gaspistole ins Gesicht geschossen wurde.



1. Neonazismus bekämpfen

ist unser Strafrecht nur bedingt geeignet, neonazistischen und rassistischen Übergriffen wirkungsvoll begegnen zu können.

Dabei erschweren es die neuen, vielfach unterhalb der Schwelle der Strafbarkeit liegenden Erscheinungsformen des Neonazismus / Rassismus / Antisemitismus, die Problematik als solche zu erkennen und einordnen zu können. Da dies in absehbarer Zeit nicht zufriedenstellend veränderbar sein wird und außerdem nicht in der kommunalen Verantwortung liegt, sind vielmehr die zivilgesellschaftlichen Kompetenzen und jede gesellschaftliche Institution gefragt.



Vor diesem Hintergrund gilt es, Berufsgruppen, die mit neonazistische Verhaltensformen konfrontiert werden, zu informieren und aufzuklären, um Erscheinungsformen und Gefahren frühzeitig erkennen und wirkungsvolle Argumentations- und Handlungsalternativen dagegen setzen zu können. In diesem Sinne sollten Schulungen für ausgewählte Berufsgruppen durchgeführt werden, damit diese einerseits in die Lage versetzt werden, neonazistische Erscheinungsformen zu erkennen und ihre arbeitsfeldbezogene Handlungsräume dagegen zu nutzen, andererseits sollen diese für die Situation von Betroffenen sensibilisiert werden.⁵⁷

Die allgemeine Öffentlichkeit muss beständig für Opferbelange sensibilisiert und zur Solidarisierung mit Betroffenen befähigt werden. Dies bedeutet auch die Betroffenenperspektive in den Diskussionen um Neonazis und deren Erscheinungsformen stärker in den Blick zu nehmen.

Die Zusammenführung von kommunalen und polizeilichen Entscheidungsträger_innen Initiativen, Institutionen, spezialisierten Berufsgruppen in handlungsfähigen Arbeitsgremien unter der allgemeinen Zielstellung, für die Opfersituation zu sensibilisieren und Opferschutz zu organisieren, ist zwingend erforderlich. Entsprechende Arbeitsergebnisse sind an politische Entscheidungsträger in Land und Bund zu überführen. In diesem Zusammenhang besteht dringender Verbesserungsbedarf hinsichtlich der Kooperation zwischen der Staatsschutzabteilung der Polizeidirektion Leipzig und Opferberatungsprojekten.



Hauptamtlich tätige Unterstützungsangebote für Betroffene sind weiter vorzuhalten und in personeller und struktureller Hinsicht auszubauen. Ebenso ist die Förderung des Einsatzes von Sprach- und Kulturmittlern, Rechtsanwälten, Kurzzeittherapeuten sowie die finanzielle Absicherung von direkter Unterstützung der Opfer sicherzustellen.

⁵⁷ Siehe Teil II – 2b) „Aufklärung und Sensibilisierung gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit“.

f) Rekrutierungsstrukturen aufbrechen

Mit Rekrutierungsstrukturen von Neonazis sind Strukturen gemeint, die aufgebaut wurden oder entstanden sind, um gezielt Menschen anzusprechen. Zudem sind als Rekrutierungsstrukturen solche zu bezeichnen, die es Menschen ermöglichen, sich in die Szene „einzuleben“. Als Beispiel mögen hier Jugendclubs oder Fanggruppierungen dienen, in denen deutungsmächtige Akteure („Anführer“, von vielen anerkannte, respektierte Personen) der rechten Szene angehören.

Versuche der Anwerbung von Sympathisant_innen und Aktionist_innen umfassen ein weites Aktivitätenspektrum von der Wahlwerbung über die Setzung politischer Themen im öffentlichen Raum (Demonstrationen u.ä.), die Unterwanderung von Vereinen bis hin zur persönlichen Ansprache von und Arbeit mit Menschen in diversen Gruppen und sozialen Räumen. Als aktives Recruitment behandeln wir im Folgenden das gezielte Ansprechen von, zumeist jungen, Menschen bzw. die gezielte Einwirkung auf Gruppen, Cliquen und Fanggemeinschaften.⁵⁸

Die Frage der Anwerbung von neuen Mitstreiter_innen der neonazistischen Szene ist eng verbunden mit dem Problem der weiten Verbreitung rassistischer, antisemitischer, sozialdarwinistischer und anderer demokratie- und menschenfeindlicher Einstellungen. Dieses Problemfeld beschreiben auch zahlreiche Interviewpartner_innen. Denn klar ist: Menschen mit ausgeprägt humanistischem Weltbild, Demokratieverständnis und Weltoffenheit sind schwerlich für rechte Ideologien zu begeistern. Wie dem Phänomen der gesamtgesellschaftlichen Verbreitung oben genannter Einstellungen auf kommunaler Ebene begegnet werden könnte, wird an anderer Stelle ausgeführt.⁵⁹

Es bedürfte längerer Recherchearbeit, um herauszufinden, wie und wo in Leipzig gezielt – im Sinne der persönlichen Ansprache von/Arbeit mit Menschen – rekrutiert wird. Das ist im Rahmen dieser Arbeit leider nicht möglich. So kann beispielsweise hier nicht geklärt werden, wie viele Menschen von neonazistischer Jugendarbeit⁶⁰, Suppenausschank für Bedürftige⁶¹ und anderen „sozialen“ Aktivitäten, mit denen Neonazis in Leipzig versuchen, Sympathisant_innen zu gewinnen, tatsächlich erreicht werden bzw. ob hier tatsächlich Menschen erreicht werden können, die noch keine Verankerung in der rechten Szene haben. Aus oben stehenden

⁵⁸ Siehe: Teil II – 1a) „Öffentliche Räume demokratisch besetzen“.

⁵⁹ Siehe: Teil II – 2) „Antidiskriminierung und Mainstreaming marginalisierter Gruppen“, 3a) „Bürgerbeteiligung ausbauen“ und 3b) „Zivilgesellschaftliches Engagement stärken“.

⁶⁰ So haben die im NPD-Büro in der Leipziger Odermannstraße mitwirkenden Neonazis unter anderem angekündigt, Jugendarbeit zu leisten.

⁶¹ Eine solche „Suppe für Bedürftige“-Aktion führten Neonazis am 19.01.2009 auf dem Lindenauer Markt durch.

1. Neonazismus bekämpfen

Gründen werden in diesem Handlungskonzept nur Felder thematisiert, die durch Recherche und Interviews genauer in den Blick genommen werden konnten.

1. Recruitment im Fußballstadion⁶²

Die Leipziger Fußballfanszene ist stark politisch geprägt. Wie im ersten Teil zur Neonazisszene in Leipzig gezeigt wurde, stellt die Szene eine Basis für die Anwerbung von (meist jüngeren) Menschen für neonazistische Gruppierungen. Fußball(-Fan-Dasein) spielt nach wie vor eine wichtige Rolle in der Sozialisation von Jugendlichen. Diese besuchen in der Regel mit 11-12 Jahren erstmalig ohne Begleitung Erwachsener ein Stadion. Fangruppierungen stellen für diese Menschen eine wichtige Bezugsgruppe dar.

Nach der Sichtung von Interviews, Büchern und Pressemeldungen⁶³ der letzten zwei Jahre ergeben sich in diesem Themenbereich folgende Brennpunkte:

Fanprojekt professionalisieren

Das vor einigen Jahren ins Leben gerufene **Leipziger Fanprojekt** hat es nicht vermocht, dem Problemfeld Nazi-Hooligans, deren politischer Organisation und politisch motivierter Gewalt beizukommen. Zwar ist von einem Fanprojekt nicht zu erwarten, dass es einer solchen Aufgabe gewachsen ist. Allerdings hat die Arbeit des Fanprojekts bzw. dessen Trägerverein Sportjugend e.V. das Problem augenscheinlich verschärft, indem der Nazi-Hool-Gruppierung „Blue Caps LE“ Räumlichkeiten zu Verfügung gestellt und diese damit gestärkt wurde. Das hat unter anderem dazu geführt, dass das Fanprojekt auf einige Leipziger nicht-rechte Fußballfans nicht vertrauenswürdig wirkt – auch das trug zu einer Stärkung der Leipziger Nazi-Hool-Szene bei.

Im Frühjahr 2009 wurde das Leipziger Fanprojekt neu ausgeschrieben. Es wurde ein Träger gesucht, um das Projekt ab 01.07.2009 unter Federführung des Jugendamtes neu zu organisieren. In der Ausschreibung wurde vom neuen Träger

⁶² Informationen über Rekrutierung in der Leipziger Fußballfanszene und des Leipziger Fanprojektes haben wir in einem Interview mit der „Initiative für mehr gesellschaftliche Verantwortung“ (IVF), persönlichen Gesprächen mit Leipziger Fußballfans, die anonym bleiben, und diversen Presseberichten entnommen.

⁶³ Siehe: Interview mit der IVF am 07.09.2009, außerdem: Fabich/Bednarsky 2009, Ruf/Sundermeyer 2009, S.129-135, Reportage im Tagesspiegel „Fußball in Leipzig“ (<http://www.tagesspiegel.de/sport/Fussball-Leipzig-Fussball;art133,2970430>, eingesehen am 11.11.2009), ein Interview des MDR mit der Pressesprecherin des Vereins Roter Stern Leipzig e.V. am 31.10.2009 (http://www.mdr.de/sport/andere_sportarten/6816471.html, eingesehen am 11.11.2009).

unter anderem auch die „Verminderung extremistischer Orientierungen“⁶⁴ gefordert. Da sich im zuständigen Gremium nicht geeinigt werden konnte, ist die Sportjugend e.V. weiterhin Träger des Fanprojektes in Leipzig. Zwar wurde vereinbart, dass die Mitarbeiter_innen in Zukunft mit dem Verein outlaw e.V. kooperieren, allerdings waren die Kooperationsgespräche auch Ende Januar 2010 noch immer „im Prozess“.⁶⁵

Aufgrund der von uns durchgeführten Recherchen und der Interviews mit Expert_innen werden folgende Maßnahmen empfohlen:

Für Leipziger Fanprojekte müssen **Qualitätsstandards festgelegt und kontinuierlich überprüft** werden. Der zentrale Schwerpunkt der inhaltlichen Arbeit des derzeit existierenden Fanprojekts muss auf Gewaltprävention und Antidiskriminierungsarbeit liegen. In diesem Rahmen erscheint es sinnvoll:

- einen öffentlich wahrnehmbaren Wechsel zu vollziehen und das Leipziger Fanprojekt **inem neuen Träger** mit einem auf die Leipziger Spezifik angepassten **neuen Konzept** zu übergeben oder zumindest dafür zu sorgen, dass die o.g. Kooperationengespräche zeitnah erfolgreich beendet werden, um eine intensive und neu ausgerichtete Fanarbeit zu gewährleisten.
- **Mitarbeiter_innen des Fanprojekts professionell** in Hinsicht auf Anti-Diskriminierungsarbeit **zu schulen** bzw. den Träger zu verpflichten, ausschließlich **Personen einzustellen, die auf dem Gebiet geschult und erfahren sind**.⁶⁶
- Zudem wird aufgrund der schwierigen und angespannten Lage in Leipzig bezüglich rechter Fußballfans empfohlen, die **Kontrolle** der Arbeit im Fanprojekt von Seiten der Stadt zu verstärken bzw. Angestellte des Projektes zu transparentem Arbeiten zu verpflichten.



Antirassistische Fankulturen stärken

Antirassistische Fußballfangruppierungen sind seit Jahren einem starken **Bedrohungsszenario** ausgesetzt.⁶⁷ Aktive berichten von Überfällen auf dem Schulweg,

⁶⁴ Siehe: <http://www.leipzig.de/de/buerger/newsarchiv/2009/13339.shtml>.

⁶⁵ Diese Information entstammt einem Telefongespräch mit einem Mitarbeiter des Jugendamtes Ende Januar 2010.

⁶⁶ Zwar wurde den Mitarbeiter_innen nahe gelegt, an Weiterbildungen der „Zentralen Koordinierungsstelle für Fußballfanarbeit“ des DFB und pädagogischen Weiterbildungen teilzunehmen, allerdings war im Rahmen dieses Projektes nicht zu ermitteln, ob tatsächlich auch Veranstaltungen zu den oben genannten Sachgebieten besucht wurden.

⁶⁷ Siehe: „Teil I – Neonazis in Leipzig“ unter Punkt 2.2 (Neonazis und Fußball-/Hooligan-Szene).

1. Neonazismus bekämpfen

am und im Stadion und vor der eigenen Haustür.⁶⁸ Für diese Form der politischen Gewalt herrscht in Leipzig nach wie vor nicht genügend Sensibilität. Sowohl bei dem Übergriff auf Fans der BSG Chemie am 03.01.2009 am Leipziger Sportforum als auch bei den Übergriffen auf Fans und Spieler_innen des Roten Stern Leipzig e.V. durch Nazi-Hools im Oktober 2009 in Brandis waren trotz vorheriger Anzeige der zu erwartenden Gefahrenlage nicht genug Polizeibeamt_innen vor Ort. Grund dafür kann auch fehlende oder unzureichende Kommunikation sein.



Folgende Maßnahmen werden empfohlen:

- Der **Schutz potenzieller Opfer** muss verbessert werden. Hierbei erscheint es sinnvoll, **institutionalisierte verbindliche Kommunikationsstrukturen** zwischen Behörden (Polizei), betroffenen Vereinen, Gruppierungen und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen zu etablieren⁶⁹.
- Zudem muss es eine **finanziell langfristige und symbolisch-politische Unterstützung antirassistischer Fussballfanprojekte** und Sportvereine geben. Die Verleihung des Sächsischen Demokratiepreises an den Roten Stern Leipzig e.V. und die kurzfristige Förderung einzelner Projekte dieses Vereins durch den Lokalen Aktionsplan sind zwar Beispiele, die in die richtige Richtung weisen, aber in diesem Kontext nur finanzielle und politische „Tropfen auf den heißen Stein“ darstellen.
- Es ist notwendig, **Antidiskriminierungsarbeit in Breitensportvereinen** zu etablieren und langfristig zu gewährleisten, sowie sich mit den Vereinen und in Verträgen zur Nutzung städtischer Anlagen und Räumlichkeiten auf Qualitätsstandards und Ausschlussklauseln zu einigen. Die Durchführung entsprechender Weiterbildungen und Workshops muss angeregt und finanziell gesichert werden.⁷⁰

⁶⁸ Informationen hierzu wurden bei Aktiven antifaschistischer Fanggruppierungen eingeholt, die aufgrund des extrem hohen Bedrohungsszenarios durch rechte Fanggruppierungen anonym bleiben wollen. Ein aktuelles Beispiel für politische Gewalt im Fußballfanumfeld ist der brutale Überfall auf Spieler_innen und Fans des sich als antifaschistisch bezeichnenden Vereins Roter Stern Leipzig e.V. im Oktober 2009, siehe z.B. <http://www.sueddeutsche.de/sport/140/492496/text/print.html>.

⁶⁹ Siehe: Teil II – 1c) „Auseinandersetzung mit der NPD im Stadtrat“ und Teil II – 1e) „Opferperspektive stärken“

⁷⁰ In diesem Kontext kann die „Initiative für mehr gesellschaftliche Verantwortung“ als Modellprojekt bezeichnet werden, die Schulungen für Übungsleiter_innen und Vereinsfunktionär_innen zu Thema Diskriminierung flächendeckend anbieten will. Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass solche Projekte nach einer Modellprojektphase (die vom LAP Leipzig gefördert wird) und vorausgesetzt positiver Evaluation dringend dauerhafter Finanzierung bedürfen, um adäquat zu arbeiten.



2. Recruitment in Schulen, öffentlichen Einrichtungen und Stadtteilen

Ignoranz gegenüber Neonazis in öffentlichen Einrichtungen ist immer noch weit verbreitet und erleichtert ihnen den Zugang zu potenziellen Zielgruppen. Sei es die Schulleitung, die das Problem in der Schule duldet, solange keine verfassungswidrigen Symbole getragen werden, sei es im Jugendclub, wo rechte Sprüche und Outfit akzeptiert werden, sei es auf einer Behörde, auf der niemand problematisiert, dass Neonazis anwesend sind. Das stärkt nicht nur das Selbstbewusstsein bekennender Neonazis, sondern führt auch zu einer Normalisierung, einer quasi-Anerkennung und damit zu einem Abbau der Hemmschwelle für Jugendliche, sich der Szene anzunähern.

Zwar existiert in Leipzig seit 1999 ein „Thesenpapier zum Umgang mit rechts-extremistischen Jugendlichen in der Jugendarbeit“⁷¹, welches Regeln und Formulierungen enthält, die „akzeptierende Jugendarbeit“ mit Neonazis ausschließen. So ist laut dem Papier sowohl das Tragen neonazistischer Kleidung und Symbole zu unterbinden als auch verbales Artikulieren entsprechender Einstellungen. Allerdings betreffen diese Thesen den Bereich der Offenen Jugendarbeit und damit erneut nur einen Teil der Zielgruppen und Einrichtungen, die mit solchen Präventionsmaßnahmen erreicht werden sollten. Zudem ist nicht klar, inwieweit diese Regeln in Leipziger Jugendeinrichtungen tatsächlich angewendet werden und ob es darüber hinaus eine kontinuierliche inhaltliche Auseinandersetzung der jeweiligen Träger mit der Problematik gibt.

Folgende Maßnahmen werden empfohlen:

- Auch weiterhin darf in Leipzig **keine akzeptierende Arbeit in der offenen Jugendarbeit**⁷² stattfinden. Stattdessen sollten nicht-rechte Jugend- bzw. Sub-Kulturen gestützt und gefördert werden, um neonazistischem Recruitment zu begegnen.⁷³
- Zu empfehlen ist das Erstellen von **Hausordnungen**, die das Tragen von neonazistischer Kleidung in **allen** öffentlichen (städtischen) Gebäuden und Einrichtungen unterbinden.⁷⁴ In diesem Sinne arbeiten beispielsweise einige

⁷¹ Veröffentlicht in: Fachstelle Extremismus und Gewaltprävention 2006.

⁷² „Akzeptierende Jugendarbeit“ mit Neonazis kann nur als aufsuchende Beziehungsarbeit sinnvoll sein. Dass dieses Modell in offenen Jugendeinrichtungen das Problem Neonazismus verschärft, zeigen nicht zuletzt die Erfahrungen mit dem Leipziger „Kirschberghaus/Treff II“ in den späten 1990er Jahren.

⁷³ Siehe: Teil II – 3b) „Zivilgesellschaftliches Engagement stärken“ und 3c) „Soziokulturell als Instrument der Prävention fördern“.

⁷⁴ Formulierungen für entsprechende Hausordnungen wurden in Sachsen bereits entworfen und



1. Neonazismus bekämpfen

wichtige Freie Veranstaltungsträger und Vereine wie bspw. die Moritzbastei oder das Conne Island, wo Menschen, die die neonazistische Marke „Thor Steinar“ oder ähnliches tragen, keinen Zutritt bekommen.⁷⁵

- Die **kontinuierliche Sensibilisierung und Weiterbildung** von Lehrer_innen, Sozialpädagog_innen und anderen Jugendarbeiter_innen zu den Themen Rassismus, Antisemitismus und anderen diskriminierenden Denk- und Verhaltensweisen sowie permanente Aufklärung über neonazistische Strukturen, Aktivitäten und Gefährdungslagen in den einzelnen Vierteln in Leipzig sind unabdingbar für Jugendarbeit, die neonazistischen Recruitmentstrategien entgegenwirken soll. Wichtiger Inhalt solcher Weiterbildungen ist zudem das Erkennen von neonazistischen Symbolen. Nur so können Neonazis und ihre Einflussnahme in Jugendclubs, Schulen und anderen Einrichtungen erkannt und abgewehrt werden.
- Lehrer_innen und Schulsozialpädagog_innen sollten zudem motiviert werden, **politische und demokratische Bildungsprojekte im Rahmen des sächsischen Ganztagschulprogramms anzubieten**, welches im unterrichtsergänzenden Bereich hierzu Raum bietet und dabei gezielt auf die Angebote und die Kompetenz Leipziger zivilgesellschaftlicher Träger zurückzugreifen.

3. Recruitment durch Musikveranstaltungen und Freizeitangebote

Musikalische und andere „kulturelle“ Veranstaltungen bieten Möglichkeiten, Menschen mit der rechten Szene bekannt zu machen und/oder sie an diese zu binden.

Folgende Maßnahmen werden empfohlen:

- **Neonazi-Konzerte in privaten Räumlichkeiten müssen unterbunden werden.** Dazu bedarf es unter anderem einer schnellen und von kurzen Wegen gekennzeichneten Kommunikation zwischen aufklärenden (Verfassungsschutz) und exekutiven Behörden (Polizei/Staatsschutz) sowie Angestellten

angewendet. In der Schule am Adler existiert eine solche Hausordnung, die unter juristischer Beratung eines FDP-Stadtrates entstanden ist. Siehe auch: Veröffentlichung des Kulturbüro Sachsen e.V.: „Rechtsextreme Aktivitäten in kommunalen Einrichtungen verhindern -Vorschläge für Hausordnungen, Satzungen, Antidiskriminierungsregelungen“ (Checkliste & Regelungsvorlage für Stadtverwaltung Dresden).

⁷⁵ Zum Beispiel ist Mitarbeiter_innen und Besucher_innen des Bundestages untersagt, „Thor Steinar“-Kleidung zu tragen. Juristisch fundierte Verbotsformulierungen wurden in solchen Einrichtungen also erarbeitet und können von anderen übernommen werden. Siehe: <http://www.tagesspiegel.de/berlin/art270,2495468> (eingesehen am 20.01.2010).



städtischer Behörden.⁷⁶

- (Gewerberaum-)Vermieter_innen sollten über rechte Szeneläden und juristische Möglichkeiten **aufgeklärt** werden. Hier erscheint es denkbar, mittellosen und unerfahrenen Einzelpersonen und Vereinen eine **adäquate Rechtsberatung** zum Thema bereitzustellen und/oder zu finanzieren sowie Öffentlichkeitsarbeit anhand verschiedener Beratungs- und Informationsangebote zu schaffen.
- Zudem bedarf es einer rechtlichen Absicherung für städtische Verwaltungsbetriebe, Eigenbetriebe, Vereine und andere. So kann bspw. an das Rechtsamt der Stadt Leipzig ein Prüfauftrag ergehen mit dem Ziel, Rückabwicklungsklauseln zu Verträgen, entsprechende Hausordnungen und Mustermietverträge für öffentliche Gebäude, Sportstätten (Hallennutzungsbedingungen), Schulen, Gastbetriebe und andere private Vermieter_innen zu entwerfen und sowohl der Verwaltung als auch der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.⁷⁷
- **Eine symbolische Positionierung und öffentliche Aufklärung** über Räumlichkeiten, die von und für Neonazis genutzt werden, ist unabdingbar für die Aktivierung von Zivilgesellschaft.⁷⁸ Um das zu leisten, wären öffentliche Informationsstellen von Nutzen, die zeitnah und sicher über genutzte Räumlichkeiten und nutzende neonazistische Gruppen und Parteien aufklären.⁷⁹

⁷⁶ Siehe auch: Teil II – 1d) „Informationspolitik optimieren“.

⁷⁷ Beispielgebend für eine solche Strategie ist bspw. die Arbeit des Kulturbüro Sachsen e.V., welches mit dem Regionalverband Sächsische Schweiz des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes sowie dem Kommissariat Staatsschutz Pirna 2003 eine Handreichung für Gaststätten, Restaurants und Hotels erörtert hat, wie Mietanfragen von Neonazis zu erkennen und welche Handlungsmaßnahmen in einem solchen Fall adäquat sind.

⁷⁸ Es ist z.B. zu vermuten, dass sich der Betreiber des Clubs in der Lagerhofstraße genauer überlegen würde, Konzerte rechter Bands wie „Kategorie C“ zu veranstalten, wenn dies öffentlich problematisiert würde und damit sein Laden in Verruf käme.

⁷⁹ Siehe: Teil II – 1d) „Informationspolitik optimieren“.



2 Antidiskriminierung und Mainstreaming von marginalisierten Gruppen

Zur umfassenden und nachhaltigen Bekämpfung von Neonazismus reicht es nicht aus, Maßnahmen lediglich gegen die manifesten, organisierten und aktionsförmigen Auswüchse dieses Phänomens zu ergreifen. Vielmehr müssen alle Teile der städtischen Bevölkerung sowie im Besonderen die Situation der von Rassismus und anderen Ideologien der Ungleichwertigkeit Betroffenen in den Blick genommen werden. Das Handlungskonzept beschreibt in diesem Kapitel erfolgversprechende, bereits existierende Ansätze und zeigt Schwerpunkte für ihre Weiterentwicklung und Umsetzung auf.

Im Frühjahr 2007 beschloss der Stadtrat¹ den Beitritt Leipzigs zum Städtenetzwerk „Europäische Koalition – Städte gegen Rassismus“.² Die Unterzeichnung der Absichtserklärung durch den Oberbürgermeister am 20.03.2007 sowie die Bereitstellung von zusätzlichen Finanzmitteln für das Referat für Migration und Integration waren erste Schritte auf dem Weg zur Umsetzung des 10-Punkte-Aktionsplanes. Der 10-Punkte-Plan der Städtekoalition sowie der im Zuge der Umsetzung des Bundesprogramms „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ erarbeitete Lokale Aktionsplan (LAP) bilden wichtige Grundlagen für die im Folgenden ausgeführten Handlungsschwerpunkte des Konzepts „Vielfalt im Blick“.

Alltagsrassismus und Diskriminierung aus Sicht der Betroffenen

Alltagsrassismus ist nicht weniger bedenklich als organisierter Neonazismus und im Unterschied zu diesem in allen Bevölkerungsschichten, in allen Generationen und bei den Wählern aller Parteien zu finden.³ Das heißt: jenseits rassistischer Gewalttaten berichten zahlreiche Betroffene von einem bedenklich hohen Maß an alltäglichem Rassismus.

¹ Beschluss Nr. IV-815/07.

² Mehr Informationen unter: <http://www.citiesagainstracism.org>.

³ Siehe: Teil I – „Ungleichwertigkeit in der Mehrheitsgesellschaft“.

2. Antidiskriminierung und Mainstreaming von marginalisierten Gruppen

Vor allem für Menschen mit Migrationshintergrund prägen rassistische Diskriminierung und Verletzungen ihrer Menschenwürde den Alltag – im nachbarschaftlichen Umfeld⁴, beim Einlass in Diskotheken und Gaststätten⁵, bei Kontrollen im öffentlichen Nahverkehr⁶, in Schule und Beruf⁷, bei der Wohnungssuche⁸ und häufig auch im Umgang mit Mitarbeiter_innen von Behörden und Ämtern.⁹

Erschreckend und bedenklich ist dabei, dass derartige Erfahrungen bei einem großen Teil der Betroffenen zum festen Bestandteil ihres alltäglichen Lebens ge-

⁴ 2007: Alle Bewohner_innen eines Mietshauses befestigten an dem Auto eines dort ebenfalls wohnenden Migranten folgenden Aufruf: „Jeder von uns im Haus zahlt 50 Euro, wenn Du binnen drei Tagen unser Haus verlässt“.

2006: Der Rollator einer aus Rumänien stammenden älteren Frau wurde beschädigt und mit Klebezetteln versehen: „Zigeunerin, Abfall, Dreck“.

⁵ 2007: Nach einem internen Konflikt zweier Leipziger Security-Firmen wurden Migrant_innen über mehrere Monate in mindestens sechs Leipziger Diskotheken oder Clubs nicht mehr eingelassen. Durch die Einlasskontrollen vielen Bemerkungen wie: „Ausländer lassen wir hier nicht mehr rein!“.

2009: Als „nichtdeutsch“ identifizierten Besucher_innen wird bei Einlass in die Diskothek Volkspalast der Ausweis abgenommen. Ab einem „gewissen Prozentsatz“ wird Nichtdeutschen der Zutritt gänzlich verwehrt. Diese rassistisch diskriminierende Einlasspolitik wird bis Frühjahr 2009 offen auf der Webseite des Volkspalasts präsentiert und darüber hinaus gar als „keineswegs ausländerfeindlich“ bezeichnet.

⁶ 2007: Kontrolleure der LVB verfolgten einen Migranten, der zwar einen Fahrschein besaß, allerdings nicht für die richtige Zone, über einen gesamten Straßenzug und warfen ihn mit Gewalt zu Boden.

⁷ 2006: Die Lehrerin einer Mittelschule forderte einen unruhigen Schüler mit Migrationshintergrund während des gemeinsamen Ansehen des Films Schindlers Liste mit folgenden Worten zum Stillsitzen auf: „Auf so einen wie Dich hätte der Amon Göth auch geschossen.“

⁸ 2007: Die Sozialarbeiterin einer Leipziger Wohnungsgenossenschaft forderte die Mitarbeiterin der Opferberatungsstelle auf, mit einer durch sie in die Genossenschaft vermittelten Klientin dahingehend ein Gespräch zu führen, dass sie sich den übrigen Mieter_innen anzupassen hätte, ansonsten müsse sie wieder ausziehen. D.h. sie solle sich „richtige“ Gardinen zulegen und nicht ihre afrikanischen Tücher in die Fenster hängen. Außerdem belästige der andersartige Geruch ihres Essens die anderen Mieter_innen.

2008: Eine Sozialarbeiterin vereinbarte für eine Klientin einen Besichtigungstermin für eine Wohnung. Als die Verwalterin sah, dass die Klientin dunkelhäutig war, hielt sie kurz an und fuhr anschließend einfach weiter. Ein darauf folgendes Gespräch zwischen der Sozialarbeiterin und der Verwaltung ergab, dass man „schlechte Erfahrungen mit Ausländern“ gemacht habe. Im übrigen bezog man sich auf die Allgemeine Vertragsfreiheit.

⁹ 2006: Ein aus Pakistan stammender Klient berichtete, am Leipziger Hauptbahnhof beinahe täglich ungerechtfertigten Kontrollen durch die Bundespolizei ausgesetzt zu sein. Als er bei Rossmann Katzenfutter kaufen wollte, beleidigten ihn dieselben Beamten mit den Worten: „Das ist aber für Katzen, oder muss man auch das euch Ausländern sagen?“.

Einer Frau wurde die Aufnahme einer Strafanzeige durch die Polizei mit der Begründung verweigert, „das war doch nun wirklich nicht schlimm, seien Sie froh, dass nichts weiter passiert ist.“ Dem war folgende Situation vorausgegangen: Eine Weiße Frau, die mit einem Schwarzen Afrikaner verheiratet ist, befand sich mit diesem und den gemeinsamen Kindern auf einem Spielplatz in Leipzig Zentrum-Süd. Ein Weißer Deutscher mittleren Alters schickte mehrfach seinen Hund in Richtung der Kinder, woraufhin die Frau ihn aufforderte, mit dem Hund in einen anderen Teil des Parks zu gehen. Dieser erwiderte: „Mein Hund hat hier mehr Rechte als diese Kinder!“, unterließ seine Handlungen nicht und äußerte rassistische Beleidigungen.

worden sind. Es wird berichtet, dass man sich „damit abgefunden habe“, dass dies „Normalität sei“ und dass es doch ohnehin „keinen Sinn habe, etwas dagegen zu unternehmen“. Diese Aussagen trafen Klienten, die die Opferberatungsstelle der RAA Leipzig e.V. kontaktierten, wobei die Beratung nicht aufgrund der alltagsrassistischen Erlebnisse, sondern aufgrund sozialer oder asyl-/ausländerrechtlicher Probleme aufgesucht wurde. Die Klient_innen beschrieben rassistische Vorfälle eher beiläufig. Berichtet wurde z.B., dass sich deutsche Fahrgäste von ihrem Sitzplatz erheben, wenn man sich als „nicht-deutsch“ aussehender Mensch neben sie setzen möchte. Betroffene werteten dies als Thema, „worüber sich das Weiterreden nicht lohne“.

a) Prozesse der Viktimisierung stoppen

Eine Opfersituation entsteht nicht allein durch einen Angriff, vielmehr ist das „Opferwerden“ eine Entwicklung, an der meist mehr Umstände und Personen als der/die Täter_in beteiligt sind. Wie Viktimisierung hergestellt werden kann, welche Auswirkungen das Erlebte hat und wie lange die Verarbeitung dauert, ist von verschiedenen Faktoren abhängig:

- von dem Vorfall selbst, der Art der „Tatbegehung“
- von der Reaktion von Zeug_innen oder Unbeteiligten – Zivilcourage oder Teilnahmslosigkeit:

Beispielsweise berichtete ein Klient 2008, dass es beinahe noch schlimmer als der Angriff selbst gewesen sei, zu erleben, wie er völlig hilflos an einer LVB-Haltestelle in seinem Blut lag und keiner der (zahlreichen) Umstehenden irgend eine Form der Anteilnahme zeigte, geschweige denn durch einen Anruf bei der Polizei oder dem Rettungsdienst Unterstützung leistete.

- von den Reaktionen und Wertungen der Öffentlichkeit und des unmittelbaren Umfeldes und dem Vorhandensein eines sozialen Unterstützungssystems
- davon, ob und in welcher Qualität Behandlungs- und Betreuungsangebote vorhanden sind (Zugang, Sprach- und Kulturmittlung, Wartezeiten, Kontinuität; Einschränkungen hinsichtlich der Inanspruchnahme durch den rechtlichen Status bezogen auf Migrant_innen)
- von der Stellung der Betroffenen im deutschen Rechtssystem und der Art und Weise der polizeilichen Ermittlungsarbeit: Im hierzulande existierenden, täterzentrierten Strafrecht finden die Bedürfnisse und Gefühle der/des Betroffenen sowie dessen Ansprüche in der Regel keinen Raum. Opfer werden im Strafprozess auf die Rolle eines Beweismittels reduziert. Hinzu kommt ein völlig unzulänglicher Opferschutz. Politische Motive finden nur unzureichend Berücksichtigung, „hate crime“ als Tatmotiv wirkt nicht zwingend strafverschärfend. Oft mangelt es an Kompetenz und Sensibilität im Erkennen von Erscheinungsformen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

Wissenschaftliche Studien und die tägliche Arbeit von Opferberatung und Antidiskriminierungsbüro e.V. zeigen, dass die Wertung und Verarbeitung einer verletzenden Erfahrung nicht davon abhängt, wie schwer die Tat im abstrakten Sinne war oder ob sie überhaupt strafrechtlich relevant ist. Alle Betroffenen, seien sie

Opfer von Diskriminierung, Beleidigung, Mobbing, Bedrohung oder Körperverletzung, beschreiben den Prozess der Viktimisierung als den Verlust des persönlichen Sicherheits- und Selbstwertgefühls und als Verletzung ihrer Menschenwürde. Sie sprechen von Ohnmacht und Hilflosigkeit, konstatieren Isolierung und Rechtlosigkeit. Sie erfahren eine erhebliche Stresssituation und in nicht wenigen Fällen entstehen behandlungsbedürftige Traumatisierungen. Es gehört demnach zu den vordringlichen Aufgaben der gesamten demokratischen Stadtgesellschaft, Viktimisierungsprozesse zu stoppen.

Dies wird erreicht durch:

1. Eine zielgruppengenaue und stadtweit vernetzte Infrastruktur, die

- schnelles polizeiliches Eingreifen und eine im Nachgang zu Vorfällen erforderliche Sicherheitsinfrastruktur gewährleistet,
- ein dauerhaftes Angebot von professionellen Unterstützungsstrukturen mit hauptamtlichen Fachkräften vorhält (Opferberatungsstelle, ADB). Diese sollten mit wichtigen Akteuren im Gemeinwesen vernetzt werden, sodass von dort Vermittlung und evtl. Begleitung erfolgen kann,
- strukturelle und persönliche Hürden marginalisierter Gruppen bei der Wahrnehmung von Angeboten/Rechten abbaut, z.B. durch den Einsatz und die Finanzierung von Sprach- und Kulturmittler_innen in Ämtern und Behörden sowie die Nutzung von öffentlichen Räumen in den Stadtteilen als Erstkontakt- und Informationsstelle,
- die Interessenvertretung erweitert, indem Migrant_innen-Initiativen und -Institutionen unter der Problematik Opfersituation und Opferschutz vernetzt werden und die Themen Opfersituation und Opferschutz in die Tätigkeit des Kriminalpräventiven Rates eingebunden werden.



2. Die Initiierung und Förderung von Zivilcourage im Alltag und die Organisation von Solidarität und Unterstützung für Betroffene

Als Beispiele für Best Practices zur Erreichung dieses Ziels kann die in Berlin und Brandenburg praktizierte „Aktion Noteingang“ gelten:



Im Rahmen der „Aktion Noteingang“ werden Eingänge von Geschäften, Bahnen, sozialen und kulturellen Einrichtungen, öffentlichen Gebäuden u.ä. durch Schilder und Aufkleber als explizite Schutzräume vor rassistischer Gewalt markiert. So wird Betroffenen nicht nur Solidarität und



2. Antidiskriminierung und Mainstreaming von marginalisierten Gruppen

Hilfe angeboten, sondern das gesellschaftliche Problem Rassismus und neonazistische Übergriffe dort thematisiert, wo es auftritt, nämlich im öffentlichen Raum unter den Augen von vielen Unbeteiligten.

Ein Versuch der Migrantenberatungsstelle SALVE anlässlich der Antirassistischen Wochen 2009, am Lindenauer Markt die Aktion Noteingang zu initiieren, stieß dahingegen auf keine Resonanz bei den örtlichen Büros und Geschäften und wurde auch durch Medien und politische Öffentlichkeit nicht aktiv unterstützt. Frühere Versuche, die Aktion in Leipzig zu etablieren waren ebenfalls nicht erfolgreich.

Die Analyse der Situation im Leipziger öffentlichen Raum im Hinblick auf neonazistische und rassistische Diskriminierungsereignisse zeigt deutlich, dass es sich hierbei nicht um einen „neutralen Ort“ handelt. Öffentliche Räume in einer Großstadt wie Leipzig müssen sich offensiv gegen Diskriminierung positionieren und im Notfall einen Schutzraum bieten.¹⁰

3. Die Stärkung von Selbstbehauptung und Selbstbewusstsein potenzieller Betroffenenengruppen¹¹



Bei all dem reicht es nicht aus, konkrete Vorfälle, Straftaten und damit zusammenhängende Opfersituationen zu thematisieren. Die gesamte gesellschaftliche Situation, in der Übergriffe, Bedrohungen und Beleidigungen möglich sind und in der die Betroffenen wenig Verständnis oder Solidarität erfahren, muss zum Handlungsfeld werden. Strategien müssen sich auf alle Tendenzen und Erscheinungsformen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und deren Träger_innen beziehen.

¹⁰ Siehe: Teil II – 1 a) „Öffentliche Räume demokratisch besetzen“.

¹¹ Siehe: Teil II – 2c) „Empowerment von Migrant_innen“.

b) Aufklärung und Sensibilisierung gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit

Die von der Stadt Leipzig für sich in Anspruch genommenen Werte von Toleranz und Weltoffenheit existieren nicht per se, sondern müssen immer wieder aufs Neue hergestellt und verteidigt werden. Die Bekämpfung neonazistischer und diskriminierender Aktivitäten in Leipzig, insbesondere aber das Zurückdrängen von Ideologien der Ungleichwertigkeit, ist als dauerhafte Querschnittsaufgabe von Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung und damit auch der von der Stadt geförderten freien Träger, der schulischen und beruflichen Bildung sowie der privaten Wirtschaft zu begreifen.

Nachhaltige Weiterbildungsangebote als Querschnittsaufgabe

Handlungsfeld ist neben dem sozialen Umfeld marginalisierter Gruppen auch und gerade die tagtägliche Arbeit von Behörden und Ämtern. Dort braucht es sensibilisierte und informierte Mitarbeiter_innen und Beamt_innen, die die Bekämpfung von Ideologien der Ungleichwertigkeit auch als Teil ihres Aufgabenbereiches wahrnehmen.¹² In ihren jeweiligen Aufgabenfeldern sind diese immer wieder mit Situationen und Entscheidungen konfrontiert, in welchen Ideologien der Ungleichwertigkeit und Diskriminierungen mehr oder weniger direkten Einfluss ausüben können. Wenn Mitarbeiter_innen und Beamt_innen sensibel gegenüber solchen Situationen und strukturellen wie individuellen Diskriminierungen sind und das eigene Verhalten in Bezug auf solche Ideologien hinterfragen, kann dies dazu beitragen, Verwaltungshandeln in Zusammenhang mit den Bürger_innen und somit das städtische Klima als Ganzes in Richtung eines sich wirklich manifestierenden Ideals eines toleranten und weltoffenen Leipzigs positiv zu beeinflussen.

Um die Akteur_innen zu einem diskriminierungsfreien Handeln zu befähigen, sind multiple Fortbildungstrainings notwendig. Antidiskriminierungspädagogik, Demokratiepädagogik, Diversity-Pädagogik, interkulturelle Trainings, Menschenrechtspädagogik und andere Formen der Weiterbildung, die jeweils auf die speziellen Tätigkeiten einzelner Bereiche der kommunalen, staatlichen und freien Institutionen abgestimmt sind, können helfen, Wertegrundlagen von Demokratie, Vielfalt und Toleranz mit exekutivem Handeln noch besser in Einklang zu bringen.

Im Zentrum der Anstrengungen zu den genannten Fortbildungsmaßnahmen muss dabei die Nachhaltigkeit ihrer Wirkungen stehen. Aus- und Fortbildungsmaß-



¹² Siehe: Palloks 2009.

2. Antidiskriminierung und Mainstreaming von marginalisierten Gruppen

nahmen in kommunaler Verwaltung und städtischen Einrichtungen sind so zu konzipieren, dass sie über die flüchtige und punktuelle Wirkung einzelner Tagesworkshops hinausgehen und langfristige, nachhaltige Lernerfahrungen produzieren.

Zielgruppen von Schulungen und Fortbildungen

Bedingt durch die Spezifik ihrer Aufgabengebiete sehen wir Bedarfe bei der Förderung von interkultureller und internationaler Kompetenz sowie Demokratieerfahrung bei Landesbehörden wie Polizei, Schule, Berufsschule und bei der städtischen Verwaltung, hier insbesondere beim Ordnungsamt, Sportamt, Sozialamt, Jugendamt, Stadtplanungsamt, dem Amt für Wirtschaftsförderung, sowie den Bürgerämtern. Im Rahmen der Bürgerdienste und kommunalen Versorgungsbetriebe sind vor allem die Ausländerbehörde, der ASD, LVB, LWB sowie die ARGE zu nennen. Ebenso betrifft dieses Wohlfahrtsträger sowie die freien und öffentlichen Träger von offener Jugendarbeit, Horten und Kindertagesstätten.



Die **Abteilung Personalentwicklung, Aus- und Fortbildung des Personalamtes der Stadt Leipzig** führt bereits seit Mitte der 1990er Jahre Weiterbildungen für Stadtangestellte im Bereich interkultureller Kommunikation und Kompetenz mit Hilfe externer Bildungsträger durch. 2006 wurde in Zusammenarbeit mit dem Referat für Migration und Integration Konzept für eine Seminarreihe „Interkulturelle Kompetenzen“ entwickelt und in das Jahresprogramm „Personalentwicklung 2006“ der Stadtverwaltung eingeordnet.



Entsprechende Angebote sind gemäß den folgenden Schwerpunkten zu erweitern und zu intensivieren. Insbesondere sind die **Anreizstrukturen** für Mitarbeiter_innen zur Wahrnehmung entsprechender Angebote auszubauen. In besonders sensiblen Bereichen sind freiwillige Weiterbildungsangebote durch **obligatorische Fortbildungen** zu ergänzen, ggf. durch Anordnung der jeweiligen Amtsleitung.



Die Abteilung Personalentwicklung hat 2004 und 2006 drei Fortbildungsveranstaltungen zur Thematik „interkulturelle Kompetenz“ mithilfe der externen Bildungsträger AWO Nürnberg und VWA Leipzig mit insgesamt 21 Mitarbeiter_innen durchgeführt. Zum Teil kamen angebotene Veranstaltungen aus Mangel an interessierten Teilnehmer_innen nicht zustande. In den Jahren nach 2006 sind keine weiteren Fortbildungen in diesem Bereich durchgeführt worden.



Bei breiter angelegten **Weiterbildungsmaßnahmen** (wie im Folgenden gefordert) sind Fortbildungsveranstaltungen sind nicht nur in Bezug auf die einzelne Veranstaltungsdurchführung, sondern auch in Bezug auf ihre Auswirkungen im Beschäftigungsfeld der Mitarbeiter_innen hin zu **evaluieren**.

Ämter und Behörden

Alle Ämter, bei denen Mitarbeiter_innen in direktem Kontakt mit den Leipziger_innen stehen, müssen entsprechende Schulungen und Weiterbildungsmaßnahmen in ihre bestehenden Weiterbildungsprogramme integrieren. Bereits existente Projekte sind über ihren punktuellen Charakter hinaus zu einer systematischen Gesamtkonzeption zu entwickeln. Fortbildungen zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) sowie Beratung und Unterstützung bei der Umsetzung des Gesetzes sind in entsprechenden Bereichen der Verwaltung verstärkt wahrzunehmen. Insbesondere in der Ausländerbehörde sind darüber hinaus verstärkt Diversity-pädagogische Angebote und Fortbildungen zu „interkultureller Kompetenz“ wahrzunehmen, da hier regelmäßig Beschwerden von Seiten der Klient_innen geäußert werden.

Polizei und Justiz

Die politischen Dimensionen von rechten Gewalt- und Propagandadelikten müssen wahrgenommen werden. Opfer rechter Gewalt müssen als solche Anerkennung und entsprechende Behandlung erfahren.¹³ Antidiskriminierungspädagogik und Demokratieverziehung befähigen Polizeibeamt_innen, konkrete Einsatzsituationen besser einzuschätzen und gegebenenfalls das eigene Handeln anzupassen. Sie tragen dazu bei, die würdige Behandlung von Opfern neonazistischer Gewalt, eine angemessene Unterstützung zivilgesellschaftlicher Proteste gegen Neonazismus und eine problemadäquate Öffentlichkeitsarbeit zu gewährleisten. Entsprechend sind regelmäßige Schulungen in die Aus- und Weiterbildungspläne zu integrieren. Jurist_innen in Ausbildung können unter anderem während ihrer Referendariatsphase durch entsprechende Fortbildungen insbesondere für die Opfersituation innerhalb ihres Tätigkeitsbereiches sensibilisiert werden.

Verschiedene freie Träger in Leipzig bieten seit mehreren Jahren entsprechende Fortbildungstrainings an. Die *Opferberatung der RAA Leipzig e.V.* führte beispielsweise bereits zahlreiche Trainings zu Handlungsoptionen in der Auseinandersetzung mit neonazistischen Verhaltensformen durch. Dabei sollen ausgewählten Berufsgruppen (u.a. Studierende der Rechtswissenschaft, Rechtsreferendar_innen, Polizeibeamt_innen in Aus- und Weiterbildung und Angestellte des sozialen Dienstes der Justiz) befähigt werden, neonazistische Erscheinungsformen zu erkennen, ihre arbeitsfeldbezogenen Handlungsspielräume gegen deren Verhaltensweisen zu nutzen und Betroffene bedürfnisgerecht zu unterstützen. Antidiskriminierungstrainings und Demokratiepädagogik für die genannten Zielgruppen wurden unter anderem auch bereits vom *Antidiskriminierungsbüro e.V.* und dem *Netzwerk für Demokratie und Courage* angeboten.



¹³ Leider kommt es immer wieder vor, dass Migrant_innen als Opfer von rechter Gewalt im Rahmen von Polizeitätigkeit erneut Diskriminierung erfahren. Die Opferberatungsstelle der RAA Leipzig e.V. hat hierzu einzelne Fälle dokumentiert.

2. Antidiskriminierung und Mainstreaming von marginalisierten Gruppen

Städtische Betriebe

Städtische Betriebe können vor allem im Umgang mit ihren Kund_innen einen Beitrag zu Vielfalt und Toleranz in Leipzig leisten. Mitarbeiter_innen der LVB, insbesondere Kontrolleur_innen, Fahrer_innen und Fahrgastbegleiter_innen müssen in ihrem Handeln gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit zur Ermöglichung von Zivilcourage ausgebildet sein. Als Verantwortungsträger_innen sollen sie sich in Problemsituationen ihrer Pflicht zur Zivilcourage bewusst sein, und gleichzeitig durch entsprechende Weiterbildungen auf adäquate Reaktionen in Problemsituationen vorbereitet werden. Ebenso sollte bei den Fahrgästen der LVB durch entsprechende Aufklärungskampagnen und Öffentlichkeitsarbeit auf die Übernahme von mehr Verantwortung in Sachen Zivilcourage bei Diskriminierungshandlungen im öffentlichen Raum hingewirkt werden.



Mit ihrem Projekt Courage-Bahn aus dem Jahre 2002 unter Mitwirkung des mobilen Beratungsteams vom Kulturbüro Sachsen e.V. hat die LVB hier einen wichtigen Akzent gesetzt. Parallel zur öffentlichkeitswirksamen Gestaltung einer „Themen-Bahn für Courage“ der LVB, welche über Formen rassistischer Diskriminierung aufklärte, wurden mehrere Mitarbeiter_innenschulungen durchgeführt.

Derzeit laufende Projekte wie „SMILe - Für Zivilcourage in öffentlichen Verkehrsmitteln“ und das „Projekt gegen Gewalt und Zerstörung“ zur Aktivierung von Zivilcourage unter Fahrgästen bieten ebenfalls positive Ansätze. Insgesamt wäre hier jedoch eine Verschiebung des Fokus hin zu couragiertem Handeln gegen Diskriminierung wünschenswert.

Der 10-Punkte-Aktionsplan der Städtekoalition gegen Rassismus benennt in Punkt 7 die Herstellung von Chancengleichheit auf dem Wohnungsmarkt als Ziel städtischen Handelns. Die Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft (LWB) kann insbesondere durch eine diskriminierungsfreie Beratungs-, Vermietungs- und Service-Praxis im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit einen Beitrag zu Diskriminierungsfreiheit in Leipzig leisten.¹⁴ Hierzu sind u.a. Fortbildungen zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) sowie Beratung und Unterstützung bei dessen Umsetzung verstärkt wahrzunehmen.

Offene Jugendarbeit, Schulen und Kindergärten

Lehrer_innen und Erzieher_innen in (Berufs-)Schule, Kita und Hort erleben zunehmend Klassen und Gruppen, in denen Schüler_innen mit und ohne Migrationshintergrund vertreten sind. Um auch den Schüler_innen mit Migrationshintergrund zu Chancengleichheit und optimalen Lernbedingungen zu verhelfen, muss

¹⁴ Siehe auch: Teil II – 2d) „Institutionellen Rassismus zurückdrängen“.

b) Aufklärung und Sensibilisierung gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit

der pädagogische Prozess diese angemessen berücksichtigen. Dies verlangt von den Pädagog_innen unabdingbar interkulturelle Kompetenz.

In **Kitas, Schulen und Berufsschulen** sollten Kindern und Jugendlichen verstärkt Inhalte der Antidiskriminierungs- und Diversity-Pädagogik vermittelt werden. Dies kann zum Beispiel über die intensivere Wahrnehmung von Angeboten externer Träger_innen geschehen. Entsprechende Bildungsinhalte sollten möglichst regelmäßig über einzelne Projekttagsangebote hinaus Teil der jeweiligen Ausbildung sein. Im Rahmen von Ausbildungen in städtischen Betrieben und Berufsschulen müssen Inhalte solcher Fortbildungsmaßnahmen über den gesamten Ausbildungszeitraum hinweg Berücksichtigung finden.

Die Courage Werkstatt für demokratische Bildungsarbeit e.V. innerhalb des Netzwerk Demokratie und Courage (NDC) führt hierzu beispielsweise das Projekt „**Sozialkompetenz in der Ausbildung**“ (SKA) für Auszubildende an berufsbildenden Einrichtungen durch. Die fachliche Ausbildung wird durch eintägige, aufeinander aufbauende Bildungsbausteine mit dem Ziel der Förderung von Schlüsselkompetenzen wie Team-, Konflikt- und Empathiefähigkeit begleitet. Einzelne Bildungsbausteine können auch von Ausbildungseinrichtungen außerhalb des 3-Jahres-Programms gebucht werden.



Ebenfalls durch die Courage Werkstatt für demokratische Bildungsarbeit e.V. angeboten werden zahlreiche **Projektstage und Bildungsbausteine für Schulklassen**, deren Angebote von Schulen noch verstärkter wahrgenommen werden könnten.¹⁵

Das bundesweit koordinierte Projekt „**Schule ohne Rassismus / Schule mit Courage**“ (SOR / SMC) kann als Anknüpfungspunkt für die Sensibilisierung von Schüler_innen mit dem Thema Rassismus und Diskriminierung dienen.¹⁶ Wichtig dabei ist, dass über die symbolische Wirkung der Verleihung des Titels SOR/SMC hinaus die Schüler_innen in eine dauerhafte und nachhaltige inhaltliche Auseinandersetzung zum Thema eintreten. Entsprechende Angebote sind durch die Schule bereit zu stellen.

Jugend- und Kulturzentren werden von Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund aufgesucht. Konflikte zwischen Vertreter_innen beider Gruppen verlangen von Jugend- und Sozialarbeiter_innen neben interkultureller Kompetenz vor allem Kompetenzen im Bereich Konfliktmanagement sowie der Implementierung und Durchsetzung von Equality-Anforderungen.

¹⁵ Siehe: <http://www.netzwerk-courage.de/navigation/153.html>.

¹⁶ Aus Leipzig beteiligt sich bereits das Humboldt Gymnasium seit 2003 an diesem Projekt.

Inhalte von Schulungen und Weiterbildungen

Antidiskriminierungspädagogik

Das im August 2006 in Kraft getretene Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) bildet die rechtlich kodifizierte Grundlage für Gleichbehandlung und Diskriminierungsfreiheit. Zusätzlich zur Aufklärung über Ziele, Rechte und Pflichten durch das Gesetz trägt Antidiskriminierungspädagogik dazu bei, Kompetenzen zu stärken, um Mechanismen von Diskriminierung im Berufsalltag zu erkennen und ihnen aktiv entgegenzutreten. Für Berufstätige in pädagogischen Bereichen (Kitas, Schulen, Erwachsenenbildung) vermittelt sie Grundlagen einer Pädagogik der Antidiskriminierung, um Teilnehmer_innen zu Multiplikator_innen von Antidiskriminierung auszubilden.

Demokratiepädagogik

In verschiedenen sozialen Zusammenhängen und Institutionen bestehen Defizite in Fragen der Aushandlung und Entwicklung einer demokratischen Kultur und bei der Abgrenzung zu Ideologien der Ungleichwertigkeit. Um diesen Defiziten zu begegnen, bedarf es nachhaltiger Lern- und Erfahrungsangebote, in denen Demokratie als Aushandlungspraxis und Konfliktkompetenz erfahren und entwickelt werden kann.¹⁷ Weiterbildungsangebote einer Demokratiepädagogik möchten die Teilnehmer_innen befähigen, ihre eigenen Sichtweisen und Einstellungen in Bezug auf demokratische Kultur zu reflektieren. Ziel ist die Förderung einer lebendigen und streitbaren Demokratie als Gegenentwurf zu Ideologien der Ungleichwertigkeit.

Diversity-Pädagogik

Diversity-Pädagogik beschäftigt sich mit der Gleichheit und Verschiedenheit von Einzelnen, Gruppen und sozialen Systemen. Es geht dabei um Anerkennung der Differenzen, die Wertschätzung der Vielfalt und um deren Förderung. Entscheidend ist eine spezifische Sichtweise auf Vielfalt, die sich durch gegenseitige Achtung auszeichnet und Vielfalt als Bereicherung versteht. In der Anwendung geht es um die Nutzbarmachung und das Ermöglichen alltagspraktischer Fairness, d.h. Vorurteile, Barrieren und Diskriminierungen aufzudecken und zu bearbeiten.

¹⁷ Kommunen, deren lokale politische Kultur vom Vorbild einer pluralistischen Gesellschaft im Gegensatz zum Ideal einer konfliktlosen Gemeinschaft geprägt ist, können ihre Potenziale zur Bekämpfung von Rassismus und Neonazismus wesentlich effektiver nutzen. Siehe: Strobl / Würtz / Klemm 2003, S. 161ff.

Interkulturelle Trainings

Interkulturelle Trainings fördern die Entwicklung der interkulturellen Kompetenz zum Umgang mit Menschen unterschiedlicher kultureller Prägung. Bildungsangebote im Sinne dieses Handlungskonzeptes sollten nicht auf die Vermittlung von (vermeintlichen) „Kulturstandards“, also kulturellen Werte, Normen und Codes migran-tischer Gruppen in deren Gegenüberstellung mit denen der Mehrheitsgesellschaft, beschränkt werden. Fortbildungen zu inter-, bzw. transkultureller Kompetenz / Kom-munikation sollten in erster Linie Sozial- und Selbstkompetenzen fördern. Ergänzt um die Vermittlung von Kenntnissen über Migrationsgeschichte, Migrationserfah-rungen und deren Auswirkungen auf die Identitätsfindung von Menschen mit Mi-grationshintergrund ermöglichen sie eine effektivere Gestaltung von Integrations-bedingungen.

Träger der Weiterbildungsmaßnahmen

Die o.g. Weiterbildungsmaßnahmen sollten von fachlich geeigneten und ggf. zertifi-zierten Trägern bzw. von ausgebildetem Lehrpersonal angeboten und durchgeführt werden. Module und Curricula sollten zielgruppen- und kund_innenorientiert und dementsprechend flexibel einsetzbar sein. Auf eine Teilnehmer_innen aktivierende und beteiligende Gestaltung ist angesichts der sensiblen Themen hoher Wert zu legen.



In Leipzig und Sachsen ist Fortbildungs-Know-How vorhanden und sollte auch gegenüber überregionalen oder kommerziellen Anbietern vorrangig berücksichtigt werden. Insbesondere die Kenntnisse lokaler Strukturen und Ausprägungen von Neonazismus, Diskriminierung und Ideologien der Ungleichwertigkeit stellen eine wichtige Ressource für die erfolgreiche Durchführung nachhaltiger Fortbildungs-trainings dar. Unter anderem haben folgende Träger bereits erfolgreich Antidis-kriminierungs-, Demokratie-, und interkulturelle Trainings in Leipzig und Sachsen durchgeführt:

- Antidiskriminierungsbüro e.V.
- Landesarbeitsgemeinschaft politisch-kulturelle Bildung Sachsen e.V.
- Landesfilmdienst Sachsen e.V.
- Mobiles Beratungsteam für den Regierungsbezirk Leipzig, Kulturbüro Sach-sen e.V.

2. Antidiskriminierung und Mainstreaming von marginalisierten Gruppen

- Netzwerk für Demokratie und Courage (Courage-Werkstatt für demokratische Bildungsarbeit e.V.)
- RAA Leipzig e.V.
- Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V.



Bislang werden die Angebote nur unzureichend nachgefragt und abgerufen. Die Ursachen dafür müssen bei den jeweiligen Institutionen evaluiert werden. Bei kommunalen und staatlichen Institutionen ist zu prüfen, inwieweit Fortbildungen mit den o.g. Inhalten Teile von Regelkatalogen bzw. für die Mitarbeiter_innen verbindlich sind.

Bei freien Trägern ist die Anreizstruktur dadurch zu erhöhen, dass die Wahrnehmung entsprechender Weiterbildungsangebote im Rahmen des Qualitätsmanagements abgefragt wird. Die jeweiligen Ergebnisse sind bei Förderentscheidungen der öffentlichen Hand zu berücksichtigen. In den Fortbildungsetats aller Träger müssen entsprechende Mittel bereitgestellt werden.

c) Empowerment von Migrant_innen

Die Integration der Migrant_innen als Querschnittsaufgabe

Anfang 2009 wohnten in Leipzig neben rund 33 500 Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft mindestens weitere 14 500 Staatsbürger_innen mit Migrationshintergrund.¹⁸ Somit sind ca. zehn Prozent der Leipziger_innen Migrant_innen. Eine Verwirklichung von Leipzig als einen „Ort der Vielfalt“ muss daher selbstverständlich auch ihre Situation konsequent in den Blick nehmen. Stadt und Zivilgesellschaft müssen dementsprechend die migrantischen Perspektiven jeweils in ihrem Handeln berücksichtigen.

Die Stadt trägt dieser Position insofern Rechnung, als der im Jahre 2006 erschienene (und vom Stadtrat zur Kenntnis genommene) Bericht des damaligen Referats Ausländerbeauftragter die „**Integration der Migranten als Querschnittsaufgabe**“ der kommunalen Verwaltung benennt.¹⁹ Der bereits im Bericht formulierten Forderung nach einem umfassenden Leipziger **Integrationskonzept** kam der Stadtrat mit einem Beschluss im Dezember 2009 nach, demzufolge bis Ende des 2. Quartals 2010 Leitziele und deren konkrete Untersetzung unter Einbeziehung migrantischer Zivilgesellschaft und Trägern der Migrant_innenarbeit entwickelt werden sollen. Der in diesem Verfahren erarbeitete Konzept-Entwurf soll anschließend im Stadtrat beraten und beschlossen werden. Die Umbenennung des Referats Ausländerbeauftragter in „Referat für Migration und Integration“, sowie des Referatsleiters in „Integrationsbeauftragter“ ist mit Jahresbeginn 2010 erfolgt.

Im Rahmen des Handlungskonzepts zur Stärkung der demokratischen Kultur in Leipzig sind diese Schritte sehr zu begrüßen. Ein Integrationskonzept muss Maßnahmen zur strukturellen, kulturellen, sozialen und identifikatorischen Integration von Migrant_innen bündeln, um eine umfassende Teilhabe an der Stadtgesellschaft zu gewährleisten. An dieser Stelle werden Vorschläge zu **Maßnahmen und Best Practices** für ein Empowerment von Migrant_innen benannt, die im Sinne des Handlungskonzepts Eingang in die Migrations- und Integrationspolitik der Stadt finden sollten. Aus Sicht dieses Handlungskonzeptes müssen die einzelnen, im Rahmen eines Integrationskonzeptes benannten Ziele und Maßnahmen den folgenden Leitlinien genügen:

¹⁸ Statistik des Referats für Migration und Integration:
<http://www.leipzig.de/de/buerger/service/angebote/migranten/statistik>.

¹⁹ Siehe:
http://www.leipzig.de/imperia/md/content/18_auslaenderbeauftragter/bericht_rab_2006.pdf.

2. Antidiskriminierung und Mainstreaming von marginalisierten Gruppen

1. In Überwindung gängiger Klischeevorstellungen muss die Normalität des Zusammenlebens von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in Leipzig sichtbar gemacht werden. Dies betrifft sowohl den Blick von Ämtern und Behörden auf Migration, als auch Formen zivilgesellschaftlichen Engagements und mediale Darstellungen.²⁰ Für neue Zuwanderer_innen ist eine Kultur des Willkommens weiter zu entwickeln.
2. Migrant_innen in Leipzig sind längst nicht nur zu betreuendes und unterstützungsbedürftiges Klientel. Es ist notwendig, ihre Expertise und ihr Wissen bei der Suche nach Lösungen einzubeziehen. Sie müssen noch besser in die Lage versetzt werden, sich aktiv auf vielen Ebenen der Stadtgesellschaft einzubringen.
3. Bereits existierende und neu zu entwickelnde kommunale Aktivitäten zur Integrationsförderung müssen sich durch einen transparenten, niedrighschwellig und integrierten Zugang für die Zielgruppen auszeichnen.²¹

Beteiligung initiieren und organisieren

Bislang werden Zuwanderer_innen von Partizipationsangeboten nur eingeschränkt erreicht, ihre Mitwirkung an kommunalen Entscheidungsprozessen oder in Vertretungsorganen zum Beispiel bei LVB und LWB ist gering. Mit dem Beitritt zur „Städtekoalition gegen Rassismus“ hat sich Leipzig zur Verbesserung der Beteiligungs- und Informationsmöglichkeiten von Migrant_innen (Punkt 4 des Aktionsplanes) bekannt.



Zur Umsetzung dieses Ziels müssen künftig überall dort, wo Bürger_innenbeteiligung vorgeschrieben ist und angewendet wird, zusätzlich Standards entwickelt und festgeschrieben werden, die die Beteiligung von Migrant_innen erleichtern. So wie in überregionalen (Stadtentwicklungs-)Programmen bereits üblich, sollte auch in kommunalen Förderrichtlinien und Ausschreibungen **Migrant_innenbeteiligung als Qualitätsmerkmal** für städtische Eigenbetriebe und kommunal geförderte Projekte und Einrichtungen Eingang finden.

²⁰ Bei der städtischen Förderung von Projekten zur interkulturellen Verständigung ist darauf zu achten, dass nicht in einer naiven Multikulti-Affirmation rassistische Stereotype reproduziert werden. Statt den Exotismus „des Anderen“ zu betonen, muss das Normale im Miteinander weitaus mehr Beachtung finden.

²¹ Der im Auftrag des sächsischen Sozialministeriums erstellte Bericht „Integration von Zuwanderern in Sachsen“ von 2008 stellt fest, dass die „Vielzahl der Angebote [kommunaler Integrationsförderung] auch zu einer gewissen Intransparenz führen kann“. Im Rahmen der Studie gaben nur 14% der Befragten in kreisfreien Städten an, die Strukturen im Themenfeld Integration seien für sie „transparent“ (Sächsisches Staatsministerium für Soziales 2008, S. 103).

Die Einsetzung eines **Migrantenbeirats** durch die Stadt im Februar 2009 ist zu begrüßen. Das Gremium ermöglicht eine Problematisierung von Rassismus und Diskriminierung aus der Betroffenenperspektive, und somit die Weiterentwicklung vorbeugender Antidiskriminierungsmaßnahmen auf städtischer Ebene. Die Arbeit des Beirates sowie die Zusammenarbeit mit anderen städtischen Gremien sollten einer regelmäßigen Evaluation unterzogen werden. Ziel muss es sein, die migrantische Beteiligungsstruktur konsequent weiter zu entwickeln, um die Vielfalt migrantischer Interessen angemessen zu berücksichtigen. Zur konkreten Weiterentwicklung der Partizipationsmöglichkeiten des Migrantenbeirats sollte dem Gremium das **Antragsrecht** im Stadtrat gewährt werden.

Punkt 5 des Aktionsplans der Städtekoalition gegen Rassismus fordert die Förderung gleicher Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Ein Leipziger Integrationskonzept hat hierzu umfassende Vorschläge zu erarbeiten. Zur Erhöhung der Sichtbarkeit migrantischer Normalität in der Stadtgesellschaft ist darauf hinzuwirken, die **Quote von städtischen Mitarbeiter_innen mit Migrationshintergrund zu erhöhen**.



Die Stadt Leipzig hat mit einem **Stadtratsbeschluss vom 21.05.2008**²² ihre Bereitschaft erklärt, den Anteil von Auszubildenden mit Migrationshintergrund zu erhöhen. Zur Umsetzung des Beschlusses wurden durch das Schulverwaltungsamt und die Bildungsagentur Flyer und Informationsblätter in Vorbereitung des Bewerbungsverfahrens bei der Stadt Leipzig zur Einstellung von Auszubildenden an Schulen mit hohem Migrant_innenanteil, sowie an Leipziger Vereine der Migrant_innenarbeit übersandt. Zudem wurde ein Werbetext auf der Webseite des Referat für Migration und Integration veröffentlicht. Zur Ausbildungsbörse wurden zahlreiche Gespräche mit jungen Menschen mit Migrationshintergrund geführt.



Derzeit absolvieren drei Migrant_innen eine Ausbildung bei der Stadt Leipzig. Darüber hinaus sind in der Verwaltung und im Bereich Kindertagesstätten eine Reihe von Personen mit Migrationshintergrund beschäftigt. Genaue Daten hierzu liegen nicht vor. Jedoch kann angenommen werden, dass ihr Anteil deutlich unter 10 Prozent (vgl. Anteil Migrant_innen an der Leipziger Bevölkerung) liegt.

Zur Erhöhung der Mitarbeiter_innenquote mit Migrationshintergrund sind deshalb verstärkt gezielt Bewerber_innen mit Migrationshintergrund insbesondere für städtische Ausbildungsplätze anzusprechen, evtl. unter Nutzung spezieller **Kampagnenkonzepte**.²³ Bei Mangel an qualifizierten Bewerber_innen mit Migrationshintergrund können spezielle Angebote zur Ausbildungsbefähigung marginalisierter Gruppen geschaffen werden.²⁴

²² Stadtrat Leipzig Beschlussnr. RBIV-1206/08/

²³ Das Land Berlin hat beispielsweise zu diesem Zwecke die Kampagne „Berlin braucht dich“ entwickelt, die sich speziell an Schüler_innen mit Migrationshintergrund richtet.

²⁴ In gewissem Sinne bildet eine solche Maßnahme ein notwendiges Gegenstück zu dem an sich begrüßenswerten JOBSTARTER-Projekt AULA (www.aula-leipzig.de), bei dem



Zusammenleben im Gemeinwesen

Im sozialen Nahraum entscheidet sich, ob zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund ein Klima der Wertschätzung und des Respekts herrscht und dadurch Konfliktminimierung bzw. zivile Konfliktaushandlung und fairer Interessenausgleich möglich sind.

So schätzt z.B. das **Begegnungszentrum Mühlstraße in Reudnitz** ein: „Wir arbeiten nicht zielgruppenspezifisch, das große Ziel ist: jeder soll sich angesprochen fühlen. Das Interkulturelle, Generationsübergreifende ist über die Jahre hinweg zur Selbstverständlichkeit geworden und spiegelt sich in den Besuchern unserer Veranstaltungen wider. So kommt es zur guten kulturellen und altersmäßigen Durchmischung, in angenehmer friedlicher Atmosphäre, z.B. Fotokurse, Tanzfest International, Familiensonntage. Migranten kommen ohne Hemmungen ins Haus, erkundigen sich nach Angeboten.“



Städtisches Handeln muss **Rahmenbedingungen für Begegnung, Austausch und Partizipation** schaffen, die durch Niedrigschwelligkeit, Anlassbezogenheit und Bedürfnisorientierung gekennzeichnet sind. Besonders bei der Förderung von „interkulturellen“ Projekten ist darauf zu achten, dass die Träger der sozialen Arbeit keine kulturdifferenzialistischen Ansätze verfolgen, die Klient_innen auf eine jeweilige „andere“ Kultur(-identität) reduzieren. Solcherlei Ansätze bergen die Gefahr vermeintliche „Kulturdifferenzen“ zuzuschreiben und zu verfestigen. Ausgrenzung durch die Markierung einer „Andersartigkeit“ wird so potenziell verschärft, statt überwunden.²⁵ Die Unterstützung migrantischer Selbstorganisation, die sich vor allem mit der Bewältigung der Lebenswelt hier vor Ort auseinandersetzt, kann in diesem Sinne einen maßgeblichen Beitrag leisten und muss daher von städtischer Seite besonders unterstützt werden.

Auf dem Leipziger Osten liegt aufgrund des hohen Anteils an migrantischer Wohnbevölkerung zu recht ein besonderes Augenmerk kommunalen Planens und Handelns: Seit Jahren fließen finanzielle und strukturelle Mittel, vor allem über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und wurden auf der Grundlage eines integrierten Handlungskonzepts²⁶ zahlreiche Entwicklungsprojekte vorangetrieben, einige davon mit nachhaltigem Erfolg für die Integration und das Empowerment von Migrant_innen.

Unternehmer_innen mit Migrationshintergrund dazu befähigt werden sollen, Ausbildungsplätze anzubieten. Hierbei fällt jedoch die Markierung der Projektbeteiligten als „ausländische Unternehmen“ negativ auf, geht es doch in erster Linie um zugewanderte Leipziger_innen. Darüber hinaus muss im Sinne einer nachhaltigen Integration gerade die Ausbildungsbefähigung für Ausbildungsplätze außerhalb klassischer „migrantischer Ökonomien“ in den Blick genommen werden.

²⁵ Siehe: Hamburger 2007, auch Sen 2007.

²⁶ Siehe: <http://www.leipziger-osten.de/content/leipziger-osten/handlungskonzept>.

Punkt 8 des Aktionsplans der Städtekoalition fordert die Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung durch Bildung und Erziehung, insbesondere durch die Herstellung gleicher Bildungs- und Erziehungschancen. Hierzu sind Unterstützungsstrukturen für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund im Kita- und Schulbereich weiter auszubauen. Im Leipziger Osten sind in diesem Sinne bereits erfolgreich Projekte im Kinder- und Jugendbereich durchgeführt worden.

Das Projekt **„Kitas im Blick – Kindertagesstätten als offene Kommunikationszentren im Gemeinwesen“**²⁷ (2004-2007) legte unter anderem einen besonderen Schwerpunkt auf interkulturelle und nachbarschaftliche Begegnungsangebote, die gemeinsam mit den im Stadtteil vertretenen Vereinen und Initiativen organisiert wurden.



Seit 2009 wird unter Federführung des Jugendamtes der Beschluss **„Qualitätssicherung in Kindertagesstätten – Maßnahmen zur Verstärkung der Integration von Kindern mit Migrationshintergrund“**²⁸ umgesetzt. In derzeit acht kommunalen Kindertagesstätten mit einem Migrant_innenanteil von über 25% sind Sprach- und Kulturmittler_innen im Einsatz, die zwischen den Erzieher_innen, Kindern und deren Eltern vermittelnd tätig sind. Insbesondere in der Eingewöhnungsphase der Kinder in der Kita soll das Projekt einen niedrighschwelligigen Zugang zur Kita-Bildung für migrantische Familien schaffen. Das Modell-Projekt wird durch die HTWK begleitend evaluiert.

Zu nennen sind weiterhin vor allem das **„Integrationsprojekt Dialog“**²⁹ (2003-2007) welches die Stärkung der Identifikation der ausländischen Mitbürger_innen, insbesondere aus der GUS, Vietnam und dem Irak, mit ihrem Stadtteil durch Partizipation und die Förderung von Sozialkontakten, durch Beteiligung an der Entwicklung des Gemeinwesens, unter verstärkter Beachtung ihrer Belange zum Ziel hatte. Es setzte damit erfolgreich die Arbeit des Vorgängerprojektes **„Interkulturelles Kontaktbüro“**³⁰ fort.

Der jüngst gegründete **„Verein Internationaler Frauen“** vereint Frauen mit und ohne Migrationshintergrund im Wirken um ein integrationsfreundliches Klima im Stadtteil und vermittelt in migrantische Lebenswelten.

Der Zuzug von Zuwanderer_innen nach Leipzig steigt weiter, migrantische Lebenswelten werden auch in anderen Stadtteilen Leipzigs zunehmend erlebbar. Die Ergebnisse und Erfahrungen der Integrationsarbeit im Leipziger Osten sollten deshalb sorgfältig evaluiert und „best practices“ auf andere Stadtteile übertragen werden.

²⁷ Siehe: <http://www.leipziger-osten.de/content/projekte/uebersicht-projekte/kitas-im-blick>.

²⁸ Siehe: Stadtrat Leipzig DS IV/3923.

²⁹ Siehe:

<http://www.leipziger-osten.de/content/projekte/uebersicht-projekte/integrationsprojekt-dialog>.

³⁰ Siehe:

<http://www.leipziger-osten.de/content/projekte/uebersicht-projekte/interkulturelles-kontaktbuero>.

Stärken stärken



Die vorhandenen Beratungsstrukturen für Migrant_innen müssen weiter qualifiziert und ausgebaut werden, unter anderem mit den folgenden Schwerpunkten:

- Motivationskurse zur Teilnahme an zertifizierten Integrations- und Sprachkursen
- Hilfen bei Wohnungs- und Arbeitssuche, Ämterverkehr, Gesundheitsvorsorge
- Hilfen bei Fällen von Diskriminierung und Fällen rassistischer Gewalt
- Projekte der Begegnung und des Austauschs zwischen Leipziger_innen mit und ohne Migrationshintergrund³¹
- Empowermenttrainings für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund und deren Eltern³²

³¹ Bspw. Bunte Gärten (Brückenschlag e.V.). Eine weitere, in anderen Städten erfolgreich praktizierte Idee der „Integrationspatenschaften“ wird in Leipzig unserer Kenntnis nach bislang nicht umgesetzt.

³² Unter anderem umgesetzt durch das Projekt 3-2-1-Mut des IAF e.V. (<http://www.3-2-1-mut.de>) und „Große Brüder in Verantwortung“ des Stadtpfadfinder e.V.



d) Institutionellen Rassismus zurückdrängen

Ausgehend von der Analyse zu strukturellem und institutionellem Rassismus in Leipzig im Rahmen dieses Handlungskonzeptes³³ gilt es für ein Empowerment marginalisierter Gruppen, Formen ebensolcher Diskriminierung zurück zu drängen. Die Stadt Leipzig hat mit ihrem Beitritt zur **Städtekoalition gegen Rassismus** und dem damit verbundenen 10-Punkte-Aktionsplan dahingehend eindeutig ihren Willen erklärt. Der Aktionsplan benennt verschiedene Richtlinien und vielfältige Maßnahmen, um rassistischer Diskriminierung auf verschiedenen Ebenen entgegen zu wirken und die Chancengleichheit marginalisierter Gruppen zu ermöglichen. Im Sinne einer Auseinandersetzung mit institutioneller und struktureller Diskriminierung ist die Stadt entsprechend dieser Richtlinien dabei nicht nur gefragt, Empfehlungen gegenüber städtischen und privaten Einrichtungen und Betrieben auszusprechen, sondern auch selbst nachhaltige Maßnahmen zu ergreifen.

1. Strukturellem / institutionellem Rassismus offen thematisieren

Um ein Klima der Weltoffenheit und Toleranz in Leipzig zu schaffen und so einen wesentlichen Beitrag zur Integration von Migrant_innen zu leisten, ist es zunächst erforderlich, alle Ebenen rassistischer Diskriminierung in das Blickfeld der öffentlichen Auseinandersetzung zu rücken. Dahingehend muss entsprechend des 10-Punkte-Plans der Städtekoalition in möglichst vielen Institutionen und Organisationen eine offene Thematisierung von Rassismus sowie der verschiedenen Wirkungsebenen und Effekte rassistischer Diskriminierung stattfinden. Im Sinne einer tief greifenden und nachhaltigen Antidiskriminierungsarbeit und Integrationsförderung sollte diesbezüglich der Bereich der strukturellen bzw. institutionellen Diskriminierung neben der Beschäftigung mit Neonazismus und Alltagsrassismus verstärkt Beachtung finden. Gerade in diesem Feld besitzt die Stadt Leipzig diverse direkte Interventionsmöglichkeiten. Bisherige Maßnahmen der Stadt zur Thematisierung von Rassismus, wie sie im Rahmen verschiedener Veranstaltungen bereits verwirklicht wurden, müssen ausgebaut und ergänzt werden.



Einmal pro Jahr veranstaltet die Stadt Leipzig die „**Internationale Wochen gegen Rassismus**“ unter dem Motto „toLEranz - Vielfalt als Chance“. Rassismus wird dabei in zahlreichen Veranstaltungen als „gemeinsames Problem“ thematisiert, dass es anzupacken gilt.³⁴

Jeweils im Herbst finden in Leipzig die „**Interkulturelle Wochen**“ statt, bei denen ebenfalls Rassismus und interkulturelle Kommunikation in zahlreichen Veranstaltungen im Vordergrund



³³ Siehe: Teil I – „Struktureller und institutioneller Rassismus in Leipzig“.

³⁴ Siehe: <http://www.leipzig.de/de/buerger/service/angebote/migranten/kultur/iwgr>

2. Antidiskriminierung und Mainstreaming von marginalisierten Gruppen

stehen.

Öffentlichkeitsarbeit gegen Diskriminierung sowie Unterstützung für Betroffene leisten unter anderem das Referat für Migration und Integration der Stadt, die Opferberatungsstelle der RAA Leipzig und das Antidiskriminierungsbüro (ADB).

2. Die städtische Situation im Hinblick auf strukturellen / institutionellen Rassismus evaluieren

Um adäquate, stadtspezifische Maßnahmen und Empfehlungen im Hinblick auf den strukturellen/institutionellen Rassismus ergreifen zu können, ist es unerlässlich, zunächst die Situation in Leipzig zu evaluieren. Bisherige (Forschungs-)Ergebnisse zur Spezifik Leipzigs beschränken sich allerdings auf einige wenige Erhebungen wie die Zusammenstellung der Beratungsfälle durch ADB und RAA aus den Jahren 2007³⁵ und 2009³⁶ oder die qualitative sozialwissenschaftliche Untersuchung von Helena Flam.³⁷



Für eine grundlegende und präzise Bewertung der Sachlage und der daran anknüpfenden Schritte zur Bewältigung und Überwindung diskriminierender Handlungsweisen ist allerdings eine umfassende Datenanalyse zwingend erforderlich.³⁸

Gerade den Bereichen diskriminierender Praxen, aus denen sich weiterführende exkludierende Effekte für die Betroffenenengruppe ergeben (z.B. Bildung, Ausbildung, Beschäftigung), muss genaueste Betrachtung geschenkt werden, um den Resultaten angemessene und zielgerichtete Maßnahmen und Empfehlungen gegenüber Institutionen, städtischen Firmen, usw. aussprechen zu können und so maßgeblich zu Chancengleichheit der marginalisierten Gruppen beizutragen.³⁹ Beispielhaft für ein solches Vorhaben wäre eine Mehrebenenanalyse zur Schulsituation von Kindern mit Migrationshintergrund oder eine Erhebung zur wirtschaftlichen Situation von Migrant_innen in Leipzig.⁴⁰ Dahingehend sollte eine Zusammenarbeit mit ausgewiesenen Forschungseinrichtungen der Stadt Leipzig angestrebt werden.

Institutionelle Gegebenheiten (sprachlich, baulich, Verfahrensabläufe) sollten

³⁵ Siehe: ADB Sachsen/RAA Sachsen 2007.

³⁶ Siehe: ADB Sachsen 2009. Angemerkt sei hierbei, dass diese Erhebung nicht nur Fälle rassistischer Diskriminierung betrachtet, sondern alle Fälle von Diskriminierung einbezieht.

³⁷ Diese Studie bezieht sich nicht allein auf die Situation in Leipzig bzw. Sachsen, sondern es werden ebenfalls rechtliche Bestimmungen in Bayern und Berlin sowie Experteninterviews aus Augsburg und Berlin analysiert. Siehe: Flam 2007.

³⁸ Siehe hierzu auch Punkt 2 des 10-Punkte-Plans der europäischen Städtekoalition gegen Rassismus (dokumentiert im Anhang dieses Handlungskonzepts) sowie die darauf aufbauende Einschätzung der bisherigen Maßnahmen der Stadt Leipzig von Seiten der Verwaltung (DS IV/2844).

³⁹ Ebd.

⁴⁰ Siehe hierzu auch Punkt 8 des 10-Punkte-Plans der europäischen Städtekoalition gegen Rassismus.

daher intensiv auf die ihnen inhärenten diskriminierenden Wirkungen, die sich beispielsweise in ausschließenden Strukturen oder Zugangsbarrieren äußern können, hin untersucht werden. Gleichzeitig sollten Daten und Statistiken zu den individuellen Erfahrungen institutioneller Diskriminierung gesammelt und analysiert werden (z.B. über Beratungsstellen, MigrantInnenbeirat und anonyme Bürger_innenbefragungen). Auf dieser Grundlage können und müssen dann konkrete stadtspezifische Maßnahmen und Empfehlungen entwickelt werden.

3. Diskriminierung bekämpfen, Chancengleichheit befördern

Neben der Identifizierung und Thematisierung von rassistischen Handlungs- und Wirkungsweisen sind entsprechende Maßnahmen und Empfehlungen in den verschiedenen Bereichen zu ergreifen, in denen diskriminierende Praktiken wirksam werden. Diesbezüglich müssen zum einen entsprechende Vorkehrungen getroffen werden, um institutioneller und struktureller Diskriminierung vorzubeugen. Zum anderen müssen Verfahrensweisen für den Umgang mit Diskriminierungsfällen und die Beseitigung diskriminierender Strukturen und institutionellen Gegebenheiten entwickelt werden. Im Vorfeld der Umsetzung des 10-Punkte-Plans der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus hat die Stadt bereits vielfältige und weitreichende Regelungen getroffen, die allerdings ausgebaut und erweitert werden müssen, damit die Nachhaltigkeit und Kontinuität der Antidiskriminierungsarbeit gewährleistet ist. Möglichkeiten der Intervention sind dahingehend:

Betroffene von Diskriminierung unterstützen

Für die Möglichkeit der Einreichung von Beschwerden bezüglich diskriminierendem Verhalten in Institutionen und Organisationen existieren bereits mehrere Stellen (Referat für Migration und Integration, ADB, RAA).

Im März 2007 verabschiedete der Oberbürgermeister eine Dienstanweisung mit dem Titel „Benennung der *Beschwerdestelle der Stadtverwaltung Leipzig* einschließlich der Eigenbetriebe im Falle einer Benachteiligung aufgrund eines Diskriminierungsmerkmals nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz“. Benannt wird darin die die Stelle des Amtsjuristen des Personalamtes. Die Stadtverwaltung wird dabei insbesondere in die Verantwortung genommen, Beschwerden gegenüber Mitarbeiter_innen wahrzunehmen. Mitarbeiter_innen, sowie Klient_innen der Stadtverwaltung sind durch entsprechende Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit über ihr Beschwerderecht umfassend zu informieren. In diesem Sinne wäre die Schaffung einer tatsächlichen *Beschwerdestelle*, einer Ombudsperson bei der Stadt, die Unterstützungs- und Aufklärungsarbeit gegen Diskriminierung leistet, wünschenswert.



2. Antidiskriminierung und Mainstreaming von marginalisierten Gruppen



Hierbei sollte allerdings zusätzlich ein intensiverer Austausch (v.a. auch zu Beratungsschwerpunkten) zwischen den verschiedenen Stellen stattfinden, um die Situation in Leipzig umfassend evaluieren und individuelle Fallkonstellation sachgerecht behandeln zu können.



Die Beratungs- und Unterstützungsangebote für Diskriminierungsopfer durch freie Träger, wie zum Beispiel dem Antidiskriminierungsbüro e.V., bedürfen unbedingt **institutioneller Förderung** um ihre Arbeit dauerhaft und qualitativ zu gewährleisten.⁴¹ Die Stadt ist aufgefordert hier zusätzliche Mittel bereit zu stellen.

Die Stadt als Förderin gleicher Chancen



- Der Migrant_innenbeirat als kommunales **Beratungsgremium** kann helfen, Fälle von strukturellem/institutionellem Rassismus zu identifizieren und vorbeugender Maßnahmen zu entwickeln.
- **Sensibilisierungs- und Fortbildungsmaßnahmen** für *Angestellte* in der städtischen Verwaltung, Betrieben und Bildungseinrichtungen sollten regelmäßig und umfassend durchgeführt werden. *Kindern und Jugendlichen* in städtischen Bildungseinrichtungen müssen verstärkt und regelmäßig Lehrinhalte aus Antidiskriminierungs- und Diversity-Pädagogik vermittelt werden.⁴²
- Strukturelle Diskriminierungen in **Schulen und städtischen Ausbildungsbetrieben** müssen identifiziert und durch entsprechende Maßnahmen bekämpft werden.⁴³
- Die Stadt als Arbeitgeberin muss von **Disziplinarmaßnahmen** gegenüber Mitarbeiter_innen der Stadtverwaltung, die sich rassistischer Handlungsweisen schuldig gemacht haben, Gebrauch machen (z.B. in Form der Verpflichtung zum Besuch entsprechender Schulungen und Seminare).
- In sämtlichen Verträgen der Stadt, beispielsweise die Vergabe öffentlicher Aufträge und Lizenzen betreffend, mit ortsansässigen Firmen sollten **Antidiskriminierungsbestimmungen** implementiert werden, um den Gleichbehandlungsgrundsatz durch diesen symbolischen politischen Akt über die städtischen Beschäftigten hinaus zu verankern und so zu dessen Realisierung beizutragen.

⁴¹ Siehe hierzu auch die Einschätzung zu bisherigen Maßnahmen der Stadt Leipzig entsprechend der Vorgaben des 10-Punkte-Plans der Städtekoalition.

⁴² Siehe: Teil II – 2b) „Aufklärung und Sensibilisierung gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit“.

⁴³ Siehe: Teil I – „Institutioneller und struktureller Rassismus in Leipzig“.

- Es wird angeregt, eine **öffentliche Auszeichnung** der Stadt Leipzig für Unternehmen durch zu schaffen, die sich aktiv gegen strukturellen Rassismus engagieren (z.B. über den Erlass von Antidiskriminierungsregeln in ihren Betrieben oder die Einrichtung entsprechender Beschwerdestellen und Beiräte).

Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt bekämpfen

Migrant_innen – so der klare Tenor einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW, Berlin) – sind auf dem Wohnungsmarkt schon allein deshalb benachteiligt, weil sie Migrant_innen sind.⁴⁴ Mit Punkt 7 des 10-Punkte-Aktionsplans der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus hat sich die Stadt Leipzig zur Förderung von Chancengleichheit für Migrant_innen auf dem Wohnungsmarkt bekannt. Konkret sollen Maßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierung bei Vermittlung und Verkauf von Wohnungen entwickelt werden. **Chancengleichheit auf dem Wohnungsmarkt** wirkt darüber hinaus auch einer sozialräumlichen Separierung und Segregierung entgegen. Notwendig sind solche Anstrengungen in Leipzig weniger aufgrund von Wohnraumknappheit, die tendenziell in ihrer ökonomischen Situation schlechter gestellte Migrant_innen strukturell benachteiligt. Vielmehr erscheinen Vorurteile und rassistische Einstellungsmuster bei den Wohnraum vermittelnden Akteuren als Problemursache.⁴⁵

- Das **Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG)**, welches seit August 2006 in Kraft ist, bietet von Diskriminierung Betroffenen die Möglichkeit, sich über den Klageweg gegen die Ungleichbehandlung zu wehren. Da die Hürden für diesen Weg aber unter anderem wegen der schwierigen Beweislage recht hoch liegen, ist Diskriminierung in diesem Feld vorrangig durch präventive Maßnahmen zu begegnen.⁴⁶
- Zur Prävention sind **Sensibilisierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen** für Mitarbeiter_innen von Wohnungsgesellschaften, sowie Mieter- und Vermieterorganisationen zu stärken.⁴⁷



⁴⁴ Siehe: Clark / Drever 2001.

⁴⁵ Die Opferberatung der RAA Leipzig sowie das Antidiskriminierungsbürodokumentieren seit Jahren Fälle von Diskriminierung von Migrant_innen bei der Wohnungssuche in Leipzig.

⁴⁶ Zu Antidiskriminierungsbestimmungen am Wohnungsmarkt siehe die Grundsatzentscheidung des OLG Köln und eine Pressemitteilung der Stiftung „Leben ohne Rassismus“ dazu vom 19.01.2010, online verfügbar unter http://www.nrwgegendiskriminierung.de/de/docs/pdf/PM_LoRa_Fall_Aachen_19_01_2010.pdf (24.01.2010).

⁴⁷ Siehe Teil II –2b) „Aufklärung und Sensibilisierung gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit“.

2. Antidiskriminierung und Mainstreaming von marginalisierten Gruppen

- Für den Leipziger Wohnungsmarkt sind **Leitlinien oder Verhaltenskodizes** für städtische und private Unternehmen zu entwickeln, die auf dem Immobilienmarkt tätig sind. Für private Unternehmen sind zur freiwilligen Verpflichtung zur Einhaltung solcher Leitlinien geeignete Anreizstrukturen durch die Stadt zu schaffen. So basiert die Praxis der LWB, von ausländischen Wohnungssuchenden einen Aufenthaltsnachweis zu verlangen, auf keiner gesetzlichen Vorschrift und ist auch mit der Begründung einer höheren Vertragssicherheit nicht zu rechtfertigen.⁴⁸
- Die vorhandenen **Unterstützungsstrukturen** für Personen, die bei der Suche nach Wohnungen von Diskriminierung betroffen sind, müssen ausgebaut werden.



Das Referat für Migration und Integration hat im März 2009 einen **Wegweiser „Rund ums Wohnen in Leipzig“** für Mieter_innen mit Migrationshintergrund in verschiedenen Sprachen veröffentlicht. Der Wegweiser enthält Informationen zu Vorschriften, Rechten und Pflichten im Rahmen eines Mietverhältnisses.

Unterstützungsarbeit für Betroffene von Diskriminierung bei der Wohnungssuche leistet unter anderem das **Antidiskriminierungsbüro e.V.** mit Aufklärungsarbeit über die Rechte durch das AGG, sowie Dokumentation und Beratung in Diskriminierungsfällen.

4. Menschenwürdige Unterbringung von Asylbewerber_innen

Der Beschluss zur Zusammenlegung und Standortverlagerung der Asylbewerber_innenunterkünfte stellte 2009 ein anschauliches Beispiel für die institutionelle Diskriminierung im städtischen Kontext dar. Aus der bereits erwähnten Kritik verschiedener politischer Akteure ergeben sich im Sinne einer konsequenten Realisierung von Antidiskriminierungsbestimmungen gemäß des Leitbildes der Stadt und den Zielen von Weltoffenheit, Vielfaltigkeit und Toleranz die folgenden Handlungsempfehlungen für die Stadtpolitik:



- Zum einen ist eine genaue Überprüfung und **Reflexion der Prämissen**, die kommunalem Handeln zugrunde liegen, im Hinblick auf rassistische und diskriminierende Zuschreibungen zwingend erforderlich. Daraus ergibt sich ein **Ausschluss von Zuschreibungen** bei der Einschätzung von Sachständen und Begründung von Beschlüssen, die Flüchtlinge und Asylbewerber_innen betreffen – und dies sollte stets das Ziel der Stadtpolitik sein.

⁴⁸ Siehe: Teil I – „Rassistische Alltagsdiskriminierung und andere Formen von Diskriminierung in Leipzig“. Eine solche Praxis institutioneller Diskriminierung muss im Rahmen entsprechender Leitlinien abgeschafft werden.

- **Humanitäre Grundsätze sollten gegenüber ökonomischen Erwägungen** sowohl bei der Wahl des Standortes einer Asylbewerber_innenunterkunft als auch bei deren Ausstattung **den Vorrang haben**. Hier müssen auch die Betroffenen angemessen einbezogen oder wenigstens gehört werden. Die Möglichkeiten von dezentraler Unterbringung für Asylbewerber_innen – wie sie partiell auch schon realisiert wurden – sollten maximal ausgeschöpft werden. Konzepte von Städten wie Lüneburg oder Berlin sind hierfür exemplarisch. Dazu ist freilich der politische Wille der Stadtvertreter_innen erforderlich, die gesetzlichen Grundlagen auszuschöpfen bzw. sich gegenüber dem Freistaat für deren Verbesserung einzusetzen.



3 Für eine demokratische Vielfalt

a) Demokratische Beteiligung ausbauen

Eine breite Verständigung über gemeinsam geteilte, positive Wertegrundlagen ist zur Gestaltung einer lebenswerten Stadtgesellschaft zwingend notwendig. Dieses Handlungskonzept benennt in Abgrenzung zu Neonazismus und Ideologien der Ungleichwertigkeit mit „Vielfalt“ und „Demokratie“ Eckpunkte solcher gemeinschaftlich geteilten Wertegrundlagen. Im Rahmen einer Verständigung müssen Begriffe wie Demokratie jedoch nicht nur benannt, sondern vor allem auch inhaltlich gefüllt werden. Die Ausprägung lokaler politischer Kultur¹ und die Möglichkeiten politischer Beteiligung der Bürger_innen sind dabei von entscheidender Bedeutung für die nachhaltige Etablierung und Festigung einer demokratischen Stadtkultur. Demokratie sollte sich selbstverständlich für die Bürger_innen nicht nur darauf beschränken, alle paar Jahre ein Kreuz bei einer Wahl zu machen. Insbesondere auf kommunaler Ebene existieren darüber hinaus zahlreiche Möglichkeiten die Legitimität des demokratischen Prozesses auf der Beteiligungsseite zu erhöhen. In einer Kommune in der die Menschen Demokratie als eine alltägliche, gute Praxis erleben, haben Neonazismus und Ideologien der Ungleichwertigkeit weniger Chancen.

Demokratie als Austragungsform von Konflikten in einer pluralistischen Gesellschaft

Die lokale politische Kultur ist entscheidend für die Rahmung von Problemen wie Neonazismus und Ungleichwertigkeitsideologien innerhalb der Leipziger Stadtgesellschaft.² Eine Ausprägung der politischen Kultur, die eher durch das „Ideal einer konfliktlosen Gemeinschaft“ geprägt ist³, ist dabei einer offensiven Auseinanderset-

¹ Die lokale politische Kultur bezeichnet im weitesten Sinne die Verteilung aller Einstellungen bezüglich politischer Fragestellungen innerhalb der Stadtgesellschaft. Wesentlich ist dabei die Frage nach der Präferenz für eine „demokratische Ordnung“, und was genau darunter verstanden wird.

² Siehe: Strobl / Würtz / Klemm 2003, S. 161ff.

³ Im Juli 2009 verfassten zahlreiche Leipziger_innen in wichtigen Positionen der freien Wirtschaft einen offenen Brief an die Mitglieder des Stadtrates. In diesem Brief fordern sie, dass in der Stadtpolitik „Gemeinwohl vor Parteiinteresse“ gehen müsse, um Leipzig im Wettbewerb der

3. Für eine demokratische Vielfalt

zung mit den benannten Problemlagen eher abträglich. Eine politische Kultur, die gesellschaftliche Auseinandersetzungen auf die Herstellung von „überparteilichem Konsens“ und Handeln auf Basis einer imaginierten „Sachlogik“ reduziert, anstatt politische Streitfragen auch politisch auszutragen, läuft Gefahr ihre demokratische Legitimation zu entwerten; Politik- und Demokratieverdrossenheit als Folge inbegriffen. In einem solchen politischen Klima werden Problemlagen wie Neonazismus und Rassismus eher als Störung von „Ruhe und Ordnung“, als „Jugendproblem“ oder schlicht als „unpolitische Gewalt“ wahrgenommen. Sie werden in einen eher unpolitischen Rahmen abgeschoben und nicht mehr politisch, sondern ordnungsrechtlich angegangen.

Nach Einschätzung vergleichender Studien zum Umgang von Stadtgesellschaften mit Neonazismus trägt die lokale politische Kultur in entscheidendem Maße dazu bei, Akteure zu ermutigen bzw. zu verunsichern, sich demokratisch zu engagieren. Kommunen, in denen „Sachzwänge“ und die Herstellung von „überparteilichem Konsens“ die Lokalpolitik dominieren, haben Probleme, ihre Bürger_innen zu einen öffentlichen Demokratiebekenntnis zu motivieren.⁴ Kommunen, in denen politische Konflikte tatsächlich im demokratischen Streit öffentlich ausgetragen werden, gelingt es eher, neonazistischen Tendenzen demokratisches zivilgesellschaftliches Engagement entgegen zu setzen.⁵



Im Sinne dieses Handlungskonzepts sollten deshalb die kommunal agierenden politischen Akteure eine lokale politische Kultur befördern, die eine konfliktfähige, demokratische Kultur einschließt. Dies kann insbesondere unterstützt werden durch:

1. Äußerungen und Verhalten von Lokalpolitiker_innen und anderen Personen mit markanten öffentlichen Sprecherpositionen⁶
2. eine pluralistische lokale Medienlandschaft, die die Vielfalt des demokratischen Meinungsspektrums angemessen widerspiegelt und die Neonazismus

Standorte wieder auf die „Überholspur“ zu bringen. Dazu seien „konstruktives Miteinander“ und die Überwindung von „bürokratischen Sichtweisen“ und „politischem Lagerdenken“ nötig. In einem äußerst wirtschaftsliberalen Duktus werden in diesem Brief originär politische Streits von Seiten eines Partikularinteresses auf angebliche Sachentscheidungen im Sinne eines angeblichen „Gemeinwohls“ reduziert. Aus demokratiethoretischer Sicht ist dies eine äußerst bedenkliche Haltung. Siehe dazu: http://www.lvz-online.de/download/content/090720_offenerbrief.pdf und <http://www.diffusionen.de/2009/07/23/welches-gemeinwohl-bitte>.

⁴ „Das Vermeiden von Wertedebatten im Kontext rechtsextremer Entwicklungen [kann] dazu führen, dass sich in einem lokalen Raum Lebensweisen, Einstellungen und Meinungen unwidersprochen etablieren und ausbreiten, obwohl das von den institutionellen Akteuren keineswegs gewollt war.“ (Strobl / Würtz / Klemm 2003, S. 166).

⁵ Siehe: Strobl / Würtz / Klemm 2003, S. 161; ähnlich: Hafener / Schönfelder 2007, S. 139 ff.

⁶ Siehe: Teil II – 1b) „Symbolische Politik“.

und Ideologien der Ungleichwertigkeit politisch problematisiert.

3. den Ausbau partizipativer Demokratie

Partizipative Demokratie erweitern

Demokratische Gemeinwesen können durch die Stärkung und den Ausbau einer Partizipationskultur unter demokratischen Vorzeichen langfristig Vertrauen in die demokratische Praxis und deren Wertgrundlagen festigen. Maßnahmen dürfen dabei nicht auf Politik-Spiele mit Jugendlichen beschränkt bleiben. Stattdessen braucht es echte Teilhabe mit wirklichen Entscheidungsspielräumen für die Bürger_innen.⁷

Bestehende Ansätze und künftige Entwicklungsmöglichkeiten von Bürgerbeteiligungsformen und -instrumenten können im Rahmen dieses Handlungskonzepts lediglich kurz skizziert werden. Die kommunalpolitischen Akteure sind aufgefordert, in Zusammenarbeit mit den Bürger_innen **mittelfristig Evaluationen** von in Leipzig praktizierten Beteiligungsstrukturen vorzunehmen und **langfristig Konzepte** zu deren Ausbau zu entwickeln.



Mit dem im Mai 2005 veröffentlichten „**Statusreport zur Lokalen Demokratiebilanz**“⁸ hat die Stadt Leipzig diesbezüglich bereits eine umfangreiche Grundlage geschaffen.



Im Folgenden werden Anforderungen und Anregungen zum Ausbau demokratischer Beteiligungsstrukturen skizziert.

Qualitätsanforderungen

Beteiligungsprozesse sind kein Selbstzweck. Grundanliegen der Bürgerbeteiligung besteht darin, die Legitimation in gesellschaftlichen Entscheidungs- und Verhandlungsprozessen auf eine möglichst breite Basis zu stellen. Für die Qualität der Verfahren ist entscheidend, wie gut es gelingt Sach- und Wissensfragen, sowie unterschiedliche Interessenlagen angemessen zusammen zu bringen. An den Ausbau demokratischer Beteiligungsstrukturen knüpfen sich aus Sicht des Handlungskonzeptes folgende Forderungen:

1. Damit echte Beteiligung möglich wird, müssen im Rahmen diskursiver Beteiligungsverfahren die einzelnen Verfahrensschritte, sowie jeweiligen Rollen der

⁷ Siehe: Korgel 2009, S. 256.

⁸ Siehe: http://www.leipzig.de/imperia/md/content/01-2_medien_kommunikation_stadtbuero/status_anhang.pdf

3. Für eine demokratische Vielfalt

Akteure (z.B. Bürger, Vertreter_innen von Interessengruppen, Expert_innen) so transparent wie möglich sein. Vorweg muss genau geklärt werden, welche Personen in welcher Phase des Verfahrens in welcher Rolle teilnehmen und welche Rechte und Pflichten sich daraus jeweils ergeben. Machtasymmetrien zwischen Akteuren müssen in der Verfahrensarchitektur unter dem Ziel der Herstellung demokratischer Legitimität Berücksichtigung finden.⁹

2. Bei der Entwicklung von Beteiligungsverfahren muss sichergestellt werden, dass diese nicht für neonazistische Interessen instrumentalisierbar sind. Im Rahmen einer pluralistischen *demokratischen* Kultur vertreten Neonazis kein legitimes, zu berücksichtigendes Interesse, weshalb ihre Mitwirkung an Beteiligungsverfahren grundsätzlich ausgeschlossen werden muss. Bei der Entwicklung von Verfahrensarchitekturen sind zu diesem Zwecke Erfahrungen aus anderen Kommunen zu berücksichtigen.¹⁰

Bürgerbegehren und Bürgerentscheid

Zur Erleichterung von Bürgerbegehren in Leipzig hat die Stadt das notwendige Quorum von gültigen Unterschriften der Bürger_innen im rechtlich maximal zulässigen Rahmen auf 5% herabgesenkt.¹¹ In der Vergangenheit haben die Leipziger_innen über die Verfahren Bürgerbegehren und Bürgerentscheid bereits erfolgreich Einfluss auf die Stadtpolitik nehmen können.¹² Kommunalpolitik und Stadtverwaltung sind angehalten den Einsatz von Bürgerbegehren und -Entscheid zu unterstützen. Die Kommunalverwaltung sollte insbesondere für rechtliche und Verfahrensaspekte beratend für die Bürger_innen zur Verfügung stehen.



Bürgerhaushalt

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Stadtrat hat bereits im März 2004 umfangreiche Informationen zu Fragen von Bürgerhaushalt und weiteren Beteiligungsverfahren vorgelegt.¹³ CDU, Grüne, SPD und DIE LINKE haben im April 2006 mit ei-

⁹ Mehr Informationen dazu unter: <http://www.buergergesellschaft.de/106117>.

¹⁰ Erfahrungswissen wurde diesbezüglich unter anderem im Berliner Bezirk Lichtenberg bei der Einführung des Bürgerhaushaltes gesammelt. Das Kulturbüro Sachsen e.V. hat in seiner Beratungstätigkeit für sächsische Kommunen ebenfalls Erfahrungswissen auf diesem Gebiet gesammelt.

¹¹ Siehe: §4 (1) Hauptsatzung Leipzig und §25 (1) SächsGemO.

¹² Beispielsweise hat das Bürgerbegehren „Stoppt den Ausverkauf unserer Stadt!“ mit dem Bürgerentscheid am 27. Januar 2008 den Verbleib der Stadtwerke in kommunaler Hand durchgesetzt. Siehe auch: <http://www.buergerbegehren-leipzig.de>.

¹³ Siehe: <http://www.gruene-fraktion-leipzig.de/fileadmin/dokumente/publikationen/buergerhaushalt.pdf>.



nem gemeinsamen Antrag die langfristige Entwicklung eines Bürgerhaushaltes unter Mitwirkung der Stadtbezirksbeiräte und Fachausschüsse gefordert.¹⁴ Der Prozess ist bei weitem nicht abgeschlossen und findet sich unter anderem immer wieder auf den Tagesordnungen der Stadtbezirksbeiräte wieder. Die Bemühungen zu einer für Leipzig einheitlichen Beschlussfassung zur Einführung von Bürgerhaushalten zu kommen, die echte Beteiligung ermöglicht sind fortzusetzen und zu intensivieren.



Weitere Partizipationsfelder

- **Meinungen einholen, Bürger_innen aktivieren:** Kommunalpolitik und -verwaltung sollten verstärkt Anreize, Methoden und Kommunikationsformen etablieren, um Bürger_innen zur Artikulation ihrer Meinung und zur konkreten Mitarbeit an zivilgesellschaftlichen Gestaltungsprozessen zu bewegen. Hierzu können verstärkt Methoden wie Aktivierende Befragungen¹⁵, Bürger-Panels, Open-Space-Foren und digital unterstützte Deliberationsverfahren (elektronische Demokratie) Anwendung finden.¹⁶
- **Planungsprozesse initiieren und gestaltend begleiten:** Beteiligungsmodelle wie Stadteiforen, Planungszellen oder Anwaltsplanung¹⁷ können dazu beitragen die Kluft zwischen bürgerschaftlicher Betroffenheit und administrativem Expertentum zu überbrücken, Beteiligung zu professionalisieren, und sie als wertvolle Ressource politischer Planungsprozesse fort zu entwickeln. Mit den Stadtbezirks- und Ortschaftsbeiräten existieren in Leipzig Gremien, die den lokalen Bedarf solcher Beteiligungsverfahren einschätzen und entsprechende Prozesse initiieren können
- **Schulen, Berufsschulen und Kindertagesstätten als Lernorte für demokratische Praxis:** Kinder und Jugendliche müssen an diesen Orten Unterstützung für Selbstwertgefühl und Konfliktregelungskompetenz erfahren.¹⁸ Dies schließt auch eine weitgehende Mitbestimmung bei der Ausgestaltung geltender Regeln an ihren Lernorten mit ein.¹⁹ Mit dem „Anerkennungsaudit“



¹⁴ Siehe: Stadtratsbeschluss RB IV-812/07.

¹⁵ Das Amt für Statistik und Wahlen der Stadt Leipzig führt seit 1991 Befragungen der Leipziger Bevölkerung durch mithilfe teil-geschlossener von Fragebögen durch. Aktivierende Befragungen können auf Stadtteilebene die Informationserhebung sinnvoll ergänzen und langfristig zu Partizipation anregen.

¹⁶ Siehe: <http://www.buergergesellschaft.de/106115>.

¹⁷ Siehe: <http://www.buergergesellschaft.de/106116>.

¹⁸ Positive Beispiele existieren hierbei bereits mit der Streitschlichter_innenausbildung und Peer Trainings an Leipziger Schulen.

¹⁹ Siehe: Korgel 2009, S. 260.

3. Für eine demokratische Vielfalt

steht ein praktisches Verfahren zur Entwicklung von Partizipations- und Anerkennungskulturen in pädagogischen Kontexten zur Verfügung²⁰, welches verstärkt Anwendung finden sollte.

²⁰ Siehe: Wenzel 2008, auch Sturzenhecker 2008.

b) Zivilgesellschaftliche Aktionen stärken

In Leipzig gibt es zwar durchaus eine vielfältige demokratische Zivilgesellschaft. Doch nach dem Ende der von Christian Worch organisierten Neonazi-Aufmärsche sind das Interesse am und die Aufmerksamkeit für das – keineswegs verschwundene – Neonazi-Problem seitens der zivilgesellschaftlichen Akteure mehrheitlich stark zurückgegangen. Die „Courage zeigen“-Konzerte am Völkerschlachtdenkmal etwa machten zuletzt eher durch organisatorische Probleme (bis hin zur Verlegung auf das alten Messegelände) und Gewalttaten im Umfeld (wie sich im Nachhinein herausstellte, gingen diese von Neonazis aus²¹) von sich reden.

Die Protestaktionen gegen die Eröffnung eines „Thor Steinar“-Ladens sowie die anfangs noch kleineren Aufmärsche der „Freien Kräfte Leipzig“ (FKL) gingen von dem zwar durchaus regen, aber am Ende eher kleinen und schließlich nach außen hin recht abgeschlossenen Ladenschluss-Bündnis aus. Von anderen Teilen der Zivilgesellschaft oder auch der offiziellen Politik wurden die Aktivitäten des Bündnisses (und die Anlässe dafür) höchstens wohlwollend ignoriert. Vertreter_innen des Ladenschluss-Bündnisses berichteten, dass ihnen mit der Zeit eine Entlastungsfunktion zugeschoben wurde. Ihrer Einschätzung nach verließen sich andere Akteure zunehmend darauf, dass sich das Ladenschluss-Bündnis schon um irgendeine Protestaktion kümmern werde. Bei einem Aufmarsch der FKL in Selberhausen/Schönefeld im Oktober 2008 beteiligten sich, zusätzlich zu einer vom Ladenschluss-Bündnis organisierten Gegen-Demonstration, wenigstens rund 80 Mitglieder von örtlichen Vereinen, Parteien und Kirchgemeinden an den Protesten. Nach der Eröffnung des NPD-Zentrums in Lindenau im November 2008 organisierte immerhin auch die dortige Bürgerinitiative zusammen mit anderen Akteuren mehrere Kundgebungen.

Die teilweise Kriminalisierung friedlicher Protestaktionen durch polizeiliche Maßnahmen sowie in der medialen Darstellung trug ebenfalls dazu bei, dass sich Bürger_innen jenseits einer kleinen Szene nur in einem geringen Maße an solchen Aktionen beteiligten.

All das wirkte sich nicht unbedingt positiv auf das Durchhaltevermögen der ehrenamtlich Engagierten aus. Insgesamt lässt sich konstatieren, dass sich die Zivilgesellschaft dem Neonazi-Problem nicht kontinuierlich genug widmete. Wenn sich irgendwo Protest gegen Neonazis regte, dann meist nur aufgrund eines aktuellen Anlasses (Tönsberg-Laden, NPD-Zentrum in der Odermannstraße, FKL-

²¹ Siehe: <http://www.chronikle.org/ereignis/zwanzig-vermummte-ueberfallen-nachtbus-besuchern-courage-konzerts> und <http://www.chronikle.org/ereignis/randale-courage-zeigen-konzert-anker>.

3. Für eine demokratische Vielfalt

Aufmärsche). Auch die Aktivist_innen des Ladenschluss-Bündnis bemängeln im Nachhinein, zuletzt vor allem ereignisbezogen und kaum mehr strategisch auf die Entwicklung im Neonazi-Spektrum regiert zu haben.

Infolge der sichtbaren Annäherung der FKL an die NPD und die u.a. auch dadurch ermöglichten Wahlerfolge für die Neonazis im Jahr 2009 ist die Zivilgesellschaft zuletzt aber wieder etwas aus ihrem Schlummer erwacht. Zur Verhinderung der ersten größeren Nazi-Demonstration in Leipzig „nach Worch“ am 17. Oktober 2009 – erstmals seit langem wieder langfristig beworben und auf einer nicht nur am Stadtrand entlang führenden Route geplant – fand sich ein breiter Vorbereitungskreis zusammen, dem es gelang, rund 2000 Gegendemonstrant_innen für Proteste zu mobilisieren.²² Auch viele Leipziger Politiker_innen beteiligten sich an der Blockade, bei der auf Know-how und Unterstützung aus Jena zurückgegriffen wurde.²³



Das Bündnis „17. Oktober“ bzw. „Leipzig nimmt Platz“ will auch nach dem erfolgreichen Protest weiter aktiv bleiben. Eine Besonderheit im Vergleich zu anderen großen Bündnissen dieser Art ist, dass der Koordinierungskreis zwar auch von der Stadt unterstützt wurde (in Gestalt der Fachstelle für Extremismus und Gewaltprävention), aber doch sehr eigenständig agiert hat. Trotz der im Vorfeld äußerst distanzierten bis diffamierenden Berichterstattung in der örtlichen Presse²⁴ kamen die Leipziger Bürger_innen (unterstützt von Besucher_innen aus anderen Städten) in großer Zahl zu der Protestaktion, um ihre Ablehnung der Neonazis zum Ausdruck zu bringen.



Eine wichtige Bedingung für diese Reaktivierung der Zivilgesellschaft war sicherlich, dass sich viele daran beteiligte Initiativen und Organisationen bereits durch den Lokalen Aktionsplan (LAP) oder die Zusammenarbeit bei gemeinsamen Projekten kannten. Ganz ohne Vernetzung und eine wie auch immer geartete Koordination – in diesem Fall maßgeblich initiiert durch das Netzwerk für Demokratie & Courage (NDC) – aktiviert sich eben auch keine Zivilgesellschaft. Daher ist auch die Stadt in der Verantwortung, diesen neu gewonnenen Schwung nach ihren Möglichkeiten zu unterstützen.

Dies gilt vor allem für kleine Bürgerinitiativen (BI), die es in weniger urbanen Stadtteilen wie Großschocher teilweise schwer haben, Unterstützung zu finden. Die dortige BI hat ihre Arbeit vorerst eingestellt. Ehemalige Mitglieder beklagen sich über Desinteresse der Bevölkerung, aber auch über eine geringe Kooperationsbereitschaft von Schulleiter_innen, Jugendklubs und anderen Akteuren, etwa bei der

²² Siehe: <http://leipzignimmtplatz.blogspot.de>.

²³ In Jena hat man aufgrund des mehrfach fort statt findenden neonazistischen „Fests der Völker“ viel Erfahrung mit solchen „Großereignissen“.

²⁴ Siehe bspw. den LVZ-Artikel „Behörde in Blockade-Plan involviert“ vom 24.09.2009.

Suche nach Räumen für Treffen oder Veranstaltungen. Über persönliche Beziehungen konnten die Mitglieder der BI Großschocher zwar einige Vorbehalte abbauen, trotzdem wurden ihnen immer wieder Steine in den Weg gelegt. Das langfristige Engagement auf lokaler, stadtteilbezogener Ebene ist nach ihrer Einschätzung aber trotzdem eine wichtige Voraussetzung, um Neonazis und Ungleichwertigkeitsvorstellungen zurückzudrängen

Nach diesem Motto agiert auch die BI „Buntes Reudnitz“, die sich als Reaktion auf die zeitweise hohe Präsenz von Mitgliedern der „Freien Kräfte Leipzig“ in ihrem Stadtteil (inklusive Überfällen, Bedrohungen und Demonstrationen) gegründet hat. Nachdem die dafür verantwortlichen Neonazis weggezogen sind, hat sich der akute Problemdruck hier verringert. Die BI ist trotzdem weiter aktiv, organisiert Kultur- und Aufklärungsveranstaltungen und engagiert sich für interkulturelle Projekte sowie Vernetzung im Stadtteil. Im Gegensatz zu Großschocher fällt es der BI im studentisch geprägten Reudnitz leichter, Mitglieder zu gewinnen. Zudem kooperiert die Bürgerinitiative eng mit anderen Vereinen und soziokulturellen Zentren.

Mit dieser kurzen Darstellung sollte nur angedeutet werden, wie unterschiedlich die Bedingungen aussehen, mit denen BIs und ähnliche Initiativen konfrontiert sind. Ebenso gut hätte der Fokus auf die wieder anders organisierten und mit anderen Problemen kämpfenden Bürgerinitiativen in Plagwitz/Lindenau („Miteinander Jetzt“) und in Grünau gerichtet werden können. Diese Vielfalt ist einerseits eine Stärke, andererseits muss konstatiert werden, dass es manche BIs leichter haben als andere und manche erfolgreicher agieren als andere. Trotzdem sind alle Vereine und Initiativen dieser Art wichtig, da sie Diskussionen und Vernetzungsprozessen im Stadtteil anregen und die Bürger_innen über sie eher erreicht werden können als über manch ein von oben bzw. außen initiiertes Großprojekt.



Bündnisse und Initiativen unterstützen²⁵

Die Stadt Leipzig muss dafür Sorge tragen, dass eine weithin informelle und spontane Zivilgesellschaft ihre Stärken wirklich ausspielen kann. Dazu gehört die – symbolische und materielle – Unterstützung von Bündnissen und Initiativen. Die Kommunalverwaltung muss sich in geeigneter Form in solchen Netzwerken engagieren bzw. den Kontakt zu ihnen halten.²⁶

²⁵ Anregungen dazu stammen – neben den durchgeführten Interviews – vor allem aus: Siebert 2008 und Schröter 2009.

²⁶ In Jena wurde dafür eine von der Stadt finanzierte, aber bei einem unabhängigen Träger angesiedelte Kontakt- und Koordinierungsstelle eingerichtet, welche die Aktionsnetzwerke unterstützt und als Ansprechpartner fungiert (siehe Schröter 2009).



3. Für eine demokratische Vielfalt

Hinsichtlich konkreter Aktionen gegen Neonazi-Veranstaltungen muss eine gewaltfreie, aber widerständige Protestkultur entwickelt werden. Das kann durch eine positive Positionierung seitens kommunalpolitischer Akteure befördert werden.

Gleichzeitig müssen aber Unabhängigkeit und Vielfalt der Zivilgesellschaft anerkannt werden. Auf Stadtteilmaterie agierende Bürgerinitiativen und Projekte müssen weiterhin flexibel unterstützt werden. Letztendlich muss sich eine breite demokratische Partizipationskultur entwickeln. Das ist gesellschaftliche Querschnittsaufgabe, bei der vor allem Bildungs- und Jugendarbeit eine wichtige Rolle spielen.²⁷



- Einrichtung eines „Runden Tisches“ o.ä., bei dem Akteure aus Zivilgesellschaft, Stadt usw. regelmäßig oder Anlass bezogen zusammenkommen und Strategien sowie konkrete Aktionen gegen Neonazis beraten.
- Für dieses lockere Netzwerk muss es feste Ansprechpartner_innen in der Stadtverwaltung geben.²⁸ Diese müssen sich an den Treffen beteiligen und die Position der Stadtverwaltung in den Netzwerken sowie in der Öffentlichkeit vertreten, beispielsweise gegenüber der vielen unserer Interviewpartner_innen als problematisch eingeschätzten Lokalpresse. Zu ihren Aufgaben gehört auch die Unterstützung kleinerer Initiativen und Vereine, die in ihrem Umfeld mit Misstrauen und Ignoranz zu kämpfen haben.
- Für kurzfristige Anlässe muss es einen Fördertopf geben, aus dem unkompliziert kleinere Beträge zur Vorbereitung von Protestaktionen zur Verfügung gestellt werden können. Der bisherige Aktionsfonds im Rahmen des LAP sollte beibehalten und ausgebaut werden. Dort könnten bspw. auch Spenden einfließen, etwa von Stadträt_innen, Parteien oder Unternehmen, die ein solches Engagement öffentlich unterstützen möchten.
- Bei solchen Protesten müssen verantwortliche Politiker_innen wie der OBM ihrer Vorbildfunktion gerecht werden, öffentlich Stellung beziehen und sich persönlich an den Gegenaktionen beteiligen.²⁹
- Zur kurzfristigen Aktivierung von Bürger_innen, die wenig Erfahrungen mit solchen Handlungsformen haben, sollte es ähnlich wie am 17. Oktober vorab Informationsveranstaltungen, Infostände vor Ort und Workshops geben.
- Stadtteilbasierte Bürgerinitiativen und Vereine, die einzelne Projekte durchführen, sind weiterhin unentbehrlich. Sie müssen aber besser vernetzt und

²⁷ Siehe: Teil II – 3a) „Bürgerbeteiligung ausbauen“.

²⁸ Siehe: Teil II – 3d) „Steuerung, Vernetzung, Kommunikation“.

²⁹ Siehe: Teil II – 1b) „Symbolische Politik“.

b) Zivilgesellschaftliche Aktionen stärken

inhaltlich qualifiziert werden. Eine Idee dafür ist ein großes Treffen aller Engagierten am Jahresende mit Fest- und Workshop-Anteil. Dies kann auch dazu beitragen, die Motivation der Ehrenamtlichen zu fördern.

c) Soziokultur als Instrument der Prävention fördern

Die Transformation der zentralistisch und ideologisch geprägten Jugend- und Kulturstätten aus DDR-Zeiten in eine freie, selbstorganisierte und vielfältige Sozio- und Jugendkulturlandschaft ist in Leipzig im großen und ganzen gelungen.

Im **Fachplan Kinder- und Jugendförderung** wird ein stadtweites Netz von Standorten der offenen Jugendarbeit und Jugendkulturarbeit festgeschrieben. Clubs und Häuser arbeiten seit über 15 Jahren mit festen Personalstellen, geförderten Miet- und Betriebskosten. Dasselbe gilt im **Kulturentwicklungsplan** für sechs soziokulturelle Zentren, die seit 1991 Rahmenverträge mit der Stadt abgeschlossen haben – mittlerweile mehrfach durch Ratsbeschlüsse verlängert.

Programme und Veranstaltungen von Jugendclubs und soziokulturellen Zentren bieten eine Fülle von niedrigschwelligen Treff-, Aktions- und Betätigungsmöglichkeiten für Menschen unterschiedlichen Alters und Milieus. Sie sind aus dem Leben der Stadt Leipzig nicht mehr wegzudenken und haben ihr den Ruf einer lebendigen Großstadt eingetragen.

Vielfalt abbilden



Dabei geht es der überwiegenden Anzahl der Häuser und Treffs hauptsächlich darum, Vielfalt abzubilden, d.h.;

- Begegnungen zu fördern, Berührungängste abzubauen, Verständnis und Respekt für Anderssein zu entwickeln;
- durch Beteiligungschancen Selbstorganisation und damit Kompetenzentwicklung zu ermöglichen;
- kulturelle, soziale und Demokratie-Bildung anzubieten und so für das jeweilige Klientel;
- als Empowerment-Agenturen wirksam zu werden.



Beispiel Werk II: Gruppen, die das Werk II mitbegründeten und gegen Benachteiligung arbeiten, z.B. Gesellschaft für Völkerverständigung, Frauenkultur e.V., Jugendclub Halle 5 e.V. haben dort ihre feste Basis gefunden. Das Werk II kommuniziert die Graffiti-Thematik in der und für die Stadt mit dem Ziel, Toleranz und Akzeptanz zu erzeugen (Wall of Fame, Graffitishop, Graffitiverein auf dem Gelände etc.).

Alternativen bieten

Damit verkörpern die Jugendtreffs und soziokulturellen Zentren ein wirksames Gegenkonzept zum autoritären, ausschließenden und rassistischen Menschen- und Gesellschaftsbild der Neonazis und bieten für junge Menschen eine Alternative zu deren Rekrutierungsversuchen an.

Die Neonazi-Szene versucht deshalb seit den 1990er Jahren, diese Einrichtungen einerseits zu attackieren und andererseits zu unterwandern:

So kam es 2009 aus dem Umfeld des NPD-Büros zu einer organisierten Attacke auf Räume und Besucher_innen der **Buchkinder e.V.** in der Demmeringstraße.

Die Neonazi-Propaganda knüpft dabei an Ablehnung und Vorbehalte in Teilen der Bevölkerung an, für die „alternativ“ ein negativ besetzter Begriff ist und Vielfalt auch Störung und Beeinträchtigung einer als „normal“ empfundenen Lebensweise bedeutet.

Ein NPD-Wahlkampfflyer attackierte bspw. die **Wächterhäuser**: „Die Stadt fördert ein neues Connewitz“, hieß es, hier werde noch mehr Boden bereitet für „alternatives Wohnen.“

HausHalten e.V., der Trägerverein der Wächterhäuser, sieht den Übergang von organisierten Nazis zur Normalbevölkerung als fließend an: „Es sind Menschen, die da gepöbelt haben, die eine andere Vorstellung [. . .] haben, wie man zu wohnen und zu leben hat“.

Auch der Versuch von Anwohner_innen des **Ariowitsch-Hauses**, den Bau dieses Zentrums zu verhindern, da sie diese Nachbarschaft als unerwünscht empfanden, soll hier erwähnt werden.

Häuser und Träger, die sich auch politisch akzentuiert gegen Neonazis wenden und sich aktiv in Protestaktionen einbringen, haben darüber hinaus bis in Stadtverwaltung und Stadtpolitik hinein mit einem ständigen Rechtfertigungsdruck zu kämpfen.

Dazu gehören die immer wiederkehrenden Diskussionen um die Förderwürdigkeit des **Conne Island**, um die Fortschreibung der Nutzungsverträge des **Alternativen Wohnprojekts Gieszerstraße** oder die Widerstände, mit denen **Bunte Platte e.V.** bei der Gründung eines alternativen Jugendzentrums in Grünau zu kämpfen hatte.

Selbstwirksamkeit wertschätzen

Zivilgesellschaft, Stadtverwaltung und Stadtpolitik sollten sich uneingeschränkt zu den Leipziger Jugendclubs, Kulturhäusern und Begegnungszentren bekennen: Sie sind Orte gelebter Demokratie, kultureller und politischer Bildung, von Kreativität

3. Für eine demokratische Vielfalt

und Selbstwirksamkeit und nicht zuletzt Gast- und Dachgeber für Initiativen und Aktionen – und damit für die Umsetzung dieses Handlungskonzepts unverzichtbar.

Beispiel Begegnungszentrum Mühlstraße: „Wir stellen Ressourcen und Strukturen zur Verfügung, z.B. der BI Buntes Reudnitz, haben keine Vorbehalte, übernehmen auch Verantwortung, geben Hilfestellung, Know-how. Wir beteiligen uns an Aktionen anderer, z. B. „Wähle deine Art zu leben“, Bunte Gärten, Deutsch-Russisches Hilfswerk, Griechenhaus etc.“

Beispiel Theater der Jungen Welt: Im „Problemviertel“ Lindenau bietet das Theater einen für breite Schichten attraktiven Ort an für Bildung und Begegnung und setzt gerade in der Nachbarschaft des NPD-Büros antirassistische und interkulturelle Akzente. Die BI „Miteinander jetzt“ wird aktiv unterstützt.

Der Vielfalt der Strukturen in der Träger- und Initiativlandschaft sollte seitens der Stadtverwaltung Rechnung getragen werden, dies gilt auch für selbstverwaltete Projekte und Projektorte.



Wie in den Zielvereinbarungen zu den Rahmenverträgen der Stadt Leipzig mit den sechs soziokulturellen Zentren bereits geschehen, sollte die Unterstützung für Kommunikation und Aktionen kleiner und spontaner Initiativen in der Aufgabenbeschreibung der institutionell geförderten soziokulturellen Zentren und Jugendhäuser verankert werden.³⁰

Position beziehen

Gerade die Offenheit und Niedrigschwelligkeit der Zugänge zu Jugendtreffs und soziokulturellen Zentren stellt aber auch eine Gefährdung dar: Seit den 1990er Jahren versuchen Neonazis immer wieder, Präsenz zu zeigen, Einfluss auf das Klientel oder das pädagogische Personal zu gewinnen und die Möglichkeit zur Rekrutierung auszutesten.³¹



Insofern stellen sich hohe Anforderungen an Personal und Programme von Jugendtreffs und soziokulturellen Zentren. Dazu gehören:

- Ein klares Bekenntnis zu Demokratie, Vielfalt und Toleranz verbunden mit einer Absage an jede Form von Akzeptanz gegenüber neonazistischen Gruppen und Personen und gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit – dies muss in Konzeptionen, Leitbildern, Vertragsgestaltungen und Hausordnungen zum Ausdruck kommen;

³⁰ Siehe: Teil II – 3d) „Steuerung, Vernetzung, Kommunikation“.

³¹ Siehe: Teil II – 1f) „Rekrutierungsstrukturen aufbrechen“.

- Sensibilität für Erscheinungsformen von Neonazismus, Rassismus, Antisemitismus und, damit verbunden, die Anforderung an pädagogisches Personal und Veranstaltungsmanagement zu Information und Fortbildung;
- Parteilichkeit und Schutz für marginalisierte und von Neonazis bedrohte Gruppen und Personen.

Für die meisten Häuser ist dies selbstverständlich und seit Jahren Praxis. Wo dies noch nicht in ausreichendem Maße der Fall ist, sollten fördernde Ämter dies als Qualitätsmerkmal einfordern.

Strukturen und Kompetenzen fördern

Jugendtreffs und soziokulturelle Zentren müssen aber auch in die Lage versetzt werden, professionell, nachhaltig und wirksam zu arbeiten.

Dazu dienen:

- der Einsatz von **qualifiziertem fest angestelltem Personal**
- ein den Aufgaben **angemessener Personalschlüssel** anstelle von AGH, Minijobs, Selbstaussbeutung und unterbezahlten Honorarverhältnissen;
- **lang- bis mittelfristige Verträge und Förderzusagen** anstelle jährlich wiederkehrender Kürzungsszenarien.



Um Jugendtreffs und soziokulturelle Zentren noch stärker in die Umsetzung des vorliegenden Handlungskonzepts einzubinden, sollten

- **Förderverfahren flexibler gestaltet werden**, gerade bei kleineren anlassbezogenen und zeitlich begrenzten Projekten analog zum Aktionsfonds im LAP³²
- ein **neuer ämterübergreifender Förderschwerpunkt „kulturelle/politische/ demokratische Bildung“** geschaffen werden, um die Programmatik der Projekte vor allem im Jugendbereich über das in den Leistungsbeschreibungen festgelegte „Tagesgeschäft“ hinaus zu erweitern und Best-Practice-Beispiele besser zu kommunizieren und zu multiplizieren.



Beispiele Jena und Dresden: In diesen Städten existiert eine Abteilung / Projektstelle „Kulturelle Bildung“, die ämterübergreifend vernetzt und Förderung aus einer Hand bietet.



³² Siehe dazu ausführlich: Teil II – 3d) „Steuerung, Vernetzung, Kommunikation“.

d) Steuerung, Vernetzung, Kommunikation

Vom „Maßnahmeplan“ zum „Lokalen Aktionsplan“

Als 1998/99, „feindliche Übernahmen“ von Neonazis vor allem in Jugendclubs und im Stadtteil Grünau drohten, trugen nicht-rechte Jugendliche ihren Protest ins Rathaus. Dies war der Auslöser für ein erstes zivilgesellschaftliches Netzwerk und erste Maßnahmen vor allem seitens des Dezernats IV unter dem damaligen Beigeordneten Burkhard Jung.

Die Leistung „**Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt**“ wurde ausgeschrieben, vergeben und als erstes und landesweit bisher einziges Projekt aus kommunalen Mitteln bis heute gefördert. Die „**Fachstelle für Extremismus und jugendpolitische Sonderaufgaben**“ wurde ins Leben gerufen mit dem Ziel, ein erstes Konzept zu entwickeln und in die politischen Gremien einzubringen. Dies mündete 1999 in den vom Stadtrat beschlossenen „**Maßnahmeplan**“.

Zeitgleich gründete sich auf der zivilgesellschaftlichen Ebene, vor allem aus Trägern der offenen Jugendarbeit heraus, das **Netzwerk „Strategie Contra Ohnmacht (SCO)“**, um das Thema Neonazi-Präsenz und -Rekrutierung in der Jugendarbeit fachlich zu durchdringen (viele Fortbildungsangebote für Sozialarbeiter_innen, Auseinandersetzung mit dem Konzept der akzeptierenden Jugendarbeit) und politisch voranzutreiben.

Zeitgleich begann Christian Worch, die Stadt mit seinen Demonstrationen zu überziehen. Auch darauf wurde von Seiten sowohl der Zivilgesellschaft als auch der Stadtverwaltung reagiert.

Mit dem **AK Rechtsextremismus** gab es einen Versuch, gemeinsam mit Kommunalverwaltung, Polizei und ausgewählten zivilgesellschaftlichen Trägern eine einheitliche Strategie zu entwickeln. Dies war nur bedingt erfolgreich – zu unterschiedlich waren die Interessen bzw. die Schwerpunkte der beteiligten Vertreter_innen.

2006-07 entstand – vor allem zur Planung und Bündelung von Gegendemonstrationen – der **Arbeitskreis „Courage zeigen“**, später in der Form eines e.V. und bis heute gemeinsam mit der Stadt Träger des Courage-Konzerts mit vorgeschalteten Aktivitäten und Projekten (Courage-Lauf, Bandausscheid etc.).

Vertreter_innen von Gewerkschaften, Kirchen, freien Kulturträgern, aber auch prominente Persönlichkeiten engagierten sich dort. Mit der mittlerweile umbenannten „Fachstelle für Extremismus und Gewaltprävention“ war die Brücke in die Stadtspitze geschlagen.

Mit dem Abflauen der großen Neonazi-Demonstrationen 2007/08 geriet die Problematik etwas aus dem Blick aller Beteiligten; es schien so, als wäre die vielfältige Großstadt Leipzig für Neonazis ein zu hartes Pflaster und nicht mehr lohnend für

offensive Präsenz und Aktion. Als aber in der Guthsmuths-Straße Hausbewohner tyrannisiert, Besucher des Kinos Cineding überfallen und auf studentisches Wohnen in der Holsteinstraße Übergriffe verübt wurden, war klar: die Neonaziszene ist aktiv, in Leipzig verwurzelte Kräfte sind zu vielen kleinen, spontanen, aber ideologisch und gewaltvoll aufgeladenen Aktivitäten bereit und in der Lage.³³

Zuletzt zeigten die Landtags- und Kommunalwahlen 2009 mit NPD-Ergebnissen von teilweise bis zu 8 % und dem Einzug von zwei NPD-Abgeordneten in den Stadtrat: auch in Leipzig ist neonazistisches Gedankengut nicht auf einen „rechten Rand“ beschränkt, sondern in der Mitte der Gesellschaft zu beobachten.

In diese jüngste Entwicklung hinein fiel die Bewerbung Leipzigs beim Bundesprogramm „Vielfalt tut gut“ um die Durchführung eines Lokalen Aktionsplans (LAP) von 2007-2010. Im Zielkatalog des LAP wurde zunächst von einer Planungsrunde aus zivilgesellschaftlichen Akteuren folgendes Mittlerziel formuliert: „Ein stadtweites Bündnis für Vielfalt, Demokratie und Toleranz gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus ist entstanden und hat seine Arbeit aufgenommen.“ Im LAP fand sich dies wieder im **Mittlerziel 1.3** *„Netzwerke der demokratischen Jugend-, Sozial-, Bildungs-, Migranten- und Kulturarbeit sind qualitativ ausgebaut.“*

Bis auf ein Projekt (Landesfilmdienst) wurde dieses Mittlerziel aber nicht bedient, sodass das Mittlerziel und Handlungsziel für das letzte Förderjahr 2010 aus dem LAP herausgenommen wurden. Die Begründung im Begleitausschuss lautete: Kein Bedarf dafür erkennbar.

Dies mag quantitativ zutreffen, wie ein Blick auf in Leipzig vorhandene „traditionelle“ Netzwerke zeigt, die sich innerhalb ihrer Regelaufgabenstellung für Vielfalt und demokratische Kultur und gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit engagieren³⁴:

Dazu gehören: Netzwerk Migration, Fünf für Leipzig (Soziokultur), AGFT (Jugendarbeit), Stadtjugendring, LinXXnet. Ebenso arbeiten zahlreiche anlassbezogene Netzwerke zur Abwehr von Neonaziaktivitäten: Steuerkreis NDC, Initiative „Miteinander Jetzt“ Plagwitz/Lindenau, Bürgerinitiative Reudnitz, Bürgerinitiative Grünau, Bündnis Ladenschluss, Bündnis 17.10., Initiative „Wir mögen's bunt in Volkmarsdorf“.

Darüber hinaus sind viele Leipziger Träger und Initiativen im landesweiten „Netzwerk Tolerantes Sachsen“ (TolSax) engagiert. Auf kommunaler/staatlicher Ebene sind vor allem die Fachstelle für Extremismus und Gewaltprävention und der Kriminalpräventive Rat (KPR) vernetzend tätig.

³³ Siehe: Teil I – „Neonazis in Leipzig“.

³⁴ Die folgende Auflistung stellt lediglich eine Auswahl an Akteur_innen dar und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Neben den genannten verfolgen eine Vielzahl weiterer Initiativen und Vereine Ziele im Sinne der Stärkung einer vielfältigen demokratischen Kultur in Leipzig.



3. Für eine demokratische Vielfalt

LAP-Strukturen qualitativ ausbauen

Zur erfolgreichen Umsetzung eines nachhaltigen kommunalen Handlungskonzeptes bedarf aber es eines qualitativen Ausbaus der vorhandenen Strukturen. Dies bedeutet zuallererst, dass Akteursgruppen und Netzwerke, die am Handlungskonzept mitwirken (wollen), dessen Leitziele erklärtermaßen als Inhalt und Aufgabe ausweisen.



Mit Blick auf die möglichst weitreichende Einbindung aller zivilgesellschaftlichen Akteure muss diesbezüglich noch auf kirchliche und Bildungsnetzwerke sowie die traditionellen Bürgervereine zugegangen werden, um sie für das Handlungskonzept aufzuschließen und in Kooperationsstrukturen einzubeziehen.

2. Zivilgesellschaft, Stadtverwaltung und Stadtpolitik - gemeinsam unterwegs

Die Umsetzung des LAP von 2007-2010 bietet zum Thema Steuerung, Vernetzung, Kommunikation eine Fülle von Erfahrungen, Erkenntnissen und Anregungen, die es bei der Entwicklung eines kommunalen Handlungskonzepts zu nutzen gilt.³⁵ Im Folgenden die wichtigsten:

Die Leipziger Zivilgesellschaft ist handlungsfähig

Aufgrund vorhandener Netzwerke (s.o.), gewachsener, aber flexibler Strukturen und, nicht zuletzt, des Engagements von diskursführenden Personen gelingt es den zivilgesellschaftlichen Akteuren angesichts aktueller Entwicklungen schnell und effektiv zu handeln.



Bündnis 17.10.: 50-60 Gruppen und Einzelpersonen haben sich anlässlich drohender Neonazi-Präsenz zusammengefunden, einen hohen Stand von Vernetzung erreicht und eine erfolgreiche Aktion auch gegen anfängliche Widerstände durchgeführt. Derzeit wird an der Verstärkung gearbeitet, ein neuer Name gesucht, Unter-Arbeitsgruppen für weiterführende Themen werden gebildet etc. Bei erneutem Handlungsbedarf ist das Netzwerk wieder schnell aktivierbar.



In ihrer Rolle und ihrem Selbstverständnis als kritisches Pendant zu kommunalen/staatlichen Institutionen weisen zivilgesellschaftliche Akteure auf Demokratie- und Gleichheitsdefizite dieser Institutionen und der Medien hin. Dies sollte respektiert und als Chance sowie als gelebte Vielfalt begriffen werden.

³⁵ Alle im Folgenden aufgeführten Einschätzungen und Schlussfolgerungen zum LAP fußen auf einer detaillierten Analyse seiner Inhalte und Strukturen. Das umfangreiche Papier findet sich im Anhang zum Handlungskonzept.

Über Grundsätze wie Gewaltfreiheit und Formen des zivilen Ungehorsams muss unabhängig von Anlässen ein moderierter offener Dialog geführt werden, der zur Respektierung der jeweils unterschiedlichen Standpunkte führt.

Die Umsetzung des LAP zeigte weiterhin, dass zwischen Kommunalverwaltung, Kommunalpolitik und zivilgesellschaftlichen Akteuren ein hoher Grad an Übereinstimmung bezüglich der Lageeinschätzung und daraus abzuleitender Ziele besteht. Die Mittler- und Handlungsziele des LAP stießen auf Resonanz in der breiten Landschaft der Träger und Initiativen und führten zu einer Vielzahl interessanter Projektideen, von denen einige nach erfolgreicher Umsetzung als Best Practice weiter wirken sollten und deshalb in den entsprechenden Abschnitten dieses Handlungskonzepts erwähnt werden

Verbindliche Zusammenarbeit

Zivilgesellschaftliche Akteure und Netzwerke brauchen eine ständige Rückkopplung zu und eine verbindliche Zusammenarbeit mit Stadtpolitik und Stadtverwaltung, um über ihr eigenes Klientel hinaus wirksam zu werden.



Dies lag auch in der Intention des Bundesprogramms „Vielfalt tut gut“. Die Umsetzung des LAP setzte eine Legitimation durch einen Stadtratsbeschluss und damit der Stadtpolitik voraus.

Im Steuergremium Begleitausschuss des LAP wurden zivilgesellschaftliche Akteure und Stadtverwaltung eng zusammengespant (paritätische Besetzung, gleiche Stimmrechte).

Das im Bundesprogramm vorgesehene Ämternetzwerk war in Leipzig nur in der Anfangsphase wirksam (Bewertung bzw. Veränderung des Zielkatalogs der zivilgesellschaftlichen Akteure), danach arbeitete es nicht außerhalb des Begleitausschusses. Demgegenüber ist die engagierte Mitarbeit der meisten Ämtermitglieder im Begleitausschuss hervorzuheben.



Dieser Prozess muss fortgesetzt und intensiviert werden. Die im Zuge des LAP praktizierte ämter- und dezernatsübergreifende Zusammenarbeit der Kommunalverwaltung sollte dauerhaft als Querschnittsaufgabe begriffen und die Politik einbezogen werden. Dies bedeutet:



- Mittler- und Handlungsziele, auf die sich Zivilgesellschaft und Kommunalverwaltung/Kommunalpolitik verständigt haben, werden sachbezogen in die Aufgabenbeschreibungen der relevanten Ämter und Referate der Kommunalverwaltung eingearbeitet.
- Zuständigkeiten dafür sind personell und mit Ressourcen zu untersetzen und mit Entscheidungskompetenzen auszustatten.

3. Für eine demokratische Vielfalt

So erleichterte die Tatsache, dass die Leitung des Begleitausschusses mit einem Amtsvertreter in leitender Position besetzt war, die Vermittlung der Arbeit des Begleitausschusses in die Kommunalverwaltung hinein.

- Stadträt_innen sind an den Beschlüssen zur Umsetzung des Handlungskonzepts in geeigneter Weise zu beteiligen.

Inhaltliche Verständigung



Zivilgesellschaftliche Akteure / Netzwerke und Kommunalverwaltung / Kommunalpolitik sollten sich in kontinuierlichen Arbeitszusammenhängen über Gewichtung, Ausgestaltung und Modifizierung des Handlungskonzepts verständigen .

Dies bedeutet: Ein kommunales Handlungskonzept braucht

- ein **gemeinsames Steuergremium** von zivilgesellschaftlichen Akteuren, Kommunalverwaltung und Kommunalpolitik mit Entscheidungskompetenzen.

Der Begleitausschuss des LAP hatte neben den inhaltlichen Steuerungsaufgaben die Bundesfördermittel zu vergeben und die Arbeit war durch Termindruck seitens des Bundesprogramms geprägt .

Ein Folgegremium ist so weiterzuentwickeln, dass seine Hauptaufgabe klar in der Lageeinschätzung, Zielfindung, Zielüberprüfung, Strategieentwicklung und Entwicklung von Grundlagen (bspw. Leitbildformulierung) sowie der Untersetzung der Leitziele mit Mittler- und Handlungszielen liegt.

- **unbestrittene Legitimität** vor allem der zivilgesellschaftlichen Vertreter im Steuergremium. Sie sollten aus der Zivilgesellschaft heraus, d.h. durch Wahl oder Delegation besetzt werden.



Hierzu können die Strukturen des Netzwerkes Tolerantes Sachsen als Vorbild dienen. Die Netzwerkmitglieder (Organisationen und Initiativen) sind über ein Portal verbindlich registriert und wählen in einer einmal jährlich durchgeführten Vollversammlung per Abstimmung ihre Sprecher_innen (wobei jede Organisation/Initiative eine Stimme hat).

Die Berufung prominenter Einzelpersonen sollte die Ausnahme bleiben und sich daran orientieren, ob diese tatsächlich einen Beitrag zur Zielstellung leisten, diskursführend wirken oder das Handlungskonzept multiplizieren und vorantreiben.

- **eine der Aufgabe angemessene Arbeitsformen**, die sich durch einen hohen Grad an Beteiligung und Gleichstellung der zivilgesellschaftlichen mit den

kommunalen Akteuren auszeichnen und genügend Raum für Diskussion und Ideenfindung lassen.

So wäre eine **offene Auftaktveranstaltung** (Konferenz/Workshops/Klausurtagung) für alle zivilgesellschaftlichen Akteure und die zuständigen Ämtervertreter_innen denkbar, in der Ideen, Problemanzeigen und Bedarfe unter konsequenter Anwendung von Beteiligungsverfahren gesammelt und gewichtet/priorisiert werden. Dieses Ergebnis ist Grundlage für die Festlegung bzw. Modifizierung von Mittler- und Handlungszielen durch das Steuergremium.

Das Steuergremium braucht gesonderte, vor allem personelle, **Ressourcen, um geschäftsführende Aufgaben wahrzunehmen und Ergebnisse zu sichern und zu kommunizieren.**

Ressourcen bereitstellen

Um unabhängig von Landes- bzw. Bundesprogrammen die Kontinuität wichtiger Projekte und Strukturen im Rahmen des Handlungskonzepts abzusichern, ist eine kommunale Förderung in einer eigenen Haushaltsstelle vonnöten. Die Höhe des Etats sollte in den jährlichen Haushaltsberatungen festgelegt und nach Möglichkeit durch Einwerbung von Drittmitteln und Spenden aufgestockt werden. Für die Bewirtschaftung bzw. Vergabe der Mittel sind die Erfahrungen des LAP sorgfältig auszuwerten.



So ist zu überlegen, ob man sich **jährlich auf ein umfangreicheres Vorhaben** (Öffentlichkeitsarbeit, Konzeptentwicklung, Ausstellungen, Fortbildungsprogramme) verständigt, dieses **gesondert ausschreibt** und/oder eine Einrichtung institutionell fördert und dafür einen Teil des Etats reserviert.

Für die Vielzahl der mittleren und kleinen Projekte und Aktionen hat sich die Vergabepaxis des **Aktionsfonds** bewährt: Auf der Grundlage der Zielstellung wurden kleinere Fördersummen ganzjährig und mit minimalem bürokratischem Aufwand vergeben.

In Anlehnung an die für das Förderjahr 2010 angewendete Bewertungsmatrix sollten zunächst **durch das Steuergremium inhaltliche Vergabekriterien, Qualitätsmerkmale etc. erarbeitet werden.** Auf dieser Grundlage könnte ein **Vergabe-Gremium vor allem die Gelder des Aktionsfonds ausreichen.** Die Doppelrolle als Antragsteller und Mitglied im Vergabegremium beeinträchtigt die Legitimation der Förderentscheidungen, führt zu von Eigeninteresse geleitetem Verhalten und ist weitestgehend auszuschließen. Demgegenüber sollte die Mitwirkung von externen Expert_innen geprüft werden (Beispiel: Beiräte bei der Fördermittelvergabe im Kulturbereich).

Ein häufiger Ablehnungsgrund von Projekten war der Ausschluss von „Tagesgeschäft“. Nun ist unbestritten, dass auch und gerade vom Tagesgeschäft von Jugend-, Soziokultur- und Bildungsträgern wichtige Impulse für demokratische Kultur, Antirassismus- und interkulturelle Arbeit aus-

3. Für eine demokratische Vielfalt

gehen bzw. ausgehen sollten³⁶. Insofern sollten die **Fachförderrichtlinien der Ämter, die diese Träger hauptsächlich fördern, um Ziele des Handlungskonzepts ergänzt, Teile des Förderbudgets dafür reserviert und so Projektanträge der Träger besser berücksichtigt werden** als bisher.

Die **Aufnahme von Qualitätsmerkmalen** in die Fördervoraussetzungen würde darüber hinaus einen Anreiz für Träger darstellen, sich verstärkt mit den Zielen des Handlungskonzepts auseinander zu setzen.³⁷

Die kommunale Fachstelle neu strukturieren



Die kommunale „Fachstelle für Extremismus und Gewaltprävention“ erfüllt im LAP eine Scharnierfunktion zwischen Handlungs- und Steuerungsebene.

Einerseits Teil der kommunalen Verwaltung, andererseits mit weitreichenden und kontinuierlichen Kontakten zu zivilgesellschaftlichen Akteuren, lokalen und überregionalen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Netzwerken ausgestattet und in die Umsetzung des LAP eingebunden, konnte die Fachstelle nach beiden Seiten hin vermitteln. Ein über die Jahre aufgebauter Pool von Material, Expert_innen und Best Practices ist nutzbar. Darüber hinaus gehörten Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit zu ihren Aufgaben.

Daran gilt es auch im Blick auf ein Handlungskonzept anzuknüpfen und diese Resource weiter zu nutzen. Es ist aber zu prüfen, ob und wo eine dem Handlungskonzept dienliche Schwerpunktsetzung im umfangreichen Aufgabenkatalog der Fachstelle erfolgen sollte.

Zunächst muss entschieden werden, ob die Fachstelle in ihrer Rolle als kommunale **Netzwerk-agentur** gestärkt werden soll. Dies würde eine serviceorientierte Weiterentwicklung als zentrale öffentliche Anlaufstelle für Bürger, Zivilgesellschaft und Stadt im Sinne eines Ladenprojekts bedeuten. Hier wäre eine **Integration ins Stadtbüro** denkbar. Dies würde den Bekanntheitsgrad über den Kreis der Akteur_innen, die ohnehin nah an der Kommunalverwaltung und -politik agieren, hinaus erweitern.

Weiterhin ist zu prüfen, inwieweit die Fachstelle in der bisherigen umfänglichen Form als **Träger eigener Projekte** agieren soll (Kinderrechtstagung, Runder Tisch Jugend, Fortbildungsreihe mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, Schulprojekttag etc.) oder ob Vorhaben ausgegliedert werden können.

Mit der Übernahme von **geschäftsführenden Aufgaben für ein neues Steuergremium** käme ein weiterer möglicher Aufgabenbereich hinzu, der aber in Verbindung mit allen anderen Aufgaben eindeutig eine Überlastung darstellen und insofern nicht zufriedenstellend funktionieren

³⁶ Siehe: Teil II „3c) Soziokultur fördern“

³⁷ Siehe dazu auch: Teil II – „1f) Rekrutierungsstrukturen aufbrechen“, „2b) Aufklärung und Sensibilisierung“ und „3c) Soziokultur als Instrument der Prävention fördern“.

würde. Hier bietet sich die Beauftragung eines geeigneten und erfahrenen zivilgesellschaftlichen Trägers an.

Und nicht zuletzt sollte über einen neuen Namen nachgedacht werden, der dem aktuellen Stand der fachlichen und politischen Diskussion des Themas gerecht wird.

Gelingt es, all diese Empfehlungen Schritt für Schritt umzusetzen, so werden sich Steuergruppen, Akteure und Netzwerke, die im und mit dem Handlungskonzept arbeiten, durch folgende Merkmale auszeichnen:

- **unabhängig, aber legitimiert**
- **beteiligungsorientiert, aber verbindlich**
- **parteilich, aber konsensfähig**

Liste der Interviews

Im Rahmen der Erstellung des Handlungskonzepts „Vielfalt im Blick“ wurden 18 qualitative Interviews mit Träger_innen der Soziokultur, Vertreter_innen von Bürgerinitiativen und Verwaltung durchgeführt. Die Erkenntnisse aus den ausgewerteten Interviews sind in den Analyseteil und die Handlungsempfehlungen eingeflossen.

	Interviewpartner_innen	Zuordnung zum Handlungskonzept	Datum	Interviewt von
1	Begegnungsstätte Mühlstraße: Karin Hörning, Isabell Seifert	Soziokultur	25.06.09	Brigitte Moritz
2	Begeleitausschuss / Ordnungsamt: Claudia Geißler-Ploog	Kommunale Ordnungspolitik: Neonazis bekämpfen	14.12.09	Brigitte Moritz
3	Begleitausschuss / BI Plagwitz / Lindenau: Frank Kimmerle	Bürgerinitiative / Aktionsbündnis: Neonazis bekämpfen	07.07.09	Frank Schubert
4	Begleitausschuss / Referat für Migration und Integration: Stojan Gugutschkow	Stadtverwaltung: marginalisierte Gruppen stärken	18.12.09	Brigitte Moritz
5	Begleitausschuss LAP: Falk Elstermann	LAP / Aktionsfonds	18.06.09	Brigitte Moritz
6	BI Großzschocher	Bürgerinitiative / Aktionsbündnis: Zivilgesellschaft stärken	25.09.09	Frank Schubert

Liste der Interviews

	Interviewpartner_innen	Zuordnung zum Handlungskonzept	Datum	Interviewt von
7	BI Reudnitz	Bürgerinitiative /Aktionsbündnis Neonazis bekämpfen	24.08.09	Frank Schubert
8	Bündnis Ladenschluss	Bürgerinitiative /Aktionsbündnis Neonazis bekämpfen	16.09.09	Frank Schubert, Gregor Wiedemann
9	Fachstelle für Extremismus und Gewaltprävention: Berit Lahm / Eiko Kühnert	Steuerung, Vernetzung, Kommunikation	16.12.09	Brigitte Moritz, Gregor Wiedemann
10	Geschäftsstelle des Kriminalpräventiven Rates der Stadt Leipzig: Nico Pockel	Kommunale und staatliche Ordnungspolitik: Neonazis bekämpfen	04.08.09	Diana Eichhorn
11	Geyserhaus: Thomas Farken	Soziokultur	18.06.09	Brigitte Moritz
12	Haushalten e. V.: Vorstand	Stadtentwicklung/Soziokultur	23.06.09	Brigitte Moritz
13	Initiative für mehr gesellschaftliche Verantwortung im Breitensport-Fußball e. V. (IVF)	Recruitmentstrukturen aufbrechen, Neonazis bekämpfen	07.09.09	Susanne Feustel
14	Kulturamt: Beate Locker	Kommunalverwaltung	17.06.09	Brigitte Moritz
15	Mobiles Beratungsteam Leipzig: Friedemann Affolderbach, Solvejg Höppner	Schwerpunkte und Themen des Handlungskonzepts	22.04.09, 10.11.09	Brigitte Moritz, Stefan Kausch
16	Quartiersmanagement Leipziger Osten: Matthias Schirmer	Stadttelarbeit /marginalisierte Gruppen	03.07.09	Brigitte Moritz
17	Stadtteilzentrum Anker: Heike Engel	Soziokultur	15.06.09	Brigitte Moritz
18	Werk II: Angela Seidel	Soziokultur	24.06.09	Brigitte Moritz

Literaturverweise

- ADB Sachsen (2009): Rassistische Alltagsdiskriminierung und andere Formen von Diskriminierung in Leipzig. Situationsanalyse und Handlungsempfehlungen. Gutachten des Antidiskriminierungsbüro e.V. Leipzig. April 2009.
- ADB Sachsen/RAA Sachsen (2007): Was tun gegen Rassismus?! Situation und Perspektive in Leipzig. Eine Broschüre des Antidiskriminierungsbüro e.V. und der Opferberatung Leipzig (RAA Sachsen). Leipzig. März 2007.
- Berlit, Uwe (2009): „Rechtsextreme Demonstrationen: Juristische Aspekte des adäquaten Umgangs mit rechtsextremen Versammlungen und Aufmärschen“, in: Molthagen, Dietmar/Korgel, Lorenz (Hg.) Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 109-143
- Blick nach Rechts (BNR), Institut für Information und Dokumentation e.V. (Hrsg.), Informationsportal einzusehen unter www.bnr.de.
- Brandtstetter, Marc: Die vier Säulen der NPD. In: Blätter für deutsche und internationale Politik (2006) Nr. 9'06, S. 1029-1031
- Clark, W. / Drever A. I. (2001): Wohnsituation von Ausländern: Trotz Verbesserung immer noch großer Abstand zu deutschen Haushalten. In: Wochenbericht des DIW (Deutsches Institut der Wirtschaft, Berlin) Nr. 30/2001, S. 469-471.
- Decker, Oliver/Brähler, Elmar (2006): Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland. Unter Mitarbeit von Norman Geißler, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung
- Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hg.) (2008): Bewegung in der Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2008, Berlin
- Decker, Oliver/Rothe, Katharina/Weissmann, Marliese/Geißler, Norman/Brähler, Elmar (2008): Ein Blick in die Mitte. Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen in Deutschland, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung

- Döring, Uta (2008): Angstzonen. Rechtsdominierte Orte aus medialer und lokaler Perspektive, Wiesbaden: VS Verlag.
- Englmann, Bettina/Müller, Martina (2007): Brain Waste. Die Anerkennung von ausländischen Qualifikationen in Deutschland. Augsburg. Online verfügbar unter www.berufliche-erkennung.de/brain%20waste.pdf, zuletzt geprüft am 04.01.2010.
- Fabich, Ulrike; Bednarsky, Adam (2008): Fussball und Diskriminierung. Eine qualitative Studie am Beispiel Leipziger Fußballfans. VDM Verlag.
- Fachstelle Extremismus und Gewaltprävention (2006): Thesen zum Umgang mit rechtsextremistischen Jugendlichen in der Jugendarbeit nach § 11 SGB VIII (KJHG/Kinder -und Jugendhilfegesetz); in: „Fachstelle Extremismus und Gewaltprävention: Chronologie – Konzepte – Netzwerke“; Leipzig: Stadt Leipzig Jugendamt.
- Feagin, Joe R./Booher Feagin, Clairece (1978): Discrimination American Style. Institutional Racism and Sexism. Englewood Cliffs/N.J: Prentice-Hall.
- Flam, Helena (Hg.) (2007): Migranten in Deutschland. Statistiken – Fakten – Diskurse. Konstanz: UVK.
- Fromm, Rainer (2008): „We play NS-Hardcore! Die Mythisierung rechten Gedankenguts in der Musik“, BPJM-Aktuell 1/2008, S. 15 f.
- GAMMA - Leipziger Infos zur regionalen Nazi-Szene, unbekannt (Hrsg.), Informationsportal einzusehen unter <http://gamma.antifa.net>.
- Gomolla, Mechthild/Radtke, Frank-Olaf (2002): Institutionelle Diskriminierung in der Schule. Die Herstellung ethnischer Differenz in der Schule. Opladen: Leske+Budrich.
- Griffin, Roger (1991): The Nature of Fascism, London.
- Griffin, Roger (2004): „Fascism’s new faces (an new facelessness) in the ‘post-fascist’ period“, in: Erwägen – Wissen – Ethik, 15. Jg., H. 3, S. 287-300.
- Griffin, Roger (2005): „Völkischer Nationalismus als Wegbereiter und Fortsetzer des Faschismus. Ein angelsächsischer Blick auf ein nicht nur deutsches Phänomen“, in: Kaufmann, Heiko u.a. (Hg.): Völkische Bande. Dekadenz und Wiedergeburt – Analysen rechter Ideologie, Duisburg, S. 20-48.

-
- Grumke, Thomas / Klärner, Andreas (2006): Rechtsextremismus, die soziale Frage und Globalisierungskritik. Eine vergleichende Studie zu Deutschland und Großbritannien seit 1990, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung/Forum Berlin (<http://www.fes.de/aktuell/documents/StudieEndversion.pdf>).
 - Hafener, Benno; Schönfelder, Sven (2007): Politische Strategien gegen die extreme Rechte in Parlamenten. Folgen für kommunale Politik und lokale Demokratie; eine qualitative Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin.
 - Hamburger, Franz (2007): Kritik des Interkulturalismus. Universität Mainz. In: www.zbh.uni-mainz.de/mainz-messina/int_kritik_hamburger.pdf, 20.01.2010.
 - Heitmeyer, Wilhelm (2006): Einleitung, in: Stichs, Anja (2006), S. 2
 - Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) (2002-2009): Deutsche Zustände, Bd. 1-7, Frankfurt/Main.
 - Herrmann, Steffen Kitty (2003): „Performing the Gap - Queere Gestalten und geschlechtlicher Aneignung“, in: Arranca! Nr. 28, 11/2003, S. 22-26.
 - Kellershohn, Helmut (2004): „Völkischer Nationalismus und seine Kernideologeme. Eine knappe Begriffsklärung“, in: Jäger, Siegfried u.a. (Hg.): Der Spuk ist nicht vorbei. Völkisch-nationalistische Ideologeme im öffentlichen Diskurs der Gegenwart, Duisburg, S. 22-27.
 - Kinder- und Jugendring Sachsen e.V. (o.J.): Studie „Jugend 2007 in Sachsen“. Eine Zusammenfassung, Dresden, http://www.kjrs-online.de/news_add/35_1_Studie_Jugend_in_Sachsen_2007.pdf, 15.4.09.
 - Köditz, Kerstin (2009): Und morgen? Extreme Rechte in Sachsen, Berlin: Verbrecher Verlag.
 - Kopke, Christoph / Rensmann, Lars (2000): „Die Extremismus-Formel. Zur politischen Karriere einer wissenschaftlichen Ideologie“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 45, H. 12, S. 1451-1462.
 - Korgel, Lorenz (2009): Zivilgesellschaftliche Gegenwehr stärken: Gemeinwesenentwicklung und (Re-)Demokratisierung des öffentlichen Raums, in: Molthagen, Dietmar/Korgel, Lorenz (Hg.) Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 251-267

- Kriminalpräventiver Rat der Stadt Leipzig (KPR) (2009): Lagebild zum politischen Extremismus in Leipzig.
- Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (2005): Verfassungsschutzbericht 2005.
- Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (2008): Extremismus-Lagebild Stadt Leipzig, Stand: 25.11.2008.
- Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (2008): Verfassungsschutzbericht 2008 Freistaat Sachsen (Pressefassung).
- Liebscher, Doris / Schmidt, Christian (2007): Grenzen lokaler Demokratie. Zivilgesellschaftliche Strukturen gegen Nazis im ländlichen Raum, Studie im Auftrag der Grünen Bundestagsfraktion, Berlin.
- Mohs, Charlotte (2009): An den Stadtrand abgeschoben. Der Leipziger Stadtrat beschließt den Bau eines neuen AsylbewerberInnenheims in der Wodanstraße. In: CEEIEH (Conne Island Newsflyer), Nr. 168 (September 2009). Online verfügbar unter www.conne-island.de/nf/168/4.html, 20.10.2009.
- Molthagen, Dietmar (Hg.) (2008): Lern- und Arbeitsbuch „gegen Rechtsextremismus“. Handeln für Demokratie. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Molthagen, Dietmar; Korgel, Lorenz (Hg.) (2009): Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Neugebauer, Gero (2000): „Extremismus – Rechtsextremismus – Linksextremismus: Einige Anmerkungen zu Begriffen, Forschungskonzepten, Forschungsfragen und Forschungsergebnissen“, in: Schubarth, Wilfried / Stöss, Richard (Hg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Bonn, S. 13-37.
- Palloks, Kerstin (2009): Wissen und Handlungskompetenzen erhöhen. Zur Verzählung von Regeldiensten und Spezialthemen. In: Molthagen, Dietmar; Korgel, Lorenz (Hg.): Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 269–287.
- Polizeidirektion Leipzig (2007): Hinter den Kulissen. Argumente gegen rechts-extreme Parolen, Leipzig

-
- Rometsch, Jens (2009): Pläne für Asylbewerberheim in Wodanstraße gekippt. In: LVZ-online, 30.11.2009.
 - Ruf, Christoph / Sundermeyer, Olaf (2009): In der NPD. Reisen in die National Befreie Zone, München: C. H. Beck.
 - Sächsisches Staatsministerium für Soziales (Hg.) (2008): Integration von Zuwanderern im Freistaat Sachsen. Situationsbeschreibung und Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Integrationsmaßnahmen. Abschlussbericht.
 - Sächsisches Staatsministerium für Soziales (Hg.) (2006): Jugend 2005 in Sachsen, Dresden.
 - Sächsisches Staatsministerium für Soziales (Hg.) (2008). Jugend 2007 in Sachsen, Dresden
 - Schickert, Petra (2009): „Rechtsextreme Fraktionen in Kommunalparlamenten“, in: Molthagen, Dieter / Korgel, Lorenz (Hg.): Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, Berlin, S. 225-235
 - Schröder, Burkhard (1997): Im Griff der rechten Szene. Ostdeutsche Städte in Angst, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
 - Schröter, Albrecht (2009): „Kommunale Handlungsmöglichkeiten zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“ (Interview), in: Molthagen, Dieter / Korgel, Lorenz (Hg.): Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, Berlin, S. 39- 45.
 - Sen, Amartya (2007): Die Identitätsfalle. Warum es keinen Krieg der Kulturen gibt. Lizenzausg. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.
 - Siebert, Ingo (2008): „Demokratische Kultur in der Kommune stärken – wie geht das?“, in: Molthagen, Dieter u.a. (Hg.): Lern- und Arbeitsbuch „Gegen Rechtsextremismus“. Handeln für Demokratie, Bonn, S. 245-255.
 - Städte-Koalition gegen Rassismus (Hg.) (2008): Zehn-Punkte-Aktionsplan. http://www.menschenrechte.nuernberg.de/admin/uploads/files/10_PPA_dt.pdf, 27.10.2009.
 - Staud, Toralf (2005): Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD, Köln: KiWi.

- Staud, Toralf (2008): „Die NPD in den Kommunalparlamenten: Was tut sie? Und wie kann man ihr begegnen?“, in: Molthagen, Dieter u.a. (Hg.): Lern- und Arbeitsbuch „Gegen Rechtsextremismus“. Handeln für Demokratie, Bonn, S. 235-244.
- Sternhell, Zeev (2002): Faschistische Ideologie, Berlin.
- Sticks, Anja (2006): Expertise Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Sachsen (2002-2005), im Rahmen der Evaluation des Programms „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“, Bielefeld.
- Stobl, Rainer / Würtz, Stefanie / Klemm, Jana (2003): Demokratische Stadtkultur als Herausforderung. Stadtgesellschaften im Umgang mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, Weinheim und München: Juventa.
- Stöss, Richard (2005): Rechtsextremismus im Wandel, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Sturzenhecker, Benedikt (2008): Demokratie praktizieren in der offenen Kinder- und Jugendarbeit. In: Molthagen, Dietmar (Hg.): Lern- und Arbeitsbuch „Gegen Rechtsextremismus“. Handeln für Demokratie ; [ein Handbuch für die praktische Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus in Schulen und Kommunen, in der Jugendarbeit und in der politischen Bildung ; mit allen Arbeitsmaterialien auf CD-ROM]. 2. Aufl. Bonn: Dietz, S. 280–292.
- VDK (2007): Kampf um die Rathäuser. Berliner Kommunalpolitik zwischen rechtsextremer Normalisierungsstrategie und demokratischem Handeln, hrsg. vom Verein für Demokratische Kultur in Berlin – Initiative für urbane Demokratieentwicklung e.V., Berlin. Online: http://mbr-berlin.de/start/get_file?file=2007_MBR_HR_Kampf-um-die-Rath%C3%A4user_Web.pdf, 15.1.2010.
- VDK (2008): Berliner Erfahrungen – Zwei Jahre demokratische Auseinandersetzungen mit Rechtsextremen in kommunalen Gremien, hrsg. vom Verein für Demokratische Kultur in Berlin Initiative für urbane Demokratieentwicklung e.V., Berlin. Online: http://mbr-berlin.de/start/get_file?file=2008_BVV_Broschuere_web.pdf, 15.1.2010.
- VDK (2009): „Eckpunkte für den Umgang mit Rechtsextremen in kommunalen Gremien“, Berlin, online unter: http://www.mbr-berlin.de/start/get_file?file=09-09-03_Eckpunkte_UmgangRex.pdf, 15.1.2010.

-
- VDK (2009): „In der BVV kann der Kampf gegen Rechtsextremismus nicht gewonnen werden, muss dort aber dennoch geführt werden.“, hrsg. vom Verein für Demokratische Kultur in Berlin Initiative für urbane Demokratieentwicklung e.V., Berlin. Online: http://mbr-berlin.de/start/get_file?file=2009_bvv_brosch_web.pdf, 15.1.2010.
 - Velling, Johannes (1995): Immigration und Arbeitsmarkt. Eine empirische Analyse für die Bundesrepublik Deutschland. Baden-Baden: Nomos.
 - Weiss, Anja (2001): Rassismus wider Willen. Ein anderer Blick auf die Struktur sozialer Ungleichheit, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
 - Wenzel, Sascha (2008): Wozu ein „Anerkennungsaudit“? Das Anerkennungsaudit: Präventionsinstrument gegen Menschenfeindlichkeit. Herausgegeben von Antonio Amadeu Stiftung.
 - Wippermann, Wolfgang (2000): „'Doch ein Begriff muß bei dem Worte sein'. Über Extremismus, Faschismus, Totalitarismus und Neofaschismus“, in: Jäger, Siegfried / Schobert, Alfred (Hg.): Weiter auf unsicherem Grund. Faschismus – Rechtsextremismus – Rassismus. Kontinuitäten und Brüche, Duisburg, S. 21-48.